

**WIFO**

A-1103 WIEN, POSTFACH 91  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Zur Niederlassung von  
Ausländerinnen und Ausländern  
in Österreich**

**Gudrun Biffli, Julia Bock-Schappelwein**

**August 2007**

# **Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich**

**Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein**

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung  
im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres

August 2007

# Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich

## Endbericht

Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein

Inhaltsverzeichnis	Seite
<b>1. Zusammenfassende Bemerkungen</b>	<b>1</b>
<b>2. Prognose der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes</b>	<b>6</b>
2.1 <i>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Jahr 2007</i>	6
2.1.1 Ungewöhnlich hohe Beschäftigungsausweitung	7
2.1.2 Beschäftigung von Ausländern und Ausländerinnen besonders dynamisch	8
2.1.3 Starke Zunahme bei den Erstbewilligungen von Beschäftigungsbewilligungen im 1. Halbjahr 2007	12
2.2 <i>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschäftigung im Jahr 2008</i>	13
<b>3. Differenzierung der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften</b>	<b>15</b>
3.1 <i>Branchengliederung der Beschäftigung</i>	15
3.1.1 Beschäftigungsschwerpunkte ausländischer Arbeitskräfte	18
3.1.2 Beschäftigungsschwerpunkte bewilligungspflichtiger ausländischer Arbeitskräfte	19
3.2 <i>Regionale Gliederung der Beschäftigung</i>	21
3.2.1 Gute Exportkonjunktur im Jahr 2006 begünstigt Industriebundesländer	21
3.2.2 Regionale Beschäftigungsschwerpunkte ausländischer Arbeitskräfte	23
3.2.3 Zahl der bewilligungspflichtigen ausländischen Arbeitskräfte vor allem in den Tourismusregionen und im Osten expansiv	25
3.2.4 Regionale Beschäftigung im Jahr 2007	27
3.2.5 Regionale Beschäftigung im Jahr 2008	29
3.3 <i>Befristete Beschäftigung</i>	30
3.3.1 Befristete Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft	31
3.3.2 Befristete Beschäftigung im Gaststättenwesen	32
<b>4. Arbeitslosigkeit</b>	<b>35</b>
4.1.1 Arbeitslosigkeit unter ausländischen Erwerbspersonen	35

<b>5.</b>	<b>Differenzierung des Angebots von AusländerInnen in Österreich</b>	<b>39</b>
5.1	<i>Bevölkerungsentwicklung</i>	39
5.2	<i>Fertilität</i>	43
<b>6.</b>	<b>Zuwanderungsdynamik von Drittstaatsangehörigen im 1. Halbjahr 2007</b>	<b>44</b>
6.1	<i>Gestellte Anträge auf Aufenthalts-, Niederlassungsbewilligung und Zweckänderung</i>	44
6.2	<i>Erteilte Aufenthaltsbewilligungen, Aufenthaltstitel zur Niederlassung und Dokumentationen</i>	45
6.2.1	<i>Erstmalig erteilte Aufenthaltstitel</i>	45
6.2.2	<i>Erteilte Zweckänderungen</i>	49
6.2.3	<i>Erteilte Verlängerungen</i>	51
6.3	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel</i>	53
6.3.1	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel nach Alter und Geschlecht</i>	54
6.3.2	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel nach Aufenthaltstitel und Geschlecht</i>	55
6.3.3	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel nach Aufenthaltzweck, Alter und Geschlecht</i>	58
6.3.4	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel nach Herkunftsregionen</i>	59
6.3.5	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel nach Bundesländern</i>	60
6.3.6	<i>Aufrechte Aufenthaltstitel von Schlüsselarbeitkräften</i>	62
6.3.7	<i>Dokumentation des Aufenthaltsstatus von EWR-BürgerInnen und deren Familienangehörigen</i>	65
6.4	<i>Bestand-Strom-Analyse der erteilten und aufrechten Aufenthaltstitel nach Aufenthaltzweck</i>	66
<b>7.</b>	<b>Entwicklung fremdenpolizeilicher Maßnahmen</b>	<b>70</b>
<b>8.</b>	<b>Familienzusammenführung</b>	<b>71</b>
8.1	<i>Anträge auf Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können (Rucksack)</i>	75
8.1.1	<i>Offene Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen zum Zweck der Familienzusammenführung nach Herkunftsregion</i>	82
8.2	<i>Anträge auf andere Aufenthaltzwecke als den der Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können</i>	84
8.3	<i>Gestellte Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien in der ersten Jahreshälfte 2007 und Gegenüberstellung mit der Quote</i>	86
8.4	<i>Anträge von Erwerbstätigen, die die Schlüsselkraftkriterien nicht erfüllen</i>	90
<b>9.</b>	<b>Literaturhinweise</b>	<b>92</b>

**Expertise des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Niederlassungsverordnung 2008 gemäß § 13 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG 2005) im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres**

**Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein \*)**

## **1. Zusammenfassende Bemerkungen**

Für die österreichische Wirtschaft wird im Jahr 2007 mit dem stärksten Wachstum seit dem Jahr 2000 gerechnet, nämlich mit +3,2%, nach einem fast ebenso dynamischen Vorjahr (3,1%). Im kommenden Jahr dürfte sich das reale BIP-Wachstum im Jahresdurchschnitt allerdings deutlich auf etwa 2,5% abschwächen.

Die konjunkturelle Belebung hat sich in einer starken Steigerung der Beschäftigung niedergeschlagen, was auf Kosten der Arbeitsproduktivität ging. Gleichzeitig konnte die Zahl der Arbeitslosen gesenkt werden.

Die Zahl der unselbständig Aktivbeschäftigten (ohne nicht erwerbstätige Karenz-/KinderbetreuungsgeldbezieherInnen und Präsenzdienler, und ohne arbeitslose SchulungsteilnehmerInnen mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts) dürfte heuer auf 3,221.900 ansteigen; das ist eine Steigerungsrate um +60.000 (+1,9%), nach +51.500 (1,7%) im Vorjahr. Im Jahr 2008 ist mit einer deutlichen Abschwächung der Beschäftigungssteigerung zu rechnen (+35.000 oder 1,1%) bei einer leicht geringeren Steigerung der Arbeitsproduktivität (1,6% 2007 gegenüber 2,1% im Vorjahr).

Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte heuer etwas stärker ansteigen als im letzten Jahr. Im Jahresdurchschnitt 2007 wird mit insgesamt 399.400 Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen gerechnet (+5.000 bzw. +1,3% gegenüber 2006). Die zunehmende Dynamik ist nicht zuletzt eine Folge der steigenden Zahl von Einzelunternehmern im Gefolge der Osterweiterung der EU und neuer Formen der Selbständigkeit.

Infolge der dynamischen Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten sollte die Zahl der aktiv erwerbstätigen Personen 2007 um +65.000 bzw. +1,8% auf 3,621.300 ansteigen. Im kommenden Jahr ist mit einer deutlichen Wachstumsabschwächung auf +39.500 oder +1,1% zu rechnen.

Angesichts der zunehmenden Belebung der Beschäftigung dürfte trotz der Anhebung der Erwerbsbeteiligung der InländerInnen und des Arbeitskräfteangebots von AusländerInnen

---

\*) Wir danken Peter Huber für die regionale Prognose der Beschäftigung 2005/06, sowie Julia Hudritsch für die wissenschaftliche Assistenz.

und Abbau der Schulungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit das zweite Jahr in Folge abnehmen (-15.000 oder -6,3% gegenüber 2006). Im Jahr 2008 ist infolge der Konjunkturabschwächung und keiner neuerlichen Steigerung der Schulungsmaßnahmen mit einer Stagnation der Arbeitslosigkeit auf dem heurigen Stand von 224.200 zu rechnen (Übersicht 5).

Von den 242.200 Arbeitslosen des Jahres 2007 dürften 190.600 InländerInnen sein (-6.400 bzw. -3,2%) und 33.600 AusländerInnen (-8.600 bzw. -20,4%). Im Jahr 2008 dürfte die Zahl der arbeitslosen InländerInnen, davon viele jüngst eingebürgerte AusländerInnen, um etwa +1.000 oder +0,5% auf 191.600 ansteigen, während die Zahl der arbeitslosen AusländerInnen um den selben Wert abnehmen dürfte. Das ergibt eine Arbeitslosenquote von 6,5% bezogen auf aktive Unselbständige (traditionelle Rechnung 6,3%) im Jahr 2007 und 6,4% für 2008 (6,2%) (Übersichten 3, 5).

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist weiterhin äußerst gut. Im Jahresdurchschnitt 2007 ist mit einem ausländischen Arbeitskräfteangebot (Unselbständige) in Höhe von 443.100 (+10.200 bzw. +2,4% gegenüber 2006) zu rechnen, 2008 mit einer weiteren Steigerung um etwa 10.000. Die Zahl der Beschäftigten dürfte heuer um +18.800 oder +4,8% auf 409.500 ansteigen, im folgenden Jahr um weitere +15.000 oder +3,7%. Die Arbeitslosenquote der AusländerInnen dürfte demzufolge heuer auf 7,6% sinken und 2008 auf 7,1%.

Die Zahl der Beschäftigten aus der EU(27)/EWR dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 bei etwa 151.300 liegen (davon 81.500 aus der EU(15)/EWR oder 2,5% der unselbständig Beschäftigten), das sind 4,7% aller aktiven unselbständig Beschäftigten. Die Zahl der Drittstaatsangehörigen wird voraussichtlich 258.200 betragen (8% der aktiven unselbständig Beschäftigten) (Übersichten 1, 2).

Aufgrund der konjunkturellen Dynamik expandiert erstmals seit langem wieder die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion (+10.400 oder +1,7% gegenüber 2006). Die Bauwirtschaft verzeichnet das zweite Jahr in Folge wieder nennenswerte Beschäftigungsgewinne (+9.600 oder +4% gegenüber 2006). Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor wird 2007 besonders expansiv sein (+39.100 oder +1,7% gegenüber 2006). Besonders die unternehmensnahen Dienste, der Handel sowie das Gesundheits- und Sozialwesen schaffen neue Arbeitsplätze (Übersichten 6, 7).

Ausländische Arbeitskräfte profitieren vor allem von der Beschäftigungsausweitung in der Metallindustrie, den unternehmensorientierten Diensten, dem Handel und dem Tourismus (Übersichten 8, 9).

Auf Grund der Exportdynamik wird das West-Ostgefälle der regionalen Beschäftigungsentwicklung 2007 erhalten bleiben. Jedoch weist Wien deutliche Erholungstendenzen auf, was bedeuten kann, dass die einschneidenden Strukturumstellungen langsam Erfolge zeigen. Im Jahr 2008 wird eine Abschwächung der Konjunktur erwartet, d. h. die Ostregion wird mit der Westregion etwas gleichziehen können, woraus sich ein gleichmäßigeres Beschäftigungswachstum im Bundesländervergleich als heuer ergeben wird (Übersicht 12, Abbildung 2).

Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosenquoten im Gefolge des verstärkten wirtschaftlichen Strukturwandels und des ungebrochenen Anstiegs des Arbeitskräfteangebots dürfte es keine Arbeitskräfteknappheiten im einfachen und mittleren Qualifikationssegment geben, in dem ausländische Arbeitskräfte bisher im Wesentlichen Arbeit fanden. Daher ist bei der Gewährung befristeter Beschäftigungsbewilligungen für Saisonarbeit an grenzüberschreitende Drittstaatsangehörige Zurückhaltung geboten – insbesondere auch in Hinblick auf die Substituierbarkeit mit arbeitswilligen Staatsbürgern aus der EU(14), insbesondere deutschen Staatsangehörigen.

Nur im höheren Qualifikationsbereich kann einer Ausweitung des Arbeitskräfteangebots das Wort gesprochen werden, nicht zuletzt um das Ziel von Lissabon, die Wettbewerbsfähigkeit und damit verbunden die Qualifikationen in Österreich anzuheben, zu erreichen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem absehbaren Auslaufen der Übergangsbestimmungen bezüglich der Freizügigkeit von neuen EU-StaatsbürgerInnen sind für bestimmte Branchen und höhere Qualifikationen Erleichterungen beim Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt ins Auge zu fassen.

Die grenzüberschreitenden Wanderungen sind seit 2001 wesentlich dynamischer als bis vor kurzem erwartet wurde. Allerdings wurde mit dem Inkrafttreten des Fremdenrechtspakets 2005 die Niederlassung von ganz bestimmten Personengruppen erschwert, was sich in einem merklichen Rückgang der Zahl der quotenfreien Familienzusammenführungen niederschlug. In der Folge hat sich die Nettozuwanderung im Jahr 2006 mit +27.500 gegenüber 2005 fast halbiert (+49.200). Die Zahl der in Österreich wohnhaften EinwohnerInnen erhöhte sich in der Folge nur um +48.600 oder +0,6% (gegenüber +58.600 oder +0,7% im Vorjahr) auf 8,281.900 im Jahresdurchschnitt 2006.

Die Zahl der ausländischen EinwohnerInnen ist 2006 deutlich schwächer als 2005 gestiegen (+15.900 oder +2% auf 817.500, gegenüber +25.500 oder 3,3% im Vorjahr), nicht zuletzt als Folge der restriktiveren Regelungen im Bereich der Familienzusammenführung. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich daher nur mehr leicht von 9,7% (2005) auf 9,9% (2006). Die Zuwanderungsdynamik dürfte vorübergehend noch auf dem Niveau von 2006 verharren. Jedoch ist spätestens ab dem Fallen der Übergangsregelungen mit einem neuerlichen Anstieg der Nettozuwanderung zu rechnen, und zwar vor allem aus der EU(26).

Die Einbürgerungsquote befindet sich seit 2003 im freien Fall und lag 2006 bei 3,1% (nach 5,9% 2003). Die Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts ab 2006 hat den Rückgang der Einbürgerungsquote verstärkt (Abbildung 12). Die Erschwernis des Zugangs zur Staatsbürgerschaft impliziert, dass auch der quotenfreie Familiennachzug schwächer wird.

Die Dynamik der Zuwanderung, die im Fremdeninformationssystem (BFIS) erfasst wird, bildet erteilte bzw. aufrechte Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige ab. Zur Jahresmitte 2007 wurden 453.400 aufrechte Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen gezählt, das waren 55,4% aller ausländischen Einwohnerinnen in Österreich. Die Zahl der aufrechten Aufenthaltstitel verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um –23.400 oder –4,9%. Dieser Rückgang ist im Wesent-

lichen die Folge des Ausscheidens der neuen EU-StaatsbürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien aus der Statistik (Übersicht 21).

In der ersten Jahreshälfte 2007 wurden 9.500 Aufenthaltstitel erstmalig gewährt, das waren um +2.400 oder +34% mehr als im 1. Halbjahr 2006. Davon waren 2.200 Erstaufenthaltsbewilligungen (+400 gegenüber dem Vorjahr), 2.600 quotenpflichtige Erstiniederlassungsbewilligungen (+1.300 gegenüber dem Vorjahr) und 1.900 quotenfreie Erstiniederlassungsbewilligungen (+900). Nur die Zahl der quotenfreien Erstaufenthaltstitel für Familienangehörige verringerte sich um –130 auf 2.900. Der Rückgang dürfte zum Teil eine Folge der neuerdings erforderlichen Unterhaltsmittel sein (Übersicht 17).

Die Struktur der Zuwanderung und damit deren Dynamik außerhalb der Familienzusammenführung werden im neuen Fremdenrechtpaket auf Personen mit besseren Qualifikation bzw. Einkommenschancen (Schlüsselkräfte) eingeschränkt. Das dürfte der in den letzten Jahren beobachtbaren Verringerung des Bildungsgrads von PartnerInnen aus den traditionellen Gastarbeiterregionen entgegenwirken.

In absoluten Zahlen betrachtet kommen allerdings weiterhin sehr wenige Schlüsselkräfte mit dem Ziel der Niederlassung nach Österreich. Allerdings ist – angesichts der geringen Höchstzahlen – eine starke Quotenauslastung gegeben. In der ersten Jahreshälfte 2007 erhielten 336 quotenpflichtige Schlüsselkräfte eine Erstiniederlassungsbewilligung (nach 208 im Vorjahr). Die Entwicklung im Bereich der Schlüsselkräfte legt nahe, dass die Quote zu niedrig gesteckt ist. Insbesondere in Wien, Burgenland (bei unselbständigen SK) und der Steiermark (bei selbständigen SK) sind die Quoten so knapp bemessen, dass nicht alle Anträge auf Niederlassung innerhalb der Quote berücksichtigt werden können. Angesichts der wichtigen Rolle, die Schlüsselkräfte für die wirtschaftliche Entwicklung spielen, geht von derartig geringen Quoten eine falsche Signalwirkung auf hoch qualifizierte Personen aus, die eine Niederlassung in Österreich ins Auge fassen. Aber auch der Wirtschaftsstandort Österreich verliert für Investoren an Attraktivität, wenn es zur Verknappung von hoch qualifizierten Arbeitskräften kommt und es obendrein noch schwierig bis unmöglich ist, gut qualifizierte Drittstaatsangehörige nach Österreich zu holen.

Derzeit kommen 46% aller Schlüsselkräfte in Österreich aus mittelosteuropäischen Ländern inklusive Russland. Allein daraus ist die zunehmende wirtschaftliche Vernetzung Österreichs mit den MOEL ersichtlich. In Hinblick auf die verstärkte wirtschaftliche Vernetzung Österreichs mit Ländern wie der Ukraine, Weißrussland und Moldawien wäre eine gezielte Ausweitung der Zahl der Schlüsselkräfte aus den MOEL wirtschaftlich sinnvoll. Wenn Österreich verstärkte Anstrengungen der wirtschaftlichen Expansion in und über die MOEL unternimmt, sollte sowohl der Zuwanderung von Arbeitskräften als auch von Studierenden aus diesen Regionen zunehmend Augenmerk geschenkt werden. Dadurch würde der Arbeitsmarkt auch bei einer konjunkturellen Abschwächung im Jahr 2008 und 2009 nicht beeinträchtigt werden.



Auch bei Ausweitung der Quote für Schlüsselarbeitskräfte ist bei der derzeitigen Rechtslage kaum mit mehr als rund 1.500 Schlüsselkräften für 2008 und 2.200 für 2009 zu rechnen (Kapitel 8.3).

Auch unter den Erstbewilligungen von temporären Aufenthaltsbewilligungen strömen nur mehr knapp 40 % (nach 48,8% im Jahr 2006) auf den Arbeitsmarkt (877 gegenüber 894 im 1. Halbjahr 2006). In dieser Personengruppe sind hoch qualifizierte Arbeitskräfte enthalten, vor allem solche, deren Beschäftigung vom Geltungsbereich des AuslBG ausgenommen ist. Diese Bereiche wurden zu Jahresbeginn 2004 um ForscherInnen erweitert, was kurzfristig einen merklichen Schub in der Zuwanderung in dieser Kategorie zur Folge hatte (1.400), der aber schon 2005 auf 950 abflachte, 2006 weiter zurückfiel auf 660 (inklusive Sonderfälle unselbständiger Beschäftigung) und erst 2007 wieder leicht auf 710 anstieg, wobei der Großteil Sonderfälle sind und nur 62 ForscherInnen.

Die Quoten für die Zuwanderung und Niederlassung im Jahr 2007 sind in fast allen Kategorien zu restriktiv – alle Bundesländer außer Vorarlberg hatten 2007 die Jahreshöchstzahlen verringert. In der Folge konnte der 'Rucksack' im In- und Ausland nicht merklich verringert werden.

Im Bereich der Familienzusammenführung können innerhalb der Höchstzahl von 4.540, das sind 69,8% der quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen, 1.776 Anträge nicht mehr berücksichtigt werden. Das ist ein etwas schwächerer Rückstau von offenen Anträgen als im Vorjahr (–248 oder –12,3%). Es sind weiterhin EhegattInnen mit dem größeren Rückstau von Anträgen (999), und in zweiter Linie minderjährige Kinder (545). Zu bedenken ist, dass unter den Familienzusammenführungen – anders als im letzten Jahr – mehr Anträge für minderjährige Kinder offen bleiben, während bei Familiengründungen die EhegattInnen in der Überzahl sind. Es wird offenbar die Wahrscheinlichkeit unterschätzt, mit der Drittstaatsangehörige ihre EhepartnerInnen in Drittstaaten suchen.

Unter den Bundesländern hat nur Niederösterreich keinen Rückstau an Anträgen auf Familienzusammenführung, während Oberösterreich, Wien und die Steiermark einen besonders ausgeprägten Rückstau aufweisen.

Es sind vor allem Personen aus Serbien und Montenegro mit offenen Anträgen (31,4%), knapp gefolgt von TürkinInnen (28,8%).

Von der Jahreshöchstzahl an 6.500 quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen für das Jahr 2007 entfallen 1.960 auf Aufenthaltzwecke, die nicht der Familienzusammenführung zugerechnet werden. Hier sind die offenen Anträge etwa gleich hoch wie im Vorjahr (119 Fälle, +7 oder +6,3% gegenüber 2006).

Offene Anträge gibt es hauptsächlich bei Privatpersonen ohne Erwerbsabsicht, insbesondere in Wien. Angesichts der geringen Anerkennungsquote von Anträgen könnte sich der reale Überhang bis Jahresende allerdings als etwas geringer herausstellen.

Ausreichend ist die Mobilitätsquote; die Quote für Zweckänderungen könnte sich in einigen Bundesländern als zu knapp bemessen herausstellen, so etwa in Oberösterreich, Steiermark und Tirol.

## **2. Prognose der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes**

### **2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Jahr 2007**

Der Konjunkturaufschwung, der 2005 einsetzte, hält weiterhin an. Für das Jahr 2007 wird eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um +3,2% erwartet, nach +3,1% im Jahr 2006. Davon gehen positive Impulse für die Nachfrage nach Arbeitskräften aus – die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt in der Folge um +65.000 oder +1,8% ansteigen, nach +55.900 oder +1,6% im Jahr 2006.

Dank hoher Auftragsbestände sind die Kapazitäten in der Sachgüterproduktion und Bauwirtschaft auch in den kommenden Monaten gut ausgelastet. Die Bauinvestitionen werden ähnlich stark wie letztes Jahr zulegen (+4,5% nach +5,2% im Jahr 2006). Daneben werden sich heuer auch die Investitionen in Maschinen und Elektrogeräte erhöhen. Für die Ausrüstungsinvestitionen wird somit ein Anstieg um real +8% erwartet (2006 +3%).

Die gute Konjunkturlage wird von den Exporten getragen – die Warenexporte werden heuer real um +8,7% zulegen (2006: +7,1%). Das ist eine Folge der Verlagerung des Wachstumsschwerpunktes der Weltwirtschaft von den USA nach Europa. Davon profitiert Österreich, insbesondere von der dynamischen Wirtschaft in Deutschland (das zweite Jahr in Folge +2,8%). Für die Weltwirtschaft wird eine Wachstumsrate von real +4,8% für 2007 erwartet (2006: +5,4%), wobei der Euro-Raum mit einer Wachstumsrate von +2,9% (nach +2,7% 2006) deutlich besser liegt als die USA mit +1,8% (2006: +3,3%); auch Japans Wirtschaft expandiert mehr als die der USA mit +2,3% (2006: +2,2%). An der Weltspitze punkto Wirtschaftswachstum bleibt weiterhin China mit +10,5% (2006: +10,7%).

Für Österreichs Wirtschaft besonders günstig ist auch die anhaltend dynamische Wirtschaftslage in den neuen EU-Mitgliedsländern<sup>1)</sup>; hier wird mit einem Anstieg des realen BIP um +5,5% (2006: +6%) gerechnet.

Angesichts der dynamischen Exportwirtschaft ist die Inlandsnachfrage enttäuschend. Die privaten Konsumausgaben dürften gerade mal um +2,2% zulegen (nach +2% im Jahr 2006). Dies ist auf die geringe Steigerung der Pro-Kopf-Arbeitseinkommen zurückzuführen, obschon es auch bei den Bruttoverdiensten pro Kopf mit +2,6% zu einer Verbesserung gegenüber dem

---

<sup>1)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

Vorjahr kommen sollte (2006: +1,7%). Die Sparquote der privaten Haushalte wird heuer ähnlich wie letztes Jahr bei 9,4% des verfügbaren Einkommens liegen.

Von der Lohnentwicklung geht somit keinerlei inflationär wirkender Kostendruck aus. In der Folge ist trotz anhaltend guter Konjunktur kaum eine Steigerung der Inflationsrate zu erwarten (2007: +1,8% gegenüber +1,5% im Vorjahr). Auch das Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte wird infolge der konjunkturell bedingten, günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen weiter zurückgehen (–0,7% des BIP nach –1,1% im Jahr 2006).

### 2.1.1 Ungewöhnlich hohe Beschäftigungsausweitung

Mit der Konjunkturbelebung steigt auch die Beschäftigung, jedoch ist der Anstieg noch dynamischer als im Vorjahr. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten (Unselbständige ohne nicht erwerbstätige KindergeldbezieherInnen und ohne Präsenzdienler) dürfte 2007 um +60.000 oder +1,9% ansteigen (nach +51.500 oder +1,7% im Jahr 2006). Das bedeutet, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität 2007 deutlich geringer sein wird als im Vorjahr, nämlich 1,6% gegenüber 2,1% 2006.

Die Beschäftigung entwickelt sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen sehr gut. Besonders günstig ist die Beschäftigungsentwicklung im Sachgüterbereich und in der Bauwirtschaft mit Steigerungsraten, die mit 2% im Schnitt höher sind als im Schnitt der Dienstleistungen (1,8%). In absoluten Zahlen ist allerdings der Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor mit rund +42.000 mehr als doppelt so hoch wie im Sekundärsektor mit +17.000.

Die Beschäftigung expandiert in allen Bundesländern, vor allem aber in den westlichen Bundesländern, die von der lebhaften Export- und Investitionsentwicklung besonders profitieren.

Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird heuer etwas stärker zulegen als letztes Jahr (+5.000 oder +1,3% gegenüber 2006). Insgesamt wird die Summe aus unselbständig und selbständig aktiv Erwerbstätigen um +65.000 oder +1,8% zunehmen. Das bedeutet, dass die Beschäftigungsquote um knapp einen Prozentpunkt auf 64,5% ansteigen dürfte (2006:63,6%).

Die Arbeitslosigkeit verringert sich trotz Reduzierung der Schulungsmaßnahmen des AMS um –15.000 oder –6,3% auf 224.200. Die Arbeitslosenquote der Unselbständigen dürfte damit heuer auf 6,3% sinken (nach 6,8% im Jahr 2006). Die international vergleichbare Arbeitslosenquote nach EUROSTAT dürfte um –0,4 Prozentpunkte auf 4,3% zurückgehen. Trotz der günstigen Lage am österreichischen Arbeitsmarkt bleibt die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, älteren und gering qualifizierten Personen weiterhin ungebrochen hoch. Es ist vor allem die kurzfristige Arbeitslosigkeit, die abgebaut wird, während sich die Strukturarbeitslosigkeit hartnäckig weiter verfestigt.

In Summe dürfte die Zahl der aktiven Erwerbspersonen im Inland um +50.000 oder +1,3% auf einen Jahresdurchschnittswert von 3,845.500 ansteigen. Die Erwerbsquote dürfte sich infolge um +0,6 Prozentpunkte auf 68,4% erhöhen.

## 2.1.2 Beschäftigung von Ausländern und Ausländerinnen besonders dynamisch

Ausländische Arbeitskräfte konnten von der Beschäftigungsausweitung besonders profitieren. Zur Jahresmitte 2007 lag die Zahl ausländischer Arbeitskräfte mit 421.000 um +20.000 oder +5% über dem Vorjahreswert. Die Zahl arbeitsloser AusländerInnen ging um –1.900 oder –5,8% auf 30.800 zurück. Das Angebot ausländischer Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt erhöhte sich somit um +18.100 oder +4,2% auf 451.800. Der Anteil der unselbständig beschäftigten AusländerInnen an den aktiv unselbständig Beschäftigten erhöhte sich auf 13% (Juni 2006: 12,6%).

Übersicht 1: Ausländische Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitt)

Quelle	Insgesamt		Davon		AMS
	HSV	Alte EU-/EWR-Staatsangehörige	Neue EU-Staatsangehörige <sup>1)</sup>	Drittstaatsangehörige	
1994	291.018	19.103		271.915	268.800
1995	300.303	21.598		278.705	269.700
1996	300.353	23.527		276.826	257.200
1997	298.775	25.135		273.640	247.300
1998	298.582	27.065		271.517	240.500
1999	306.401	29.821		276.580	239.140
2000	319.850	32.537		287.313	242.159
2001	329.314	35.832		293.482	240.061
2002	334.432	39.608	49.985	244.839	228.878
2003	350.361	43.572	52.275	254.514	220.436
2004	362.299	53.539	55.533	253.227	220.741
2005	374.187	62.331	59.316	252.540	211.228
2006	390.695	71.648	63.016	256.031	214.908
2007 <sup>2)</sup>	409.500	81.500	69.800	258.200	
2008 <sup>2)</sup>	424.500	87.200	77.000	260.300	

Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. <sup>2)</sup> WIFO-Schätzung.

Obwohl ausländische Arbeitskräfte aus den alten EU-/EWR-Staaten weiterhin von der Beschäftigungsausweitung am stärksten profitieren, holen Arbeitskräfte aus den zwölf neuen EU-Staaten deutlich auf. Während im Vorjahr noch 57,2% der Beschäftigungsausweitung auf Arbeitskräfte aus den alten EU-/EWR-Staaten, insbesondere Deutschland, entfielen, waren es heuer um knapp 10 Prozentpunkte weniger (48,3%). Dafür gewann der Zuwachs von ausländischen Arbeitskräften aus den neuen EU-Staaten an Bedeutung (von 21,4% auf 33,6%). Dieser überproportionale Anstieg ist zum Teil die Folge der Eingliederung von Bulgarien und Rumänien in die EU.

Insgesamt arbeiteten zur Jahresmitte 2007 80.400 Arbeitskräfte aus den alten EU-/EWR-Staaten in Österreich (+9.600 oder +13,6% gegenüber Juni 2006), 73.000 Arbeitskräfte aus den 12 neuen EU-Staaten (+6.700 oder +10,1% gegenüber Juni 2006) und 267.600 Arbeitskräfte aus Drittstaaten (+3.600 oder +1,4% gegenüber Juni 2006).

Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte aus den alten EU-/EWR-Staaten erhöhte sich auf 19,1% (nach 17,6% im Juni 2006), aus den 12 neuen EU-Staaten auf 17,3% (nach 16,5% im Juni 2006), während der Anteil der Drittstaatsangehörigen weiter rückläufig ist (63,6% nach 65,8% im Juni 2006).

Angesichts der über das ganze Jahr anhaltenden Beschäftigungsdynamik ist zu erwarten, dass im Jahresdurchschnitt 2007 409.500 ausländische Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt Beschäftigung finden werden, das sind um +18.800 oder +4,8% mehr als im Vorjahr. Darunter dürften 81.500 Arbeitskräfte aus den alten EU-/EWR-Staaten sein (19,9% gegenüber 18,3% 2006), 69.800 aus den 12 neuen EU-Staaten (17% gegenüber 16,1% im Vorjahr) und 258.200 aus Drittstaaten (63,1% gegenüber 65,5% im Vorjahr). Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an den aktiven unselbständig Beschäftigten wird voraussichtlich auf 12,7% (nach 12,4% im Jahr 2006) ansteigen. Nächstes Jahr dürfte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte weiter auf 424.500 zunehmen (Übersichten 1, 2).

*Übersicht 2: Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der aktiv unselbständigen Beschäftigung (Jahresdurchschnitt)*

	Insgesamt	Alte EU-/EWR- Staatsangehörige	Neue EU- Staatsangehörige <sup>1)</sup>	Drittstaatsangehörige
	In %			
1994	9,8	0,6	0,0	9,2
1995	10,1	0,7	0,0	9,4
1996	10,2	0,8	0,0	9,4
1997	10,1	0,9	0,0	9,3
1998	10,0	0,9	0,0	9,1
1999	10,1	1,0	0,0	9,1
2000	10,5	1,1	0,0	9,4
2001	10,7	1,2	0,0	9,6
2002	11,0	1,3	1,6	8,0
2003	11,5	1,4	1,7	8,3
2004	11,8	1,7	1,8	8,2
2005	12,0	2,0	1,9	8,1
2006	12,4	2,3	2,0	8,1
2007 <sup>2)</sup>	12,7	2,5	2,2	8,0
2008 <sup>2)</sup>	13,1	2,7	2,4	8,0

Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. <sup>2)</sup> WIFO-Schätzung.

Die steigenden Beschäftigungszahlen gekoppelt mit den rückläufigen Arbeitslosenzahlen lassen die Arbeitslosenquote unter ausländischen Arbeitskräften im Jahresverlauf deutlich sinken (–2,2 Prozentpunkte auf 7,6%). Der Abstand zur Arbeitslosenquote unter inländischen Arbeitskräften dürfte mehr als halbiert werden und auf 1,5 Prozentpunkte fallen (2006: 3,4 Prozentpunkte), (Übersicht 3).

Ausländische Arbeitskräften, die nicht dem Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes unterliegen<sup>2)</sup>, verfügen über einen unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Jene, die nicht vom Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) ausgenommen sind, können der geltenden Rechtslage zufolge nur dann auf den österreichischen Arbeitsmarkt treten, wenn sie eine Berechtigung nach dem AuslBG besitzen (Beschäftigungsbewilligung, Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein), sie eine Niederlassungsbewilligung als Schlüsselkraft besitzen oder über einen unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt verfügen (Aufenthaltstitel Niederlassungsnachweis, Daueraufenthalt-EG, Niederlassungsbewilligung – unbeschränkt).

Übersicht 3: Arbeitslosenquoten der Unselbständigen (Jahresdurchschnitt)

	Insgesamt	Ausländische Staatsangehörige	Inländische Staatsangehörige	Insgesamt	Ausländische Staatsangehörige	Inländische Staatsangehörige
	In %			In % (Arbeitskräfteangebot der aktiv Unselbständigen)		
1994	6,5	8,0	6,4	6,8	8,0	6,6
1995	6,6	7,7	6,4	6,8	7,7	6,7
1996	7,0	8,4	6,9	7,3	8,4	7,1
1997	7,1	8,4	6,9	7,3	8,4	7,2
1998	7,2	8,7	7,0	7,4	8,7	7,2
1999	6,7	8,2	6,5	6,8	8,2	6,7
2000	5,8	7,5	5,7	6,0	7,5	5,8
2001	6,1	8,5	5,8	6,2	8,5	6,0
2002	6,9	9,8	6,5	7,1	9,8	6,7
2003	7,0	9,8	6,6	7,3	9,8	6,9
2004	7,1	10,0	6,7	7,3	10,0	7,0
2005	7,3	10,6	6,8	7,5	10,6	7,1
2006	6,8	9,7	6,4	7,0	9,7	6,6
2007 <sup>1)</sup>	6,3	7,6	6,1	6,5	7,6	6,3
2008 <sup>1)</sup>	6,2	7,1	6,1	6,4	7,1	6,3

Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung.

Die Zahl der bewilligungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte stieg nach einem markanten Rückgang im Jahr 2005 im Jahr 2006 wieder an; im Jahresdurchschnitt 2006 gab es 214.900 bewilligungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte, das waren um +3.700 oder +1,7% mehr als im Jahr 2005. Ihr Anteil an den aktiven unselbständig Beschäftigten blieb unverändert bei 6,8%.

Mit der neuen Rechtsordnung (Fremdenrechtspaket 2005), die 2006 in Kraft getreten ist, wurde die bewilligungspflichtige AusländerInnenbeschäftigung um "Niederlassungsbewilli-

---

<sup>2)</sup> Anerkannte Asylberechtigte, Medienbedienstete, ForscherInnen, AusländerInnen hinsichtlich ihrer Tätigkeit im Rahmen von Aus- und Weiterbildungs- oder Forschungsprogrammen der Europäischen Union, besondere Führungskräfte, ihre drittstaatsangehörigen EhegattInnen und Kinder sowie ihre ausländischen Bediensteten, Diplomatinnen, VertreterInnen anerkannter Kirchen und Religionsgemeinschaften, Schiffsbesatzungen und (freizügigkeitsberechtigten) BürgerInnen aus dem EWR-Raum und der Schweiz und deren Familienangehörige.

gung – unbeschränkt" und "Daueraufenthalt – EG" erweitert. Ähnlich wie im Jahr davor verfügten 2006 rund drei Viertel aller bewilligungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte über einen langfristigen Aufenthaltstitel; erstmals gab es mehr Niederlassungsnachweise (+15.100 oder +19,8% auf 91.200) als Befreiungsscheine (-22.500 oder -25,8% auf 64.700). Hinzu kamen 1.500 neue "Niederlassungsbewilligungen – unbeschränkt" und 6.100 "Daueraufenthalt – EG".

Neben den langfristigen Aufenthaltstiteln stieg vor allem die Zahl der EU-(Freizügigkeits-)bestätigungen (+7.900 oder +79,7% auf 17.800), während die kurzfristigen Titel wie Beschäftigungsbewilligungen (-1.400 oder +6,2% auf 21.400) und Arbeitserlaubnisse (-2.400 oder -28,2% auf 6.100) zurückgingen (Übersicht 4).

Die Zahl der bewilligungspflichtigen Beschäftigungstitel für AusländerInnen nahm in der ersten Jahreshälfte 2007 weiter zu. Ende Juni 2007 waren um +9.200 oder +4,1% mehr bewilligungspflichtige ausländische Arbeitskräfte beim AMS gemeldet als noch vor einem Jahr, insgesamt 235.600. Weiterhin verfügten rund drei Viertel aller bewilligungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte über einen langfristigen Aufenthaltstitel. Neben den Niederlassungsnachweisen (+3.400 oder +3,6% auf 97.400) und Befreiungsschein (-21.500 oder -31,3% auf 47.300) kamen 5.800 neue "Niederlassungsbewilligungen – unbeschränkt" (+4.600 oder +384,4% gegenüber Juni 2006) und 19.400 "Daueraufenthalt – EG" (+14.200 oder +276,3% gegenüber Juni 2006) hinzu.

Übersicht 4: Bewilligungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte nach Berechtigungen (Jahresdurchschnitt)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bewilligungspflichtig beschäftigte AusländerInnen	242.161	240.062	228.878	220.436	220.741	211.227	214.910
	Verteilung in %						
Beschäftigungsbewilligung	10,0	11,9	11,9	11,9	11,4	10,8	10,0
Arbeitserlaubnis	8,4	7,4	8,3	7,7	5,4	4,0	2,8
Befreiungsschein	77,6	75,8	74,1	66,8	52,1	41,3	30,1
Entsendebewilligung	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
§4c	3,3	4,0	4,6	4,0	2,8	2,3	1,8
Abkommensbewilligung	0,4	0,7	0,8	1,1	1,0	0,4	0,4
EU-(Freizügigkeits-)bestätigung				0,0	1,3	4,7	8,3
Schlüsselkraftzulassung				0,1	0,3	0,1	0,3
EU-Schlüsselkräfte-BB				0,0	0,1	0,2	0,2
Niederlassungsnachweis				8,0	25,4	36,0	42,4
Niederlassungsbewilligung – unbeschränkt							0,7
Daueraufenthalt-EG							2,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,1	100,0	100,0

Q: BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales bis 1993), AMS (seit 1994), WIFO-Berechnungen.

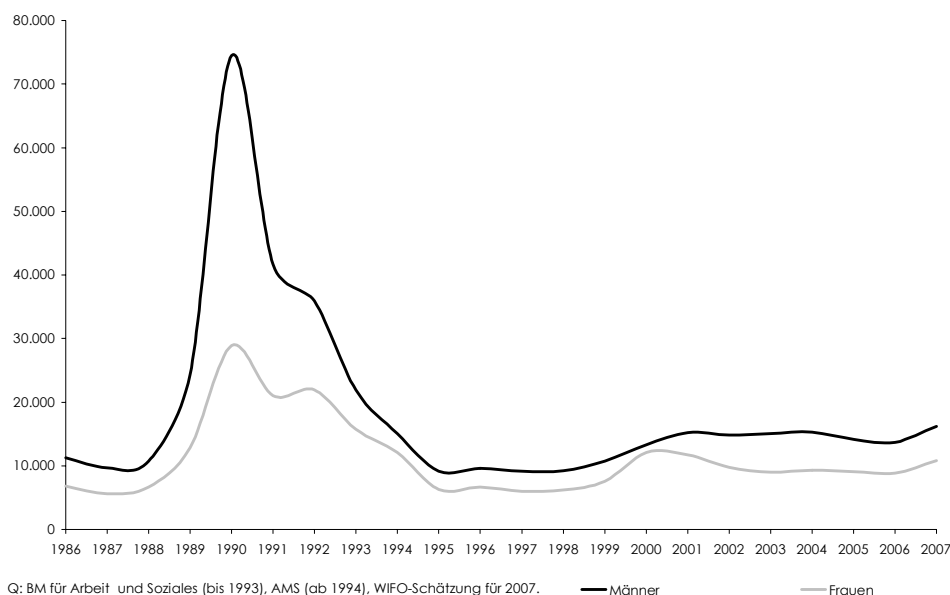
Ähnlich wie im Jahr 2006 waren im 1. Halbjahr 2007 neben den langfristigen Aufenthaltstiteln die EU-(Freizügigkeits-)bestätigungen ziemlich expansiv (+8.200 oder +48,2% auf 25.300), ebenso die Beschäftigungsbewilligungen (+1.800 oder +6,7% auf 28.400), während die Arbeitserlaubnisse (-2.700 oder -42,7% auf 3.600) zurückgingen.

### 2.1.3 Starke Zunahme bei den Erstbewilligungen von Beschäftigungsbewilligungen im 1. Halbjahr 2007

Im 1. Halbjahr 2007 wurden erstmals seit 2000 deutlich mehr Beschäftigungsbewilligungen erstmalig erteilt als noch letztes Jahr, nämlich 14.600 (+4.300 oder +41% gegenüber 1. Halbjahr 2006). Angesichts der guten Konjunkturlage ist zu erwarten, dass der positive Trend anhält und im Jahresdurchschnitt 2007 etwa 27.000 (+4.400 oder +19,6% gegenüber 2006) erstmalige Beschäftigungsbewilligungen ausgestellt werden (Abbildung 1).

Neben den Berechtigungen nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz wurden im 1. Halbjahr 2007 zwar mehr quotenpflichtige Erstniederlassungsbewilligungen für unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte erteilt als noch letztes Jahr, allerdings weiterhin vergleichsweise wenige (+128 oder +61,5% auf 336). Zudem verdreifachten sich, ebenfalls von einem sehr geringen Bestand ausgehend, die Zweckänderungen für unselbständige Schlüsselkräfte und unbeschränkte Niederlassungsbewilligungen (von 52 auf 172). Im Bereich der Schlüsselkräfte ist die Zuwanderung somit weiterhin äußerst gering.

Abbildung 1: Erteilte Erstanträge von Beschäftigungsbewilligungen





## 2.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschäftigung im Jahr 2008

Im Jahr 2008 dürfte sich das Wirtschaftswachstum in Österreich auf real +2,5% verlangsamen, als Folge der Konjunkturabschwächung im Euro-Raum, die nicht zuletzt aus der Stärke des Euro und des Anstiegs der langfristigen Zinssätze im Gefolge des Nachlassens der Konjunktur und der Krise im Immobilienfinanzmarkt in den USA resultieren dürfte. Während für den Euro-Raum und die EU 15 ein reales BIP-Wachstum von +2,3% erwartet wird, dürfte das Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Mitgliedsländern (EU 12) mit +5,2% weiterhin dynamisch bleiben. Ebenso dürfte die Expansion der Weltwirtschaft kaum gedämpft werden und der Welthandel um +7% wachsen (2007: +7,5%).

Zeitverzögert zur Abschwächung der Konjunktur in den USA, allerdings abgefedert durch die anhaltend starke Binnenkonjunktur im Euro-Raum, wird sich 2008 das reale Exportwachstum in Österreich nur schwach gegenüber 2007 auf +7,2% abschwächen. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften auch weiterhin expandieren, jedoch nur etwa halb so stark wie 2007 (+4,5%), auch die Bauinvestitionen dürften sich 2008 etwas weniger dynamisch entwickeln als 2007 (+3,3%).

Mit der Abschwächung der Konjunktur ist ein merklicher Rückgang des Beschäftigungswachstums auf etwa +35.000 oder +1,1% (aktive unselbständig Beschäftigte) zu erwarten. Die Verlangsamung in der Beschäftigungsausweitung hat Auswirkungen auf die Konsumnachfrage der Haushalte. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften infolge noch langsamer steigen als 2007 (+2,1%). Auch der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird sich weiter verlangsamen (+1,8%) und die Haushalte werden entsparen, d. h. die Sparquote der privaten Haushalte dürfte auf 9,2% sinken. Die nationale Inflationsrate dürfte ähnlich gering ausfallen wie heuer (1,9% nach 1,8% im Jahr 2007).

Trotz der deutlichen Abschwächung des Beschäftigungswachstums dürfte der Anstieg der unselbständigen Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften nur wenig schwächer expandieren als 2007 (+15.000 oder +3,7% auf 424.500). Auch die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird nur wenig schwächer ansteigen als 2007 (+4.500 oder +1,1% auf 403.900). Damit dürfte die Arbeitsproduktivität etwa auf dem Niveau des Jahres 2007 verharren.

Als Folge der sich abzeichnenden Verlangsamung der Beschäftigungsexpansion dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit zu einem Ende kommen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einer Stagnation der Arbeitslosigkeit auf dem hohen Niveau von 224.000 zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte somit nur mehr geringfügig auf 6,2% sinken. In Summe dürfte die Zahl der aktiven Erwerbspersonen im Inland um +39.500 oder +1% auf 3,885.000 ansteigen (Übersicht 5).

### Übersicht 5: Arbeitsmarktprognose 2007 und 2008

		2003	2004	2005	2006	2007	2008
Nachfrage nach Arbeitskräften							
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	In 1.000	3.438,1	3.463,2	3.500,4	3.556,3	3.621,3	3.660,8
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	8,5	25,1	37,2	55,9	65,0	39,5
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	0,2	0,7	1,1	1,6	1,8	1,1
Unselbständig Aktivbeschäftigte <sup>1)2)</sup>	In 1.000	3.057,4	3.078,5	3.110,4	3.161,9	3.221,9	3.256,9
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	5,5	21,1	31,9	51,5	60,0	35,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	0,2	0,7	1,0	1,7	1,9	1,1
Inländische Aktivbeschäftigter	In 1.000	2.707,0	2.716,2	2.736,2	2.771,2	2.812,4	2.832,4
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	-10,4	9,2	20,0	35,0	41,2	20,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	-0,4	0,3	0,7	1,3	1,5	0,7
Ausländische Aktivbeschäftigte	In 1.000	350,4	362,3	374,2	390,7	409,5	424,5
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	15,9	11,9	11,9	16,5	18,8	15,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	4,8	3,4	3,3	4,4	4,8	3,7
Selbständige <sup>3)</sup>	In 1.000	380,7	384,7	390,0	394,4	399,4	403,9
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	3,0	4,0	5,3	4,4	5,0	4,5
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	0,8	1,1	1,4	1,1	1,3	1,1
Angebot an Arbeitskräften							
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64)	In 1.000	5.527,3	5.561,6	5.577,2	5.595,8	5.618,7	5.644,4
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	37,7	34,4	15,6	18,5	22,9	25,8
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	0,7	0,6	0,3	0,3	0,4	0,5
Aktive Erwerbspersonen <sup>4)</sup> im Inland	In 1.000	3.678,2	3.707,1	3.753,1	3.795,5	3.845,5	3.885,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	16,1	28,9	45,9	42,4	50,0	39,5
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	0,4	0,8	1,2	1,1	1,3	1,0
Aktive Erwerbspersonen im Inland (InländerInnen)	In 1.000	3.289,6	3.304,4	3.334,6	3.362,6	3.402,4	3.427,9
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	-1,9	14,8	30,1	28,0	39,8	25,5
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	-0,1	0,5	0,9	0,8	1,2	0,7
Aktive Erwerbspersonen im Inland (AusländerInnen)	In 1.000	388,6	402,7	418,5	432,9	443,1	457,1
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	18,0	14,1	15,8	14,4	10,2	14,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	4,9	3,6	3,9	3,4	2,4	3,2
Überschuss an Arbeitskräften							
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>5)</sup>	In 1.000	240,1	243,9	252,7	239,2	224,2	224,2
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	7,7	3,8	8,8	-13,5	-15,0	0,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	3,3	1,6	3,6	-5,3	-6,3	0,0
Vorgemerkte arbeitslose <sup>5)</sup> Inländer	In 1.000	201,9	203,5	208,4	197,0	190,6	191,6
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	5,6	1,6	4,9	-11,4	-6,4	1,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	2,8	0,8	2,4	-5,5	-3,2	0,5
Vorgemerkte arbeitslose <sup>5)</sup> Ausländer	In 1.000	38,2	40,4	44,3	42,2	33,6	32,6
Veränderung gegenüber das Vorjahr absolut	In 1.000	2,1	2,2	3,9	-2,1	-8,6	-1,0
Veränderung gegenüber das Vorjahr in %	In %	5,7	5,7	9,7	-4,7	-20,4	-3,0
Arbeitslosenquote							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	In %	7,0	7,1	7,3	6,8	6,3	6,2
In % der Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	In %	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3	4,3
Beschäftigungsquote							
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)7)</sup>	In %	62,2	62,3	62,8	63,6	64,5	64,9

Q: WIFO. – 1) Ohne Bezug von KG/KGB, ohne PD, ohne arbeitslose SchulungsteilnehmerInnen mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. – 2) Laut HSV. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige einschließlich Arbeitslose. – 5) Arbeitslose laut AMS. – 6) Laut Eurostat (Mikrozensus). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

### **3. Differenzierung der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften**

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich heuer sehr günstig. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten wird voraussichtlich um +60.000 oder +1,9% auf 3,221.900 ansteigen. Von der Beschäftigungsausweitung werden inländische (+41.200 oder +1,5% auf 2,812.400) und ausländische Arbeitskräfte (+18.800 oder +4,8% auf 409.500) profitieren. Für ausländische Arbeitskräfte ist das die stärkste Beschäftigungsexpansion seit Anfang der neunziger Jahre.

#### **3.1 Branchengliederung der Beschäftigung**

Alljährlich dient die Branchenbeschäftigung zur Jahresmitte als Anhaltspunkt für die Beschäftigungsentwicklung im Jahresdurchschnitt, da die Jahresmitte den Jahresdurchschnitt meist sehr gut abbildet. Im Juni 2007 war die aktive unselbständige Beschäftigung noch dynamischer als im expansiven letzten Jahr (+59.200 oder +1,9% auf 3,244.800). Die Frauenbeschäftigung stieg um +31.700 oder +2,2% auf 1,443.800, die Männerbeschäftigung um +27.500 oder +1,5% auf 1,801.100. Damit war ähnlich wie im letzten Jahr die stärker konjunkturabhängige Männerbeschäftigung äußerst expansiv. Der Anstieg der Frauenbeschäftigung ist allerdings weiterhin höher, nicht zuletzt weil Frauen zunehmend bestrebt sind, zumindest über die Teilzeitbeschäftigung eine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung zu suchen. Der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich mit 44,5% nicht wesentlich gegenüber Juni 2006 (44,3%).

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft dürfte heuer stärker steigen als in den letzten Jahren. Nach einer massiven Beschäftigungsausweitung in den ersten fünf Monaten wurden im Juni 2007 34.100 Beschäftigungsverhältnisse gezählt (+300 oder +1% gegenüber Juni 2006).

In der Sachgütererzeugung wächst die Beschäftigung seit Mitte des Vorjahres ungebrochen. Im Juni 2007 stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse um +15.300 oder +2,7% auf 587.100 an. Unter Berücksichtigung des – in den Dienstleistungen verbuchten – Arbeitskräfteverleihs fällt die Beschäftigungsausweitung im produzierenden Bereich noch deutlicher aus. Am stärksten legte die Metallindustrie zu (+13.700 oder +5,1% auf 283.900), gefolgt von den Branchen Chemie, Recycling (+1.500 oder +2,6% auf 61.000) und Stein- und Glaswaren (+600 oder +2,1% auf 30.000). Auch im Bergbau und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie gab es erstmals wieder Beschäftigungszuwächse. Beschäftigungseinbußen verzeichneten weiterhin die Textilindustrie (–400 oder –1,3% auf 27.100) und die sonstige Konsumgütererzeugung (–500 oder –1,3% auf 35.600). Diese Produktionssegmente werden ins Ausland verlagert, häufig in unsere östlichen Nachbarländer.

Die Beschäftigungsverluste in der Energie- und Wasserversorgung sind ähnlich wie im letzten Jahr auf eine Umbuchung der Wiener und Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse auf die Wirtschaftsklasse OENACE 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken) zurückzuführen. Tat-

sächlich dürfte es weiterhin keine nennenswerten Beschäftigungsveränderungen in dieser Branche geben.

Im Bauwesen halten die Beschäftigungszuwächse weiter an. Nach dem außerordentlichen Beschäftigungsanstieg in den Wintermonaten infolge der günstigen Witterung und der zusätzlichen konjunkturell bedingten guten Auftragslage stieg im Juni 2007 die Beschäftigung um +4.900 oder +1,9% auf 261.700 an.

Übersicht 6: Branchengliederung der Beschäftigung im Juni

	Juni 2006	Juni 2007	Veränderung 2006/2007	
			Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	33.814	34.142	328	1,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	33.814	34.142	328	1,0
Bergbau, Industrie und Gewerbe	867.794	885.129	17.335	2,0
Bergbau, Steine, Erden	13.137	13.169	32	0,2
Nahrung, Getränke, Tabak	71.976	71.984	8	0,0
Textilien, Bekleidung, Leder	27.480	27.118	-362	-1,3
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	77.215	77.481	266	0,3
Chemie, Recycling	59.429	60.954	1.525	2,6
Stein- und Glaswaren	29.338	29.956	618	2,1
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	270.257	283.949	13.692	5,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren	36.072	35.612	-460	-1,3
Energie- und Wasserversorgung	26.078	23.201	-2.877	-11,0
Bauwesen	256.812	261.705	4.893	1,9
Dienstleistungen	2.284.066	2.325.556	41.490	1,8
Handel, Reparatur	509.899	521.119	11.220	2,2
Gaststättenwesen	173.980	175.267	1.287	0,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	218.155	218.222	67	0,0
Kredit- und Versicherungswesen	108.634	110.376	1.742	1,6
Unternehmensnahe Dienstleistungen	329.975	350.757	20.782	6,3
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	467.519	462.927	-4.592	-1,0
Unterrichtswesen	148.828	149.060	232	0,2
Gesundheitswesen	174.047	182.191	8.144	4,7
Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	149.662	152.270	2.608	1,7
Private Haushalte	3.367	3.367	0	0,0
Aktiv Beschäftigte	3.185.674	3.244.827	59.153	1,9
Präsenzdiener	13.685	11.913	-1.772	-12,9
Bezug von Kinderbetreuungsgeld	107.046	104.466	-2.580	-2,4
Summe der aufrechten Beschäftigungsverhältnisse	3.306.405	3.361.206	54.810	-1,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die unternehmensnahen Dienstleistungen weiteten die Beschäftigung weiterhin am stärksten aus (+20.800 oder +6,3% auf 350.800). Auch im Handel legte die Beschäftigung weiter zu (+11.200 oder +2,2% auf 521.100). Zudem konnten in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+67 oder +0,0% auf 218.200) sowie Kredit- und Versicherungswesen (+1.700 oder +1,6% auf 110.400) die Beschäftigungseinbußen des letzten Jahres gestoppt werden. Nur im Gaststättenwesen wurden nach dem massiven Anstieg im letzten Jahr kaum noch zusätzli-

che Beschäftigungsverhältnisse geschaffen (+1.300 oder +0,7% auf 175.300), ebenso in den öffentlichen Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Unterrichts- und Gesundheitswesen: +3.800 oder +0,5% auf 794.200) (Übersicht 6). Hier dürfte die Verwaltungsreform zu Greifen beginnen, im Unterrichtswesen wirft der demographisch bedingte Rückgang der SchülerInnenzahlen an den Volksschulen seine ersten Schatten auf die Beschäftigung von LehrerInnen.

Übersicht 7: Branchengliederung der Beschäftigung (Jahresdurchschnitt)

	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegen das Vorjahr			
	2006	2007 <sup>1)</sup>	2008 <sup>1)</sup>	2006/07		2007/08	
				Absolut	In %	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	27.081	28.000	27.800	900	3,4	-200	-0,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	27.081	28.000	27.800	900	3,4	-200	-0,7
Bergbau, Industrie und Gewerbe	852.920	872.900	881.800	20.000	2,3	8.900	1,0
Bergbau, Steine, Erden	12.722	12.700	12.500	0	-0,2	-200	-1,6
Nahrung, Getränke, Tabak	72.267	72.200	72.100	-100	-0,1	-100	-0,1
Textilien, Bekleidung, Leder	27.608	26.900	26.000	-700	-2,6	-900	-3,3
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	77.251	77.500	77.600	200	0,3	100	0,1
Chemie, Recycling	59.527	60.000	60.100	500	0,8	100	0,2
Stein- und Glaswaren	28.401	29.000	29.100	600	2,1	100	0,3
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	272.628	285.700	293.000	13.100	4,8	7.400	2,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	36.149	35.500	34.900	-600	-1,8	-600	-1,7
Energie- und Wasserversorgung	25.958	23.400	23.400	-2.600	-9,9	0	0
Bauwesen	240.409	250.000	253.000	9.600	4,0	3.000	1,2
Dienstleistungen	2.281.931	2.321.000	2.347.300	39.100	1,7	26.300	1,1
Handel, Reparatur	512.921	523.300	530.100	10.400	2,0	6.800	1,3
Gaststättenwesen	168.038	168.800	169.400	800	0,5	600	0,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	217.939	218.500	218.300	600	0,3	-200	-0,1
Kredit-, Versicherungswesen	109.120	110.300	110.000	1.200	1,1	-300	-0,3
Unternehmensnahe Dienstleistungen	328.814	349.700	365.000	20.900	6,4	15.300	4,4
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen <sup>3)</sup>	467.279	461.800	462.000	-5.500	-1,2	200	0
Unterrichtswesen	149.120	149.200	150.100	100	0,1	900	0,6
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	174.604	183.100	184.600	8.500	4,9	1.500	0,8
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	150.766	153.000	154.500	2.200	1,5	1.500	1,0
Private Haushalte	3.331	3.300	3.300	0	-0,9	0	0,0
Aktiv Beschäftigte	3.161.932	3.221.900	3.256.900	60.000	1,9	35.000	1,1
Präsenzdiener, Bezug von Kinderbetreuungsgeld	118.946	117.700	117.500	-1.200	-1,0	-200	-0,2
Summe der aufrechten Beschäftigungsverhältnisse	3.280.878	3.339.700	3.374.400	58.800	1,8	34.800	1,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> WIFO-Prognose.

Im kommenden Jahr wird das Beschäftigungswachstum infolge der Konjunkturabkühlung deutlich geringer ausfallen als 2007. Die aktive Beschäftigung wird voraussichtlich um +35.000 oder +1,1% auf 3.256.900 ansteigen. Die derzeitige sektorale Beschäftigungsentwicklung lässt vermuten, dass sich die Beschäftigungsausweitungen in Teilbereichen der Sachgütererzeu-

gung zwar fortsetzen werden, wenngleich in einem geringeren Ausmaß. Auch in den Dienstleistungen dürfte sich die Beschäftigungsexpansion etwas abkühlen. In der Land- und Forstwirtschaft wird der Beschäftigungsstand des heurigen Jahres kaum gehalten werden können (Übersicht 7).

### 3.1.1 Beschäftigungsschwerpunkte ausländischer Arbeitskräfte

Ähnlich wie bei der Gesamtbeschäftigung können auch aus der Beschäftigungsstruktur ausländischer Arbeitskräfte im Juni Rückschlüsse auf den Jahrestrend abgeleitet werden. Gut ein Drittel der Beschäftigungsausweitung im heurigen Juni entfiel auf ausländische Arbeitskräfte. Ihre Zahl stieg um +20.000 oder +5% auf 421.000; das waren knapp 13% der aktiv Beschäftigten im Juni 2007. Männer verbuchten einen Anstieg um +10.600 oder +4,3% auf 255.500, Frauen um +9.400 oder +6% auf 165.500. Der Frauenanteil erhöhte sich auf 39,3% (Juni 2006: 38,9%).

Die Beschäftigungsausweitung erstreckte sich über alle Branchen mit Ausnahme der sonstigen Konsumgütererzeugung. Am stärksten war die Beschäftigungsausweitung in den unternehmensnahen Dienstleistungen (+4.900 oder +7,7% auf 68.400), gefolgt vom Gaststättenwesen (+3.900 oder +7% auf 59.100) und dem Handel (+3.000 oder +5,1% auf 62.000). Die Beschäftigungszuwächse konzentrierten sich aber nicht nur auf die Dienstleistungen, auch in der Metallindustrie (+1.800 oder +5,9% auf 32.700) nahm ihre Zahl deutlich zu. Insgesamt erhöhte sich die Ausländerbeschäftigung in den Dienstleistungen um +15.800 oder +6% auf 279.800, in der Sachgütererzeugung um +3.000 oder +4,1% auf 76.000, im Bauwesen um +600 oder +1,2% auf 51.500 und in der Land- und Forstwirtschaft um +600 oder +4,9% auf 12.300.

Die höchsten AusländerInnenanteile gab es weiterhin in der Land- und Forstwirtschaft mit 35,9%, gefolgt vom Gaststättenwesen (33,7%) und der Textilindustrie (23,5%). Aber auch in den privaten Haushalten, im Bauwesen, in den unternehmensnahen Dienstleistungen, in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und im Bereich der Stein- und Glaswaren war der AusländerInnenanteil überdurchschnittlich hoch.

Während in der Chemie- und Metallindustrie, in den Bereichen Stein- und Glaswaren, im Bauwesen, Handel, Kredit- und Versicherungswesen sowie in den unternehmensnahen, öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen in- und ausländische Arbeitskräfte von der Beschäftigungsausweitung profitieren konnten, gingen die Beschäftigungsausweitungen in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau, in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, in der Holz- und Papierbranche, im Gaststättenwesen und in den Bereichen Verkehr und Unterricht zulasten inländischer Arbeitskräfte (Übersicht 8). Es ist angesichts der starken konjunkturellen Beschäftigungsausweitung, die sich auf fast alle Branchen übertrug, kaum anzunehmen, dass es zu einer echten Substitution zwischen inländischen und ausländischen Arbeitskräften gekommen ist. Die gute Konjunkturlage begünstigte allerdings den Arbeitsmarktzugang von schon längerfristig in Österreich anwesenden AusländerInnen und war somit der Integration förderlich.

Übersicht 8: Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nach Branchen im Juni

	2007	Veränderung 2006/07		Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %	
		Absolut	In %	2006	2007
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	12.253	568	4,9	34,6	35,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	12.253	568	4,9	34,6	35,9
Bergbau, Industrie und Gewerbe	128.881	3.646	2,9	14,4	14,6
Bergbau, Steine, Erden	912	48	5,6	6,6	6,9
Nahrung, Getränke, Tabak	12.981	307	2,4	17,6	18,0
Textilien, Bekleidung, Leder	6.368	66	1,0	22,9	23,5
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	8.278	421	5,4	10,2	10,7
Chemie, Recycling	8.013	168	2,1	13,2	13,1
Stein- und Glaswaren	3.998	170	4,4	13,0	13,3
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	32.680	1.835	5,9	11,4	11,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	3.655	-3	-0,1	10,1	10,3
Energie- und Wasserversorgung	455	42	10,2	1,6	2,0
Bauwesen	51.541	592	1,2	19,8	19,7
Dienstleistungen	279.778	15.800	6,0	11,6	12,0
Handel, Reparatur	62.013	3.019	5,1	11,6	11,9
Gaststättenwesen	59.089	3.858	7,0	31,7	33,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	26.222	634	2,5	11,7	12,0
Kredit-, Versicherungswesen	4.932	565	12,9	4,0	4,5
Unternehmensnahe Dienstleistungen	68.357	4.913	7,7	19,2	19,5
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	14.138	277	2,0	3,0	3,1
Unterrichtswesen	8.210	711	9,5	5,0	5,5
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	16.996	1.036	6,5	9,2	9,3
Sonstige öffentliche und private Dienste, extraterritoriale Organisationen	19.063	711	3,9	12,3	12,5
Private Haushalte	758	76	11,1	20,3	22,5
Aktiv Beschäftigte	420.912	20.014	5,0	12,6	13,0
Unbekannt	81	-60	-42,6		
Summe der aufrechten Beschäftigungsverhältnisse	420.993	19.954	5,0	12,1	12,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

### 3.1.2 Beschäftigungsschwerpunkte bewilligungspflichtiger ausländischer Arbeitskräfte

Ausländische Arbeitskräfte, die nicht vom Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) aufgenommen sind, keine Niederlassungsbewilligung als Schlüsselkraft haben oder über keinen unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt verfügen, benötigen eine Berechtigung für den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Nach Beschäftigungseinbußen in den letzten Jahren nahm ihre Zahl seit mittlerweile zwei Jahren wieder zu und gewann im Laufe dieses Jahres zunehmend an Dynamik. Zur Jahresmitte 2007 waren um +9.200 oder +4,1% mehr ausländische Arbeitskräfte beim AMS gemeldet als noch im Juni des letzten Jah-



res (235.600). Ihr Anteil an den aktiv unselbständig Beschäftigten belief sich auf 5,6% (nach 5,7% im Juni 2006).

Die rückläufigen Beschäftigungszahlen der letzten Jahre in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, im Handel, Gaststättenwesen, in den unternehmensnahen und sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen konnten heuer gestoppt werden. Am stärksten fielen die Beschäftigungszuwächse im Gaststättenwesen (+1.100 oder +3% auf 36.800) und in der Land- und Forstwirtschaft (+900 oder +5,1% auf 18.200) aus. Aber auch in den privaten Haushalten und im Kredit- und Versicherungswesen entwickelte sich die Beschäftigung, zwar von einem geringeren Niveau ausgehend, so doch sehr dynamisch.

*Übersicht 9: Branchengliederung bewilligungspflichtig beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte im Juni*

	2007	Veränderung 2006/07		Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %	
		Absolut	In %	2006	2007
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	18.177	882	5,1	51,1	53,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	18.177	882	5,1	51,1	53,2
Bergbau, Industrie und Gewerbe	67.745	-1.976	-2,8	8,0	7,7
Bergbau, Steine, Erden	448	-2	-0,4	3,4	3,4
Nahrung, Getränke, Tabak	6.564	73	1,1	9,0	9,1
Textilien, Bekleidung, Leder	4.110	-262	-6,0	15,9	15,2
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	4.167	-84	-2,0	5,5	5,4
Chemie, Recycling	2.756	-98	-3,4	4,8	4,5
Stein- und Glaswaren	1.809	-98	-5,1	6,5	6,0
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	12.532	-476	-3,7	4,8	4,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	2.245	-233	-9,4	6,9	6,3
Energie- und Wasserversorgung	169	49	40,8	0,5	0,7
Bauwesen	32.945	-845	-2,5	13,2	12,6
Dienstleistungen	95.356	2.063	2,2	4,1	4,1
Handel, Reparatur	18.923	253	1,4	3,7	3,6
Gaststättenwesen	36.780	1.085	3,0	20,5	21,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7.222	-21	-0,3	3,3	3,3
Kredit-, Versicherungswesen	677	73	12,1	0,6	0,6
Unternehmensnahe Dienstleistungen	17.150	224	1,3	5,1	4,9
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	2.025	-224	-10,0	0,5	0,4
Unterrichtswesen	682	57	9,1	0,4	0,5
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	4.468	117	2,7	2,5	2,5
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	6.810	405	6,3	4,3	4,5
Private Haushalte	619	94	17,9	15,6	18,4
Aktiv Beschäftigte	181.278	969	0,5	5,7	5,6
Schulabgänger	8.993	387	4,5		
Sonstige	18.234	1.774	10,8		
Unbekannt	27.073	6.068	28,9		
Summe der aufrechten Beschäftigungsverhältnisse	235.578	9.198	4,1	6,8	7,0

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.



Beschäftigungsrückgänge wiesen allerdings weiterhin der gesamte produzierende Bereich mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung und Energie- und Wasserversorgung aus, sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und die öffentlichen Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Unterrichts- und Gesundheitswesen).

Die bewilligungspflichtige AusländerInnenbeschäftigung konzentrierte sich weiterhin auf die saisonabhängigen Branchen Land- und Forstwirtschaft, Bauwesen und Gaststättenwesen sowie die privaten Haushalte und die Niedriglohnbereiche der Sachgütererzeugung (Übersicht 9).

## **3.2 Regionale Gliederung der Beschäftigung**

### *3.2.1 Gute Exportkonjunktur im Jahr 2006 begünstigt Industriebundesländer*

Wie schon im Vorjahr richtig prognostiziert, wies das regionale Beschäftigungswachstum im Jahr 2006 vergleichsweise geringe regionale Unterschiede auf. Die regionale Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsentwicklung des Jahres 2006 war zum einen durch die nach wie vor gute Exportkonjunktur und zum anderen durch die anhaltend starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes geprägt.

Aufgrund der guten Exportkonjunktur waren es im Jahr 2006 vor allem die westlichen Bundesländer (Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg), die überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse erzielten. In diesen Bundesländern wuchs die aktive Beschäftigung rascher als im übrigen Bundesgebiet. Diese Bundesländer profitieren aufgrund ihrer engen Lieferbeziehungen mit der EU, allen voran Deutschland, vom Konjunkturaufschwung in der EU. Die Expansion in Wien und im Burgenland blieb verhalten, nicht zuletzt infolge einer geringen Exportquote. Der schon seit vielen Jahren bestehende Trend zu einem Rückgang der Sachgüterbeschäftigung lief im Jahr 2006 aus. Aber auch die zunehmende Binnennachfrage, insbesondere die verstärkte Bau- und Investitionstätigkeit, verstärkte das Beschäftigungswachstum und trug zu einer Angleichung der regionalen Verteilung des Wachstums bei. Die positive Beschäftigungsentwicklung resultiert somit aus einer günstigen Entwicklung der Beschäftigung in der Sachgüterproduktion sowie einer deutlichen Beschäftigungsausweitung bei den Dienstleistungen (insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen), die verstärkt von der steigenden Exportnachfrage im Sachgüterbereich profitiert haben dürften.

In Wien war das Beschäftigungswachstum (+1,0%) am geringsten unter den Bundesländern, es blieb in allen vier Quartalen unter dem Österreich-Durchschnitt. Maßgebend war dafür vor allem der langfristige Rückgang der Arbeitskräftenachfrage im Handel. Insbesondere die Handelsvermittlung und der Großhandel bauten Arbeitskräfte ab (-2,8%); diese Entwicklung wurde durch den Anstieg im Einzelhandel nicht ausgeglichen. Auch in der Sachgütererzeugung war die Beschäftigung rückläufig, allerdings nur laut der Statistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger: Die Konjunkturerhebung von Statistik Austria

weist einen Beschäftigungsaufschwung aus (+1,5%); über die Ursachen dieser Diskrepanz ist nichts bekannt.

Im Burgenland wuchs die Arbeitskräftenachfrage 2006 mit +1,4% ebenfalls unterdurchschnittlich, da sowohl die Sachgütererzeugung als auch das Bauwesen Personal abbauten (laut Hauptverband jeweils -0,2%, laut Konjunkturerhebung allerdings Sachgütererzeugung +7,6%, Bauwesen +23,1%). Im Bereich der marktorientierten Dienstleistungen blieb das Beschäftigungswachstum leicht unter dem Österreich-Durchschnitt.

Wie im Österreich-Durchschnitt entwickelte sich die Beschäftigung in Niederösterreich sowie den südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten. Die deutliche Steigerung der Beschäftigung in den unternehmensnahen Dienstleistungen in Niederösterreich (+12,7%) ist jedoch fast ausschließlich nicht auf eine tatsächliche Zunahme der Arbeitskräftenachfrage, sondern auf eine Umbuchung der Wirtschaftsklassenzugehörigkeit der Energiewirtschaft zurückzuführen.

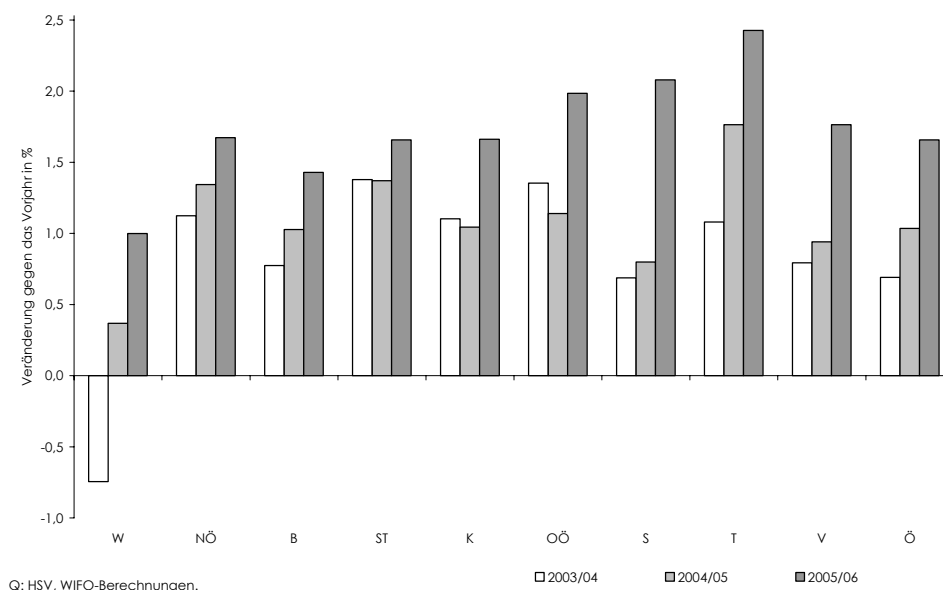
In der Steiermark nahm die Beschäftigung der Männer wegen der ungünstigen Entwicklung im Bauwesen unterdurchschnittlich zu (+0,5%), jene der Frauen aber besonders deutlich (+3,2%).

In Kärnten wurde die Beschäftigung im Handel unter den Bundesländern am stärksten ausgedehnt (+3,8%), in den unternehmensnahen Dienstleistungen war die Nachfrage nach Arbeitskräften dagegen eher verhalten.

In Tirol ergab sich dank der merklichen Zunahme im Sachgüterbereich (+3,4%) ein Gesamtzuwachs von +2,4%, während in Salzburg die Baubeschäftigung unter allen Bundesländern die höchste Wachstumsrate aufwies (+3,8%). In Vorarlberg lag das Beschäftigungswachstum 2006 mit +1,8% nur leicht über dem Österreich-Durchschnitt. Der günstigen Entwicklung in den marktorientierten Dienstleistungen stand ein Rückgang in der Land-, Forst- und Energiewirtschaft sowie in der Sachgütererzeugung (laut Hauptverband) gegenüber (Abbildung 2).

An der Regionalentwicklung der aktiven Beschäftigung hat sich zwischen 2006 und 2007 nicht viel geändert. Im Wesentlichen ist die Beschäftigung insgesamt nur noch etwas stärker expandiert.

Abbildung 2: Entwicklung der aktiven Beschäftigung in den Bundesländern (2004-2006)



### 3.2.2 Regionale Beschäftigungsschwerpunkte ausländischer Arbeitskräfte

Bereits im letzten Jahr entwickelte sich die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ähnlich dynamisch wie in der Boomphase Ende der achtziger Jahre. Die Zahl ausländischer Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt stieg um +16.500 oder +4,4% auf 390.700, der Anteil an den aktiv unselbständig Beschäftigten erhöhte sich auf 12,4% (+0,4 Prozentpunkte gegenüber 2005). Besonders starke Zuwächse gab es in den beiden tourismusabhängigen Bundesländern Salzburg (+1.800 oder +6,2% auf 30.600) und Tirol (+2.000 oder +5,4% auf 39.400), aber auch im Burgenland (+500 oder +5% auf 10.700) und in Wien (+5.300 oder +4,5% auf 123.900) nahm die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte deutlich zu.

Knapp die Hälfte aller ausländischen Arbeitskräfte waren weiterhin in der Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland) beschäftigt (48,4%), 37,8% in den westlichen Bundesländern (Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg) und 11,5% in den südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten. In Vorarlberg blieb die hohe Beschäftigungskonzentration ausländischer Arbeitskräfte stabil (19,8%), während in Wien (16,8%), Tirol (14,3%), Salzburg (14%) und dem Burgenland (12,8%) die überdurchschnittlich hohe Konzentration noch weiter ausgebaut wurde (Übersicht 10).

Übersicht 10: Ausländische Arbeitskräfte in den Bundesländern (Jahresdurchschnitt)

	2005	2006
Aktiv Unselbständige		
Wien	731.277	738.579
Niederösterreich	515.016	523.631
Burgenland	82.530	83.709
Steiermark	431.026	438.168
Kärnten	190.626	193.794
Oberösterreich	543.489	554.276
Salzburg	214.054	218.503
Tirol	269.346	275.881
Vorarlberg	133.044	135.391
Österreich	3.110.408	3.161.932
Ausländerbeschäftigung		
Wien	118.629	123.948
Niederösterreich	52.229	54.312
Burgenland	10.194	10.704
Steiermark	28.506	29.724
Kärnten	14.568	15.206
Oberösterreich	49.325	50.755
Salzburg	28.823	30.618
Tirol	37.357	39.356
Vorarlberg	26.337	26.841
Österreich davon	374.187	390.695
Nicht auf Bundesländer zuordenbar <sup>1)</sup>	8.219	9.231
Verteilung der Ausländerbeschäftigung auf die Bundesländer in %		
Wien	31,7	31,7
Niederösterreich	14,0	13,9
Burgenland	2,7	2,7
Steiermark	7,6	7,6
Kärnten	3,9	3,9
Oberösterreich	13,2	13,0
Salzburg	7,7	7,8
Tirol	10,0	10,1
Vorarlberg	7,0	6,9
Österreich	100,0	100,0
Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigung in %		
Wien	16,2	16,8
Niederösterreich	10,1	10,4
Burgenland	12,4	12,8
Steiermark	6,6	6,8
Kärnten	7,6	7,8
Oberösterreich	9,1	9,2
Salzburg	13,5	14,0
Tirol	13,9	14,3
Vorarlberg	19,8	19,8
Österreich	12,0	12,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO. – <sup>1)</sup> Die versicherten AusländerInnen der VA des österreichischen Bergbaues und der VA der österreichischen Eisenbahner können keinem Bundesland zugeordnet werden.

### 3.2.3 *Zahl der bewilligungspflichtigen ausländischen Arbeitskräfte vor allem in den Tourismusregionen und im Osten expansiv*

Nach dem markanten Rückgang im Jahr 2005 stieg die Zahl der bewilligungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte im ersten Jahr der neuen Rechtsordnung wieder um +3.700 oder +1,7% auf 214.900 an. Die bewilligungspflichtige Beschäftigung war in allen Bundesländern mit Ausnahme von Vorarlberg (–600 oder –5% auf 10.900), Salzburg (–200 oder –1,1% auf 18.500) und Kärnten (–80 oder –0,8% auf 10.000) expansiv. Bewilligungspflichtige ausländische Arbeitskräfte werden besonders im Burgenland (10,6%), Wien (9,2%) und trotz der Beschäftigungsrückgänge in Salzburg (8,5%) und Vorarlberg (8,1%) beschäftigt.

Im Burgenland verfügten 41% aller bewilligungspflichtigen ausländischen Arbeitskräfte über eine EU-(Freizügigkeits-)bestätigung. In allen anderen Bundesländern außer in Vorarlberg hatten die meisten bewilligungspflichtigen Arbeitskräfte einen Niederlassungsnachweis, in Vorarlberg Befreiungsscheine. Das Burgenland war auch das einzige Bundesland mit einer steigenden Anzahl an ausländischen Arbeitskräften mit Beschäftigungsbewilligungen.

In den östlichen und südlichen Bundesländern werden weiterhin tendenziell mehr bewilligungspflichtige ausländische Arbeitskräfte beschäftigt als in den westlichen Bundesländern. Darüber hinaus finden sich in den östlichen Bundesländern infolge der geographischen Lage mehr bewilligungspflichtige ausländische Arbeitskräfte mit EU-(Freizügigkeits-)bestätigung, in den südlichen Bundesländern kommen Beschäftigungsbewilligungen hinzu und in den westlichen Bundesländern dominieren dagegen die Beschäftigungsbewilligungen (Übersicht 11).

Übersicht 11: Bewilligungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in den Bundesländern (Jahresdurchschnitt)

	2005	2006
Aktiv Unselbständige		
Wien	731.277	738.579
Niederösterreich	515.016	523.631
Burgenland	82.530	83.709
Steiermark	431.026	438.168
Kärnten	190.626	193.794
Oberösterreich	543.489	554.276
Salzburg	214.054	218.503
Tirol	269.346	275.881
Vorarlberg	133.044	135.391
Österreich	3.110.408	3.161.932
Bewilligungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte		
Wien	65.146	67.727
Niederösterreich	31.930	32.119
Burgenland	8.472	8.882
Steiermark	19.234	19.845
Kärnten	10.046	9.966
Oberösterreich	28.959	29.672
Salzburg	18.680	18.475
Tirol	17.264	17.298
Vorarlberg	11.496	10.925
Österreich	211.227	214.908
Verteilung der bewilligungspflichtigen Ausländerbeschäftigung auf die Bundesländer in %		
Wien	30,8	31,5
Niederösterreich	15,1	14,9
Burgenland	4,0	4,1
Steiermark	9,1	9,2
Kärnten	4,8	4,6
Oberösterreich	13,7	13,8
Salzburg	8,8	8,6
Tirol	8,2	8,0
Vorarlberg	5,4	5,1
Österreich	100,0	100,0
Bewilligungspflichtiger Ausländerbeschäftigungsanteil an der Gesamtbeschäftigung in %		
Wien	8,9	9,2
Niederösterreich	6,2	6,1
Burgenland	10,3	10,6
Steiermark	4,5	4,5
Kärnten	5,3	5,1
Oberösterreich	5,3	5,4
Salzburg	8,7	8,5
Tirol	6,4	6,3
Vorarlberg	8,6	8,1
Österreich	6,8	6,8

Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

### 3.2.4 Regionale Beschäftigung im Jahr 2007

Im 1. Halbjahr 2007 entwickelte sich die Beschäftigung weiterhin ausgesprochen dynamisch. Allerdings blieb das schon seit mehreren Jahren bestehende West-Ost-Gefälle trotz eines weiteren Aufholprozesses in Wien weiter bestehen. Im 1. Halbjahr 2007 lag die Beschäftigung (inklusive Karenz- und KindergeldbezieherInnen sowie SchulungsteilnehmerInnen) in der Bundeshauptstadt um +1,5% über dem Niveau des Vorjahres und war damit knapp doppelt so hoch wie im Vorjahr. In der gesamten Ostregion stieg die Beschäftigung um +1,8% (Burgenland: +2,2%, Niederösterreich: +2,1%). Noch stärker waren die Beschäftigungszuwächse in der Süd- und Westregion mit je +2,4%, am stärksten in Oberösterreich mit +2,9%, gefolgt von der Steiermark mit +2,4%.

Für den weiteren Jahresverlauf ist unter anderem aufgrund des hohen Beschäftigungsniveaus im III. und IV. Quartal des Vorjahres in allen Regionen mit einem leichten Rückgang der Beschäftigungsdynamik zu rechnen. Bis zum Jahresende dürfte die Beschäftigung in der Ostregion um +1,6% steigen, in der Südregion um +2,0% und in der Westregion um +1,9%.

Wien war im 1. Halbjahr zwar immer noch das Bundesland mit dem geringsten Beschäftigungswachstum. Allerdings konnte im Gegensatz zu den Vorjahren der Strukturwandel der Wiener Stadtwirtschaft gestoppt werden. Erstmals seit Mitte der neunziger Jahre nahm die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion wieder zu (+7,7% nach -0,4% im 1. Halbjahr 2006). Auch die Bauwirtschaft verzeichnete eine deutliche Beschäftigungsausweitung (+5,7% nach -0,1% im 1. Halbjahr 2006). Die marktorientierten Dienstleistungen, die in Wien einen größeren Anteil am Arbeitsmarkt ausmachen, wuchsen dagegen zwar ähnlich stark wie im letzten Jahr (+1,4% nach +1,3% im 1. Halbjahr 2006) aber doch langsamer als die anderen Sektoren.

Im 2. Halbjahr wird sich diese Wachstumsdynamik am Wiener Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund einer annähernd unveränderten Konjunkturlage kaum verändern. Über das gesamte Jahr wird das Beschäftigungswachstum (exklusive Karenz- und KindergeldbezieherInnen und SchulungsteilnehmerInnen) etwa 1,5% betragen.

In den anderen Bundesländern der Ostregion wuchs die Beschäftigung im 1. Halbjahr 2007 ähnlich stark wie im Bundesdurchschnitt. Im Burgenland beschleunigte das Beschäftigungswachstum im 1. Halbjahr 2007 auf +2,2%. Diese Beschleunigung wird dabei vor allem durch die im 1. Halbjahr bessere Konjunktur in der Sachgüterproduktion (+3,5% nach -1,5% im 1. Halbjahr 2006) und im Bauwesen (+2,2% nach einer Beschäftigungsstagnation im letzten Halbjahr) bestimmt. Die marktorientierten Dienstleistungen waren dagegen weniger stark expansiv als im letzten Jahr (+1,9% nach +2,1% im 1. Halbjahr 2006). Über das Gesamtjahr sollte ein Beschäftigungswachstum von +1,7% erreicht werden.

In Niederösterreich stieg die Beschäftigung im 1. Halbjahr 2007 mit +2,1% dem österreichischen Durchschnitt entsprechend. Die Beschäftigung entwickelte sich in der Sachgütererzeugung weiter dynamisch (+1,8% nach +0,2% im 1. Halbjahr 2006), jedoch weniger stark als im Burgenland und in Wien. Auch im Bauwesen nahm die Beschäftigung zwar weiter zu (+4,5%

nach +1,8% im 1. Halbjahr 2006), allerdings ebenfalls weniger stark als in Wien. Dafür legten die marktorientierten Dienstleistungen stärker als in Wien und im Burgenland zu (+3,4% nach +2,6% im 1. Halbjahr 2006). Die gegen Ende des Jahres etwas abflachende Exportkonjunktur sollte daher wie in den anderen Bundesländern zu einer leichten Verlangsamung des Beschäftigungswachstums beitragen. Im Jahresvergleich wird die Beschäftigung in Niederösterreich um +1,5% steigen.

Die Bundesländer der Südregion (Steiermark und Kärnten) wuchsen nach einem schwachen 1. Halbjahr 2006 im 1. Halbjahr 2007 wieder deutlich stärker. In der Steiermark verdoppelte sich der Beschäftigungszuwachs von +1,2% im 1. Halbjahr 2006 auf +2,4%, in Kärnten nahm die Beschäftigung um +2,2% zu (nach +1,3% im 1. Halbjahr 2006). In beiden Bundesländern profitierten die marktorientierten Dienstleistungen (Steiermark: +3,5%, Kärnten: +3,1%) weiterhin von der guten Konjunkturlage. Hinzu kamen die deutlichen Beschäftigungsausweitungen im Bauwesen (Steiermark: +4,9%, Kärnten: +6,5%). Insgesamt wird somit die Südregion im Jahr 2007 sogar etwas stärker wachsen als die in den vergangenen Jahren bevorzugte Westregion. In der Steiermark ist aufgrund der nach wie vor guten Entwicklung der Sachgüterproduktion im Jahresvergleich mit einem durchschnittlichen Beschäftigungswachstum (+1,8%) zu rechnen. In Kärnten wird das Beschäftigungswachstum voraussichtlich mit +2,0% ebenfalls leicht über dem österreichischen Durchschnitt liegen.

Nach wie vor sehr dynamisch wird sich im Jahr 2007 die Westregion entwickeln. Nach einem sehr raschen Beschäftigungswachstum im 1. Halbjahr 2006 (von +2,9%) wird sich das Wachstum in Oberösterreich im 2. Halbjahr aufgrund des bereits hohen 2. Halbjahr 2006 erreichten Niveaus etwas verlangsamen. Im Jahresvergleich sollte Oberösterreich aber mit einem Beschäftigungszuwachs von +2,1% weiterhin (zusammen mit der Steiermark) die beschäftigungswachstumsstärkste Region Österreichs bleiben. Die gute Beschäftigungsentwicklung wird dabei von allen Sektoren getragen werden.

Ähnliches gilt auch für Salzburg. Mit einem Beschäftigungsplus von +2,3% lag der Zuwachs der in Salzburg im 1. Halbjahr nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Deutlich besser als im übrigen Österreich verlief dabei die Beschäftigungsentwicklung im Bauwesen aber auch alle anderen Branchen verzeichneten Beschäftigungszuwächse. Aufgrund der guten Baukonjunktur wurden dabei in Salzburg ebenfalls vor allem Arbeitsplätze für Männer (+2,3%) und ausländische Arbeitskräfte (+6,4%) geschaffen während die Beschäftigungsentwicklung der Frauen (2,1%) und der inländischen Arbeitskräfte unter dem österreichischen Durchschnitt lagen. Im Jahresvergleich dürfte die Beschäftigung in Salzburg mit +1,9% wachsen.

Wie schon in den Vorjahren erwies sich im 1. Halbjahr 2007 in Tirol vor allem die Sachgütererzeugung als Beschäftigungsmotor. Hier wurde im 1. Halbjahr 2007 ähnlich wie im Vorjahr ein Zuwachs der Beschäftigungsverhältnisse von +3,0% gegenüber dem Vorjahr gemessen. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlich war hingegen die Beschäftigungsentwicklung im Bauwesen und in den marktorientierten Dienstleistungen, ebenso im für Tirol besonders wichtigen Beherbergungs- und Gaststättenwesen (-0,5%). Dies führte dazu,



dass Tirol im 1. Halbjahr 2007 insgesamt durch ein im Bundesländervergleich unterdurchschnittliches Beschäftigungswachstum geprägt war. Dieser Rückstand wird auch bis Jahresende nicht mehr aufgeholt werden. Insgesamt wird die Beschäftigung mit +1,7% aber nur leicht unterdurchschnittlich wachsen.

Überdies wird auch die Beschäftigung in Vorarlberg durchschnittlich wachsen. Hier steigt besonders die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion (+3,4% nach -2,3% im 1. Halbjahr 2006), während die Beschäftigung im Bauwesen stagniert.

Übersicht 12: Die Beschäftigung in den Bundesländern (einschließlich KG/KBG-BezieherInnen und PD) (Jahresdurchschnitt)

	2005	2006	2007 <sup>1)</sup>	2008 <sup>1)</sup>	Veränderung in %		
					2005/06	2006/07	2007/08
Wien	756.561	763.871	774.900	781.400	1,0	1,4	0,8
Niederösterreich	533.827	541.863	551.000	556.000	1,5	1,7	0,9
Burgenland	85.110	86.248	87.800	88.700	1,3	1,8	1,0
Steiermark	447.902	454.833	464.400	469.400	1,5	2,1	1,1
Kärnten	198.226	201.428	205.200	207.100	1,6	1,9	0,9
Oberösterreich	565.890	576.883	589.000	596.300	1,9	2,1	1,2
Salzburg	223.070	227.635	231.900	234.700	2,0	1,9	1,2
Tirol	280.838	286.889	291.700	295.400	2,2	1,7	1,3
Vorarlberg	138.863	141.228	143.700	145.400	1,7	1,8	1,2
Österreich	3.230.287	3.280.878	3.339.600	3.374.400	1,6	1,8	1,0
Regionen							
Ostregion (NÖ, B, W)	1.375.498	1.391.982	1.413.700	1.426.000	1,2	1,6	0,9
Südregion (ST, K)	646.128	656.261	669.600	676.500	1,6	2,0	1,0
Westregion (T, V, S, OÖ)	1.208.661	1.232.635	1.256.300	1.271.900	2,0	1,9	1,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Differenzen ergeben sich aus Rundungen - <sup>1)</sup> WIFO-Prognose.

### 3.2.5 Regionale Beschäftigung im Jahr 2008

Für das Jahr 2008 geht das WIFO von einem etwas geringeren Beschäftigungswachstum aus. Insbesondere sollte sich die Exportkonjunktur etwas langsamer entwickeln, was jedoch zu einem regional noch stärker ausgeglichenen Beschäftigungswachstum beitragen wird. Wien wird sich zwar weiterhin unterdurchschnittlich entwickeln aber näher am Bundesschnitt liegen, während das Burgenland und Niederösterreich nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt bleiben werden. In der Südregion dürfte sich die Beschäftigung weiterhin etwas besser entwickeln, die stärksten Beschäftigungsausweitungen werden aber weiterhin für die Westregion erwartet.

Übersicht 13: Die Beschäftigung in den Bundesländern (ohne KG/KBG-BezieherInnen und PD)  
(Jahresdurchschnitt)

	2005	2006	2007 <sup>1)</sup>	2008 <sup>1)</sup>	Veränderung in %		
					2005/06	2006/07	2007/08
Wien	731.277	738.579	749.900	756.600	1,0	1,5	0,9
Niederösterreich	515.016	523.631	533.100	538.000	1,7	1,8	0,9
Burgenland	82.530	83.709	85.300	86.200	1,4	1,9	1,0
Steiermark	431.026	438.168	447.800	452.800	1,7	2,2	1,1
Kärnten	190.626	193.794	197.700	199.600	1,7	2,0	1,0
Oberösterreich	543.489	554.276	566.500	573.800	2,0	2,2	1,3
Salzburg	214.054	218.503	222.900	225.700	2,1	2,0	1,3
Tirol	269.346	275.881	280.800	284.600	2,4	1,8	1,3
Vorarlberg	133.044	135.391	138.000	139.700	1,8	1,9	1,2
Österreich	3.110.408	3.161.932	3.221.900	3.256.900	1,7	1,9	1,1
Regionen							
Ostregion (NÖ, B, W)	1.328.823	1.345.919	1.368.300	1.380.700	1,3	1,7	0,9
Südregion (ST, K)	621.652	631.962	645.500	652.400	1,7	2,1	1,1
Westregion (T, V, S, OÖ)	1.159.933	1.184.051	1.208.200	1.223.800	2,1	2,0	1,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Differenzen ergeben sich aus Rundungen – <sup>1)</sup> WIFO-Prognose.

### 3.3 Befristete Beschäftigung

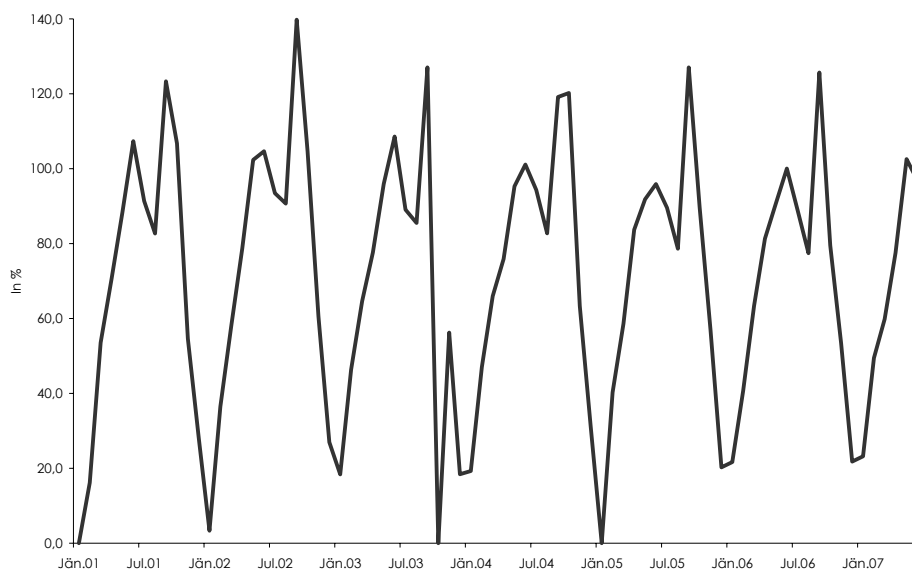
Im Falle eines vorübergehenden zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs, der aus dem im Inland verfügbaren Arbeitskräftepotential nicht abgedeckt werden kann, ist der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit befugt, innerhalb des in der Niederlassungsverordnung (§ 13 NAG) vorgegebenen Rahmens mit Verordnung Kontingente für befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte und Erntehelfer festzulegen (§ 5 AuslBG). Die festgelegte Höchstzahl für derartig befristet zugelassene ausländische Arbeitskräfte darf im gewichteten Jahresdurchschnitt nicht überschritten werden. Eine zeitlich begrenzte Überschreitung ist zulässig, wenn der Jahresdurchschnitt insgesamt nicht überschritten wird.

Die Beschäftigungsbewilligungen dürfen für befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte höchstens sechs Monate gelten, für Erntehelfer höchstens 6 Wochen. Sofern der Arbeitskräftebedarf des Arbeitgebers weiterhin besteht und nicht anderweitig abgedeckt werden kann, kann die Beschäftigungsbewilligung um weitere sechs Monate verlängert werden. Für Drittstaatsangehörige, die zum Studium oder zur Schulausbildung nach Österreich kommen, dürfen die Beschäftigungsbewilligungen höchstens 3 Monate gelten. Aus der Beschäftigungsbewilligung kann kein Recht auf dauerhafte Niederlassung in Österreich abgeleitet werden (§ 24 FPG). AusländerInnen, die nicht der Sichtvermerkplicht unterliegen, benötigen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung. Im Jahr 2007 dürfen aufgrund der Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit ähnlich wie im letzten Jahr bis zu 7.500 Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und bis zu 7.000 Beschäftigungsbewilligungen für Erntehelfer erteilt werden.

### 3.3.1 Befristete Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft

Von den 27.100 Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft im Jahresdurchschnitt 2006 entfielen 8.000 oder 29,5% auf ausländische Arbeitskräfte. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft um +260 oder +1% auf 27.100 zu. Da inländische Arbeitskräfte (+230 oder +1,2% auf 19.100) etwas stärker als ausländische Arbeitskräfte (+30 oder +0,4% auf 8.000) von der Beschäftigungsausweitung profitieren konnten, verringerte sich der Ausländeranteil an der Beschäftigung geringfügig gegenüber dem Vorjahr (2005: 29,7%). Nach zwei Jahren steigender Arbeitslosigkeit ging erstmals auch wieder die Arbeitslosigkeit auf 4.000 (-130 oder -3%) zurück, was wiederum InländerInnen (-110 oder -3,4% auf 3.000) stärker zugute kam als AusländerInnen (-20 oder -1,7% auf 1.000). Folglich sank auch die Arbeitslosenquote unter InländerInnen (-0,6 Prozentpunkte auf 13,7%) stärker als unter AusländerInnen (-0,2 Prozentpunkte auf 11,2%); dennoch blieb die Arbeitslosigkeit unter InländerInnen weiterhin deutlich höher als unter AusländerInnen.

Abbildung 3: Anteil befristet beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte und Erntehelfer an der Ausländerbeschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft



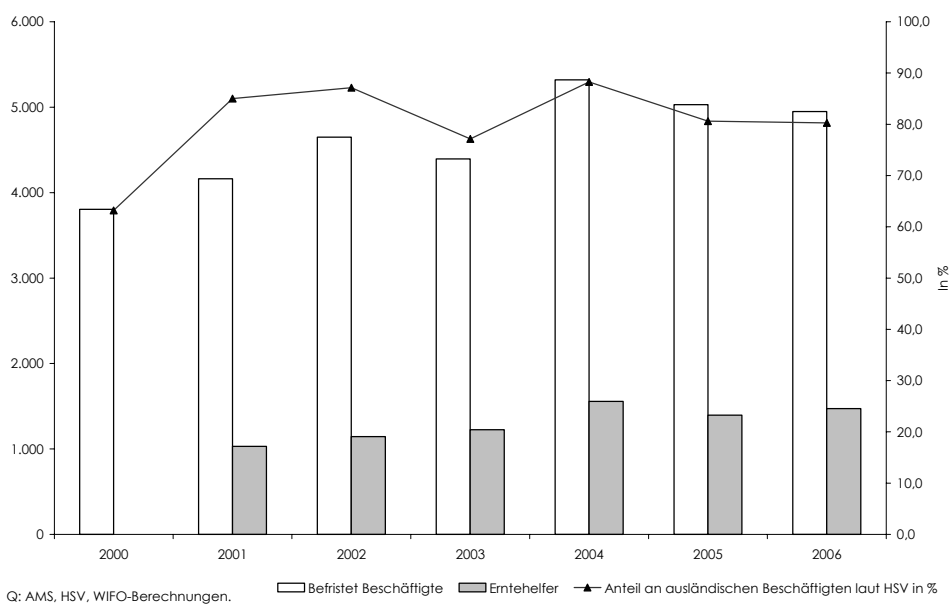
Q: AMS, HSV, WIFO-Berechnungen.

Trotz der Beschäftigungsausweitung arbeiteten immer noch weniger als 1% aller unselbständig Beschäftigten als Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft gegenüber 2% unter ausländischen Arbeitskräften (2005: 2,1%).

Die Zahl der befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräften und Erntehelfer in der Land- und Forstwirtschaft blieb mit 6.400 ähnlich hoch wie im Jahr 2005. Die leichten Rückgänge unter den befristet Beschäftigten (-80 oder -1,6% auf 5.000) konnten durch zusätzliche Erntehelfer abgedeckt werden (+80 oder +5,5% auf 1.500). Gemeinsam deckten sie 80,3% der

ausländischen Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ab. Im Juni 2007 waren so wie in den letzten Jahren fast alle ausländischen Arbeitskräfte befristet beschäftigt oder Erntehelfer (Abbildungen 3, 4).

Abbildung 4: Befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte und Erntehelfer in der Land- und Forstwirtschaft (Jahresdurchschnitt)



Aufgrund des gleich bleibenden Verhältnisses zwischen befristet und nicht-befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräften dürften die Substitutionsprozesse zwischen diesen beiden Gruppen abgeschlossen sein; Substitutionstendenzen unter den befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräften ebenso wie unter Erntehelfern dürften aber weiterhin vorkommen.

### 3.3.2 Befristete Beschäftigung im Gaststättenwesen

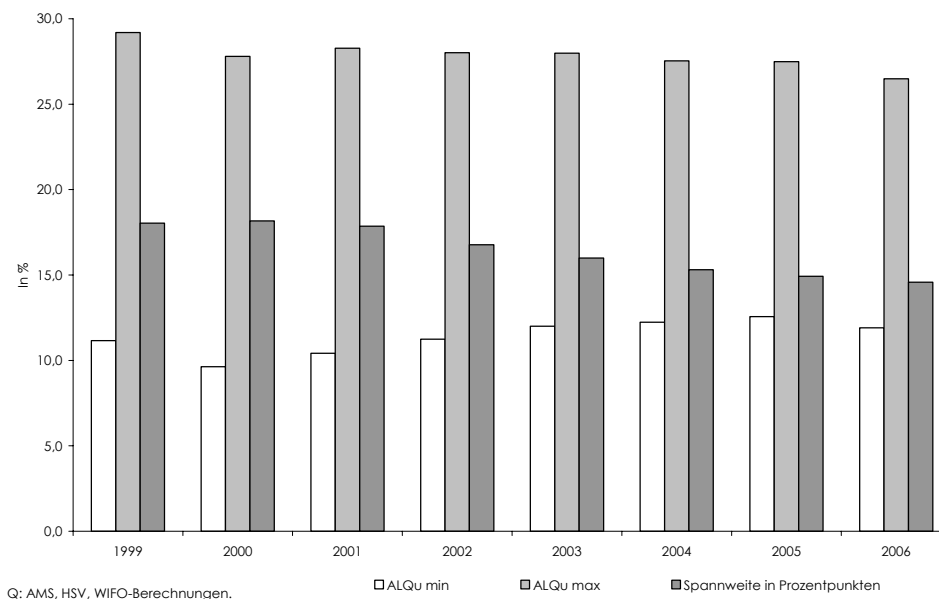
Das Gaststättenwesen ist beschäftigungsmäßig nach den unternehmensnahen Dienstleistungen die wichtigste Branche für ausländische Arbeitskräfte. Im Jahr 2006 arbeiteten 14,1% (2005: 14%) aller ausländischen Arbeitskräfte (55.100) im Gaststättenwesen, unter inländischen Arbeitskräften waren es dagegen nur 4,1%. Insgesamt gab es 168.000 Arbeitskräfte im Gaststättenwesen, das sind 5,3% aller aktiv unselbständig Beschäftigten.

Im Laufe des Jahres 2006 erhöhte sich die Beschäftigung im Gaststättenwesen um +4.400 oder +2,7%, wovon besonders ausländische Arbeitskräfte profitierten (+2.800 oder +5,4%). Der Ausländeranteil erhöhte sich auf 32,8% (2005: 31,9%).

Nach fünf Jahren steigender Arbeitslosigkeit verringerte sich im Jahr 2006 erstmals wieder die Arbeitslosigkeit um -1.000 oder -2,9% auf 34.900. Anders als bei der Beschäftigungsausweitung waren die Rückgänge unter ausländischen (-200 oder -3% auf 7.800) und inländischen

(-800 oder -2,8% auf 27.100) Arbeitslosen relativ betrachtet ähnlich stark. Ungeachtet der rückläufigen Arbeitslosenzahlen blieb die Arbeitslosigkeit im Gaststättenwesen mit 17,2% (2005: 18%) weiterhin am höchsten, unter InländerInnen war die Arbeitslosenquote mit 19,4% (2005: 20%) noch deutlich höher (AusländerInnen: 12,4% nach 13,3% im Jahr 2005).

Abbildung 5: Spannweite zwischen geringster und höchster Arbeitslosenquote im Gaststättenwesen (Amplitude)



Da die Arbeitslosigkeit zum Saisonhöhepunkt im Juli weniger stark zurückging als zum Saisontief im November, war die Spannweite der Arbeitslosenquoten zwischen den beiden Saisonspitzenmonaten weiter rückläufig. Dadurch blieb die Sockelarbeitslosigkeit im Gaststättenwesen unverändert hoch (Abbildung 5).

Die Beschäftigung befristeter ausländischer Arbeitskräfte ist für das Gaststättenwesen nicht nur von deutlich geringerer Bedeutung als in der Land- und Forstwirtschaft, sondern auch rückläufig. Während die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zunahm (+2.800 oder +5,4% auf 55.100), ging sie unter befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräften zurück (-460 oder -9,3% auf 4.500). Der Anteil an der AusländerInnenbeschäftigung verringerte sich auf 8,1% (nach 9,4% im Jahr 2005). So gesehen hat die Verringerung der Zahl der Saisoniers im Tourismus dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit nicht weiter anstieg (Abbildung 6).

Befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte wurden so wie im letzten Jahr besonders in Salzburg (16,2%), Tirol (15,1%), Burgenland (9,8%) und der Steiermark (9,3%) beschäftigt (Abbildung 7).

In Anbetracht des steigenden Angebots an nicht-befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräften und der anhaltend hohen Sockelarbeitslosigkeit im Gaststättenwesen dürfte eine

Verringerung der Zahl der befristet beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte aus Drittstaaten zu keinen Angebotsengpässen führen.

Abbildung 6: Befristet beschäftigte ausländische Arbeitskräfte im Gaststättenwesen (Jahresdurchschnitt)

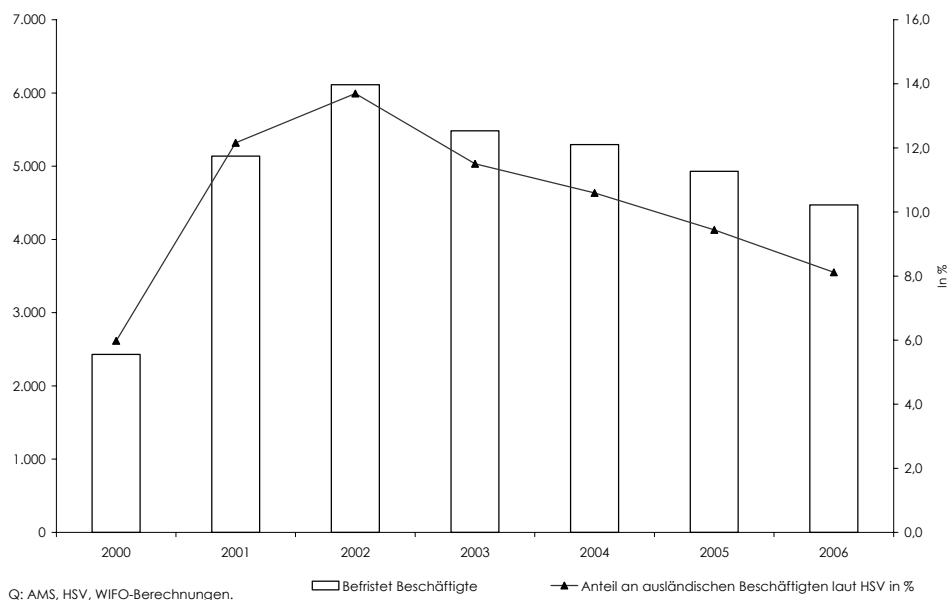
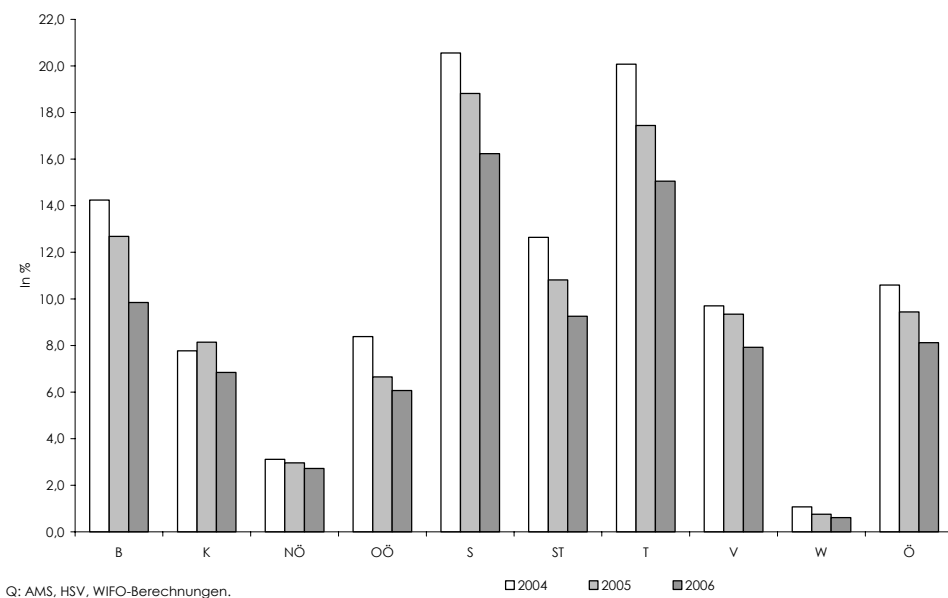


Abbildung 7: Anteil befristet beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte an der Ausländerbeschäftigung im Gaststättenwesen nach Bundesländern



## 4. Arbeitslosigkeit

Das Arbeitskräfteangebot (unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose) nahm 2006 nur wenig schwächer als im Vorjahr (+1,1%, ohne Präsenzdiener, ohne Personen mit Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug) zu. In Bundesländern mit hohem Beschäftigungswachstum stieg auch das Angebot an Arbeitskräften stärker (Korrelationskoeffizient 0,97).

Hatte die starke Zunahme des Arbeitskräfteangebotes 2005 trotz guten Beschäftigungswachstums zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen, so erlaubten die gute Konjunkturlage und die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften 2006 trotz der neuerlichen Angebotssteigerung eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um –13.500 oder –5,3% auf 239.200. Unter Miteinberechnung des Anstiegs an Personen in Schulungsmaßnahmen um +8.900 oder +18,3% auf 57.500, die nicht in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen, verringerte sich die Arbeitslosigkeit um –4.600.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war auch regional relativ einheitlich: Im I. Quartal nahm die Arbeitslosigkeit in manchen Bundesländern im Vorjahresvergleich noch zu, ab dem II. Quartal ging sie aber in allen Bundesländern zurück. Diese Tendenz beschleunigte sich gegen Jahresende, unterstützt durch das milde Wetter im III. und IV. Quartal und den damit verbundenen Beschäftigungsaufschwung im Bauwesen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr um –0,5 Prozentpunkte und betrug im Jahresdurchschnitt 6,8%. Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote war regional relativ homogen (zwischen –0,3 Prozentpunkten in Tirol und Kärnten und –0,6 Prozentpunkten in Salzburg). Die regionalen Unterschiede der Arbeitslosenquote veränderten sich demnach nicht – die Quote ist in den östlichen und südlichen Bundesländern weiterhin höher als im Westen. Die Arbeitslosigkeit der Männer wurde stärker verringert als die der Frauen; überdurchschnittlich gesenkt wurde sie auch unter Jugendlichen, älteren Arbeitssuchenden und Langzeitarbeitslosen.

In Wien blieb die Abnahme der Arbeitslosigkeit 2006 mit –4,1% hinter dem Österreich-Durchschnitt zurück, obwohl sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit –40,6% Österreichweit am stärksten verringerte. Die Arbeitslosenquote war in Wien mit 9,3% neuerlich die höchste unter den Bundesländern. Auch im Burgenland sank die Arbeitslosigkeit nur unterdurchschnittlich (–4,9%), in Niederösterreich entsprach die Entwicklung etwa dem Österreich-Durchschnitt, wengleich die Zahl der älteren Arbeitslosen (über 55 Jahre) hier am stärksten abnahm.

### 4.1.1 Arbeitslosigkeit unter ausländischen Erwerbspersonen

Die sinkende Arbeitslosigkeit begünstigte InländerInnen (–11.400 oder –5,5% auf 197.000) etwas stärker als AusländerInnen (–2.100 oder –4,8% auf 42.200), während die Schulungsmaßnahmen stärker auf ausländische Arbeitslose abzielten (AusländerInnen: +2.000 oder +26,8% auf 9.500; InländerInnen: +6.900 oder +16,8% auf 48.000). Einschließlich der Personen in Schulun-

gen waren die Rückgänge in der Arbeitslosigkeit unter InländerInnen (–4.500 oder –1,8% auf 245.000) bei weitem stärker als unter AusländerInnen (–100 oder –0,2% auf 51.700). Obwohl die AusländerInnen weniger stark von der rückläufigen Arbeitslosigkeit profitieren konnten, sank ihre Arbeitslosenquote dank der stärksten Beschäftigungsexpansion seit den frühen neunziger Jahren deutlicher (–0,8 Prozentpunkte auf 9,7%, InländerInnen: –0,4 Prozentpunkte auf 6,4%). Der Abstand zur geringeren Arbeitslosenquote der InländerInnen verringerte sich auf 3,4 Prozentpunkte (2005: 3,8 Prozentpunkte).

Besonders hoch war die Arbeitslosigkeit in den drei saisonabhängigen Branchen mit hohem Ausländeranteil, dem Gaststättenwesen (17,2%), Bauwesen (14,2%) und der Land- und Forstwirtschaft (13%). Aber auch in der Textil- und Holzindustrie, dem Bergbau und den Stein- und Glaswaren, wo traditionell viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigt sind, lag die Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt. Dafür fiel die Arbeitslosigkeit im heterogenen Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen trotz überdurchschnittlich hohem Ausländeranteil an der Beschäftigung vergleichsweise gering aus. Gegenüber 2005 sank die Arbeitslosenquote in allen Wirtschaftsbereichen außer im Bergbau.

Unter AusländerInnen war die Arbeitslosigkeit neben den privaten Haushalten im Bauwesen am höchsten (15,2%), gefolgt vom Gaststättenwesen (12,4%), der Textilindustrie (11,4%) und der Land- und Forstwirtschaft (11,2%). Mit Ausnahme der privaten Haushalte sank die Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftsbereichen, allen voran im Bauwesen und der Stein- und Glaswarenerzeugung.

Unter inländischen Arbeitskräften war die Arbeitslosigkeit im Gaststättenwesen weiterhin am höchsten (19,4%), gefolgt vom Bauwesen (14%) und der Land- und Forstwirtschaft (13,7%). Die Arbeitslosigkeit ging ebenfalls in allen Branchen außer im Bergbau zurück, am stärksten auch im Bauwesen (Übersicht 14, Abbildung 8).



Übersicht 14: Branchenspezifische Arbeitslosenquoten (Jahresdurchschnitt)

	Insgesamt		Inländische Staatsangehörige		Ausländische Staatsangehörige	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	13,5	13,0	14,3	13,7	11,4	11,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	13,5	13,0	14,3	13,7	11,4	11,2
Bergbau, Industrie und Gewerbe	9,3	8,6	8,9	8,2	11,6	10,6
Bergbau, Steine, Erden	6,9	7,2	6,6	6,9	11,0	10,6
Nahrung, Getränke, Tabak	7,4	6,9	7,2	6,8	7,9	7,1
Textilien, Bekleidung, Leder	12,6	11,6	12,7	11,7	12,3	11,4
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	9,2	8,7	8,9	8,4	11,2	11,0
Chemie, Recycling	6,3	5,5	6,1	5,4	7,5	6,6
Stein- und Glaswaren	8,2	7,5	7,8	7,3	10,6	9,5
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	5,4	4,8	5,3	4,7	6,6	5,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport-, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	7,2	6,7	6,9	6,5	9,2	8,4
Energie- und Wasserversorgung	1,9	2,0	1,8	1,9	6,2	7,4
Bauwesen	15,3	14,2	15,0	14,0	16,6	15,2
Dienstleistungen	6,1	5,7	5,8	5,5	8,5	7,8
Handel, Reparatur	7,7	7,2	7,7	7,2	8,2	7,4
Gaststättenwesen	18,0	17,2	20,0	19,4	13,3	12,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4,7	4,5	4,5	4,4	6,0	5,6
Kredit-, Versicherungswesen	2,5	2,4	2,5	2,4	3,3	3,0
Unternehmensnahe Dienstleistungen	6,2	5,8	5,9	5,5	7,7	7,0
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	1,5	1,4	1,5	1,4	2,3	2,2
Unterrichtswesen	1,8	1,7	1,7	1,7	3,4	3,4
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	4,2	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	8,9	8,2	8,5	7,9	11,3	10,3
Private Haushalte	14,5	14,3	14,2	13,6	15,7	16,9
Arbeitslosenquote (in % des Arbeitskräfteangebots der aktiv Unselbständigen)	7,5	7,0	7,1	6,6	10,6	9,7
Arbeitslosenquote (in % des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen)	7,3	6,8	6,8	6,4	10,6	9,7

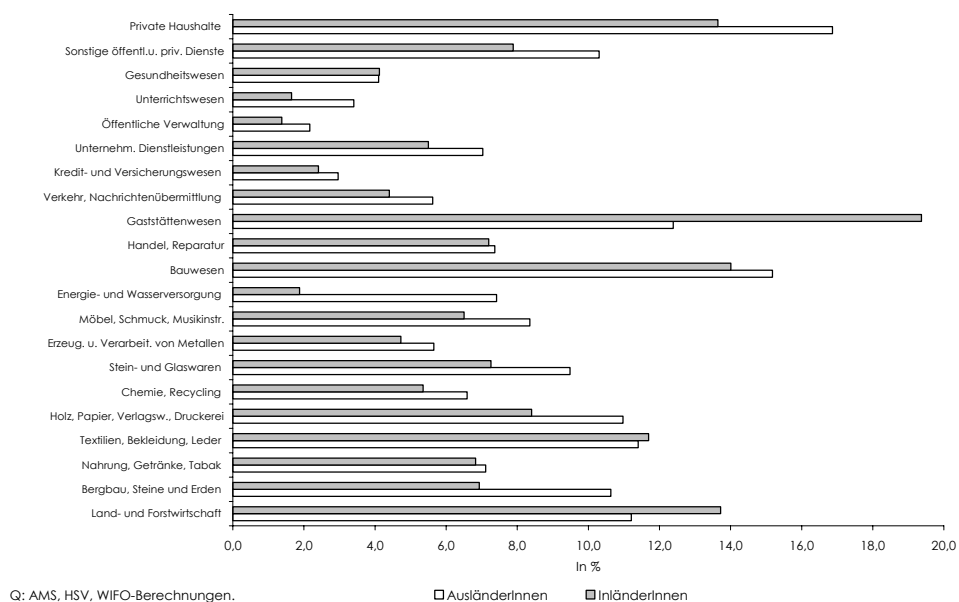
Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die Arbeitslosigkeit war unter inländischen Arbeitskräften so wie in den letzten Jahren im Gaststättenwesen, der Land- und Forstwirtschaft und Textilindustrie höher als unter ausländischen Arbeitskräften:

- Obwohl die Arbeitslosenquote inländischer Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft aufgrund der deutlicheren Beschäftigungsausweitung stärker sank als unter ausländischen Staatsangehörigen, blieb die Arbeitslosenquote unter InländerInnen mit 13,7% weiterhin deutlich über der Arbeitslosenquote der AusländerInnen (11,2%).

- In der Textilindustrie spürten inländische Arbeitskräfte die Beschäftigungsrückgänge weniger stark als ausländische Arbeitskräfte. Dafür sanken aber auch die Arbeitslosenzahlen nicht so stark, weshalb der Abstand zur Arbeitslosenquote der AusländerInnen mit 0,3 Prozentpunkten ähnlich hoch wie letztes Jahr blieb.
- Im Gaststättenwesen konnten inländische Arbeitskräfte weniger stark von der Beschäftigungsausweitung und der rückläufigen Arbeitslosigkeit profitieren als ausländische Staatsangehörige. Der Abstand zur Arbeitslosenquote der AusländerInnen erhöhte sich auf 7 Prozentpunkte.

Abbildung 8: Arbeitslosenquoten von In- und AusländerInnen 2006



## 5. Differenzierung des Angebots von AusländerInnen in Österreich

Infolge der demographischen Entwicklung der letzten Jahre, die durch die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft, den Familiennachzug und die humanitäre Zuwanderung geprägt war, verändert sich die Struktur und Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Österreich. Neben der Gruppe der AusländerInnen, die sich dauerhaft in Österreich niederlassen, wird die Gruppe der AusländerInnen, die sich zeitlich begrenzt in Österreich niederlassen, immer bedeutender.

### 5.1 Bevölkerungsentwicklung

Laut Statistik Austria lebten zu Jahresbeginn 2007 8,298.900 Personen in Österreich. Das Bevölkerungswachstum war mit +33.000 oder +0,4% deutlich geringer als in den beiden letzten Jahren. Während die Geburtenbilanz nach einem Rückgang im Jahr 2005 wieder leicht anstieg (+620 oder +20,6% auf 3.600), halbierte sich die Wanderungsbilanz fast (-21.700 oder -44,1% auf 27.500). Bis zum 1. Juli 2007 stieg die Bevölkerung auf 8,316.500 Personen in Österreich (+36.900 oder +0,4% gegenüber 1. Juli 2006) (Übersicht 15).

Unter ausländischen Staatsangehörigen war der Bevölkerungsanstieg zu Jahresanfang mit +11.900 oder +1,5% (auf 826.000) nicht einmal mehr halb so stark wie 2005. Die Rückgänge sind auf die geringere Wanderungsbilanz (-21.500 oder -39,8% auf 32.500) sowie die sinkenden Einbürgerungszahlen (-9.100 oder -26,2% auf 25.700) zurückzuführen. Im Gegensatz dazu blieb die Geburtenbilanz ähnlich hoch wie im Jahr zuvor (+150 oder +2% auf 7.500). In der Folge erhöhte sich der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung nur mehr geringfügig auf 10% (2005: 9,8%) (Abbildungen 9, 10, 11).

Bis zur Jahresmitte nahm die Zahl der ausländischen Bevölkerung auf 840.500 zu (+25.700 oder +3,1% gegenüber 1. Juli 2006). Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien stellten weiterhin die größte Einzelnationalität, vor deutschen und türkischen Staatsangehörigen<sup>3)</sup>.

Die rückläufigen Einbürgerungszahlen sind unter anderem auf die strengeren Voraussetzungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft gemäß Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005 zurückzuführen. Ein weiterer Faktor ist, dass der Höhepunkt der Zuwanderungswelle in den frühen neunziger Jahren, der nach den üblichen 10 Jahren des legalen Aufenthalts in Österreich zu einem Anstieg der Einbürgerungen geführt hat, bereits überschritten wurde (Abbildung 12). Damit ist auch ein Rückgang der Einbürgerungen verbunden. Die Regelung, dass die Staatsbürgerschaft nur Personen gewährt wird, die ihren Lebensunterhalt bestreiten können, hat Implikationen für die Integrationspolitik in Österreich. Dabei ist der Frage Augenmerk zu schenken, wie man die Integration von PartnerInnen aus Drittstaaten fördern will, die ausschließlich den Haushalt führen und daher keine eigenständige finanzielle Absicherung aufweisen.

---

<sup>3)</sup> [http://www.statistik.at/web\\_de/presse/025109](http://www.statistik.at/web_de/presse/025109).

Abbildung 9: Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der österreichischen Wohnbevölkerung (Jahresanfangbestand)

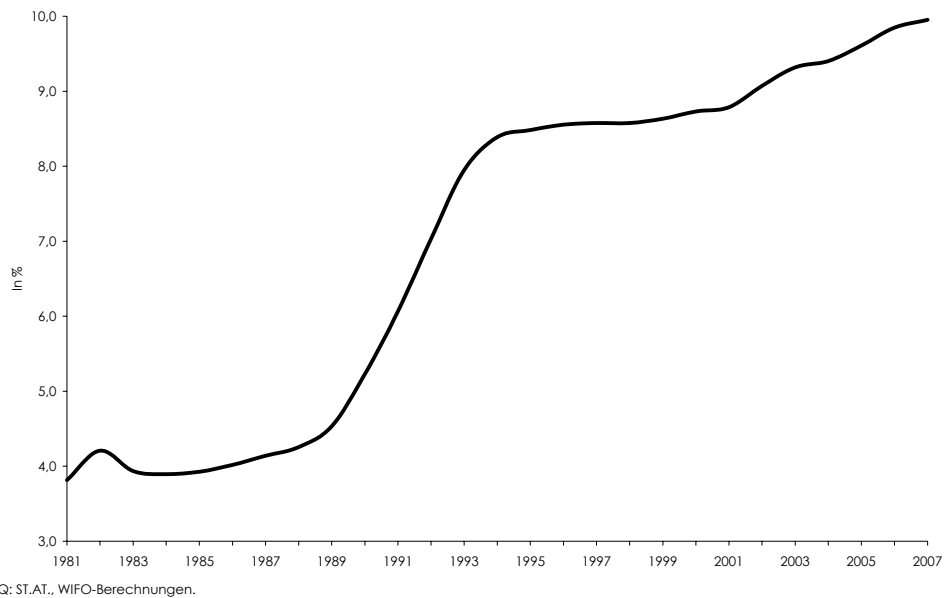


Abbildung 10: Geburtenbilanz

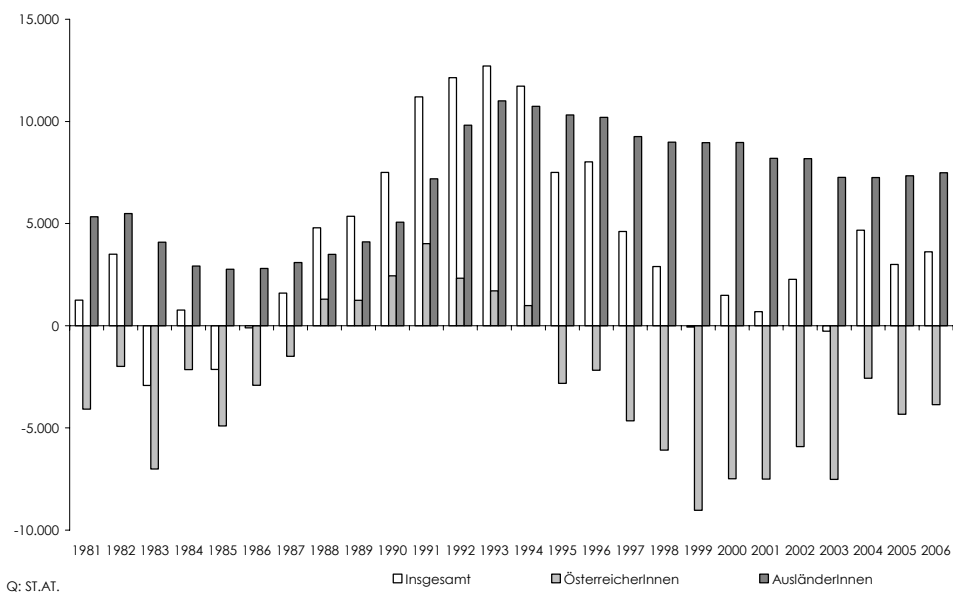


Abbildung 11: Wanderungsbilanz

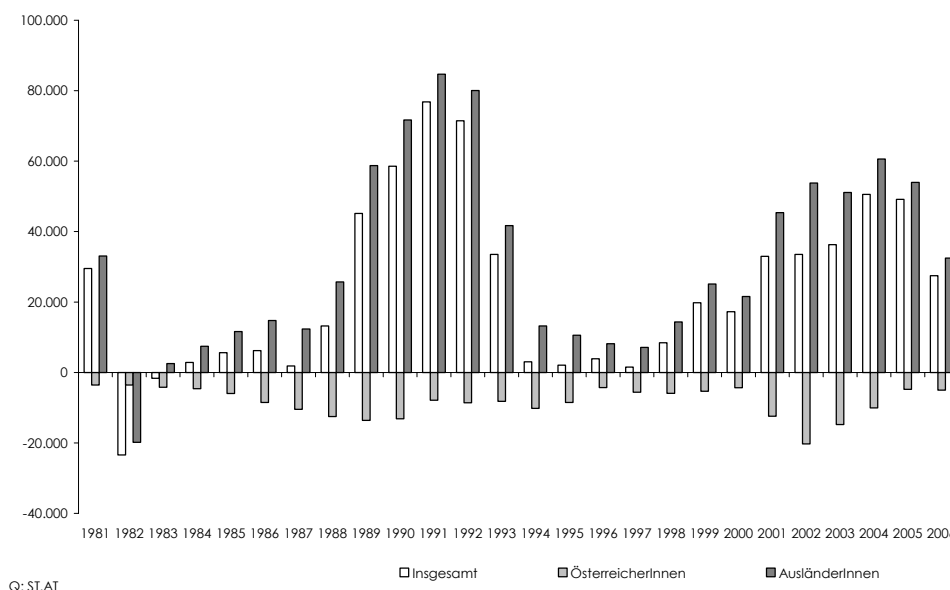
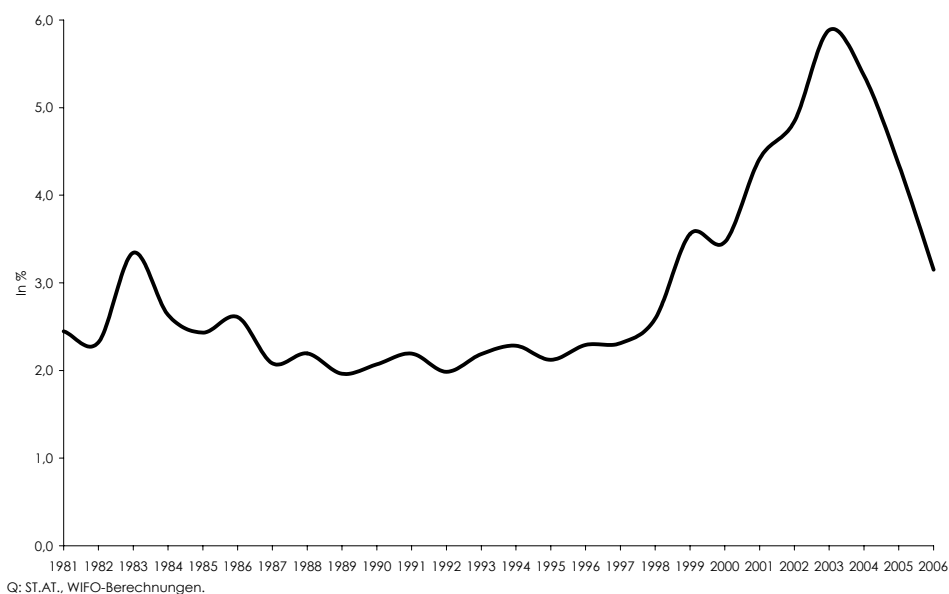


Abbildung 12: Einbürgerungsquote seit 1981 (Jahresanfangsbestand)



Mehr als drei Viertel aller Einbürgerungen entfielen auf Personen aus den beiden traditionellen Gastarbeiterregionen des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) (49,1%) und der Türkei (29,3%). Sie waren von den rückläufigen Einbürgerungszahlen stark betroffen (ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien: -4.300 oder -25,6% auf 12.600; Türkei: -2.000 oder -21% auf 7.500). Die Einbürgerungsquote (Einbürgerung in % der ausländischen Wohnbevölkerung)

ging um mehr als 1 Prozentpunkt auf 3,2% zurück. Im I. Quartal des Jahres 2007 war die Zahl der Einbürgerungen weiter rückläufig<sup>4)</sup>. Bis Ende März 2007 erhielten 3.700 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft.

### Übersicht 15: Wohnbevölkerung in Österreich

	Bestand Jahresdurch- schnitt	Absolute Veränderung	Bevölkerungsveränderung zwischen Jahresbeginn und Jahresende				Statistische Korrektur <sup>1)</sup>
			Insgesamt	Geburtenbilanz Insgesamt	Wanderungs- bilanz	Einbürgerungen	
1990	7.677.850	58.284	66.064	7.502	58.562	0	
1991	7.754.891	77.041	88.017	11.201	76.816	0	
1992	7.840.709	85.818	83.620	12.140	71.480	0	
1993	7.905.632	64.923	46.227	12.710	33.517	0	
1994	7.936.118	30.486	14.743	11.731	3.012	0	
1995	7.948.278	12.160	9.578	7.498	2.080	0	
1996	7.959.016	10.738	11.899	8.019	3.880	0	
1997	7.968.041	9.025	6.150	4.613	1.537	0	
1998	7.976.789	8.748	11.345	2.894	8.451	0	
1999	7.992.323	15.534	19.725	-62	19.787	0	
2000	8.011.566	19.243	18.760	1.488	17.272	0	
2001	8.043.046	31.480	44.200	691	32.964	0	10.545
2002	8.083.797	40.751	37.029	2.268	33.507	0	1.254
2003	8.117.754	33.957	37.947	-265	36.297	0	1.915
2004	8.174.733	56.979	66.402	4.676	50.582	0	11.144
2005	8.233.306	58.573	59.402	3.001	49.172	0	7.229
2006	8.281.948	48.642	32.998	3.619	27.477	0	1.902
				ÖsterreicherInnen			
1990	7.244.177	-3.380	-1.714	2.439	-13.133	8.980	
1991	7.246.952	2.775	7.264	4.017	-7.890	11.137	
1992	7.253.276	6.324	5.385	2.320	-8.591	11.656	
1993	7.259.800	6.524	7.663	1.707	-8.175	14.131	
1994	7.266.665	6.865	6.065	987	-10.197	15.275	
1995	7.271.217	4.552	3.040	-2.823	-8.503	14.366	
1996	7.277.307	6.090	9.140	-2.181	-4.306	15.627	
1997	7.284.647	7.340	5.539	-4.650	-5.603	15.792	
1998	7.290.308	5.661	5.784	-6.089	-5.913	17.786	
1999	7.298.368	8.060	10.337	-9.028	-5.313	24.678	
2000	7.309.798	11.430	12.522	-7.483	-4.315	24.320	
2001	7.324.787	14.989	17.456	-7.505	-12.408	31.731	5.638
2002	7.340.542	15.755	13.536	-5.911	-20.283	36.011	3.719
2003	7.358.178	17.636	27.768	-7.521	-14.802	44.694	5.397
2004	7.398.586	40.408	43.096	-2.571	-10.039	41.645	14.061
2005	7.431.685	33.099	33.946	-4.333	-4.803	34.876	8.206
2006	7.464.412	32.727	21.050	-3.861	-5.003	25.746	4.168
				AusländerInnen			
1990	433.673	61.664	67.778	5.063	71.695	-8.980	
1991	507.939	74.266	80.753	7.184	84.706	-11.137	
1992	587.433	79.494	78.235	9.820	80.071	-11.656	
1993	645.832	58.399	38.564	11.003	41.692	-14.131	
1994	669.453	23.621	8.678	10.744	13.209	-15.275	
1995	677.061	7.608	6.538	10.321	10.583	-14.366	
1996	681.709	4.648	2.759	10.200	8.186	-15.627	
1997	683.394	1.685	611	9.263	7.140	-15.792	
1998	686.481	3.087	5.561	8.983	14.364	-17.786	
1999	693.955	7.474	9.388	8.966	25.100	-24.678	
2000	701.768	7.813	6.238	8.971	21.587	-24.320	
2001	718.259	16.491	26.744	8.196	45.372	-31.731	4.907
2002	743.255	24.996	23.493	8.179	53.790	-36.011	-2.465
2003	759.576	16.321	10.179	7.256	51.099	-44.694	-3.482
2004	776.147	16.571	23.306	7.247	60.621	-41.645	-2.917
2005	801.621	25.474	25.456	7.334	53.975	-34.876	-977
2006	817.536	15.915	11.948	7.480	32.480	-25.746	-2.266

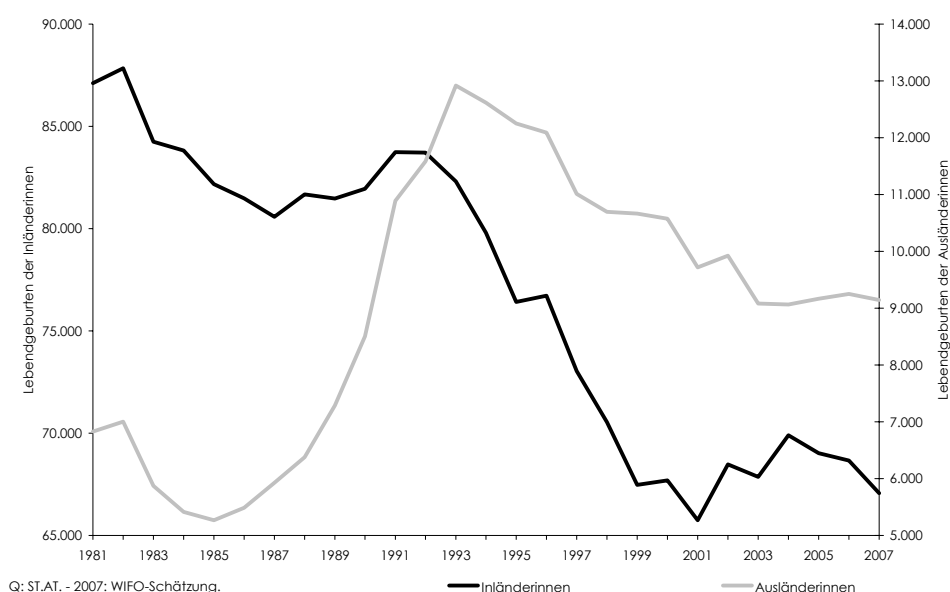
Q: ST.AT. – 1) Statistische Korrektur: Rechnerische Differenz zwischen Geburtenbilanz lt. natürlicher Bevölkerungsbewegung und Geburtenbilanz lt. POPREG sowie Inkonsistenzbereinigung der Bestands- und Bewegungsdaten aus ZMR.

<sup>4)</sup> Pressemitteilung der Statistik Austria vom 21. Mai 2007.

## 5.2 Fertilität

Im Jahr 2006 gab es wiederum weniger Geburten, allerdings fiel der Rückgang mit -300 oder -0,4% auf 77.900 geringer aus 2005. Obwohl der Rückgang unter Inländerinnen merklich nachließ (-360 oder -0,5% auf 68.700), konnten die Ausländerinnen die verbleibende Lücke nicht gänzlich ausgleichen (+85 oder +0,9% auf 9.300). Der Ausländerinnenanteil unter den Geburten erhöhte sich auf 11,9%. Für das heurige Jahr wird nach einem Geburtenrückgang in den ersten sechs Monaten dieses Jahres (-810 oder -2,2% auf 36.300) mit rund 76.200 Geburten gerechnet, wovon knapp 12% auf Ausländerinnen entfallen dürften (Abbildung 13).

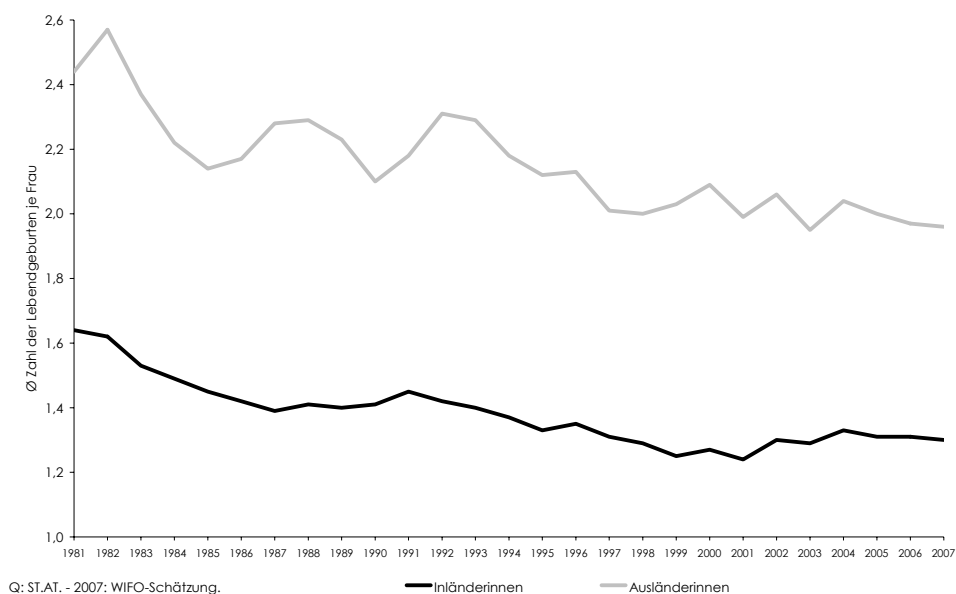
Abbildung 13: Lebendgeburten von In- und Ausländerinnen



Ausländerinnen gebären 2006 nach 2 Jahren wieder weniger als 2 Kinder (1,97), während die Inländerinnen weiterhin durchschnittlich 1,31 Kinder bekamen. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag unverändert bei 1,41.

Für das heurige Jahr werden geringere durchschnittliche Kinderzahlen als letztes Jahr erwartet (Abbildung 14).

Abbildung 14: Gesamtfruchtbarkeitsraten von In- und Ausländerinnen



## 6. Zuwanderungsdynamik von Drittstaatsangehörigen im 1. Halbjahr 2007

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) weist seit dem Fremdenrechtspaket 2005 in der Fremdenstatistik regelmäßig die gestellten, erteilten, abgelehnten und aufrechten Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige aus.

### 6.1 Gestellte Anträge auf Aufenthalts-, Niederlassungsbewilligung und Zweckänderung

Den Daten des BMI zufolge wurden in der ersten Jahreshälfte um +18.100 oder +20,8% mehr Anträge auf Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung gestellt als in der ersten Jahreshälfte des Vorjahres. Von den 104.900 Anträgen gingen knapp mehr als die Hälfte (51,7%) an Frauen.

Ein Fünftel der Anträge entfiel so wie letztes Jahr auf Erstanträge (20,4%). Ihre Zahl nahm seit letztem Juni um +2.600 oder +13,9% auf 21.400 zu. Der Frauenanteil betrug 51,2%. Heuer wurden die meisten Erstanträge von deutschen Staatsangehörigen gestellt (14,5%), gefolgt von serbischen (12,4%) und türkischen Staatsangehörigen (12,3%).

Neben den Erstanträgen wurden deutlich mehr Verlängerungen beantragt (+15.100 oder +22,4% auf 82.400). Das ist ein Indikator dafür, dass es zu einer gewissen Stabilisierung des Aufenthalts kommt. Von den 82.400 Verlängerungsanträgen entfielen wiederum mehr als die Hälfte auf Frauen (51,8%). Rund drei Viertel der Anträge wurden von Personen aus den bei-



den traditionellen Gastarbeiterregionen des ehemaligen Jugoslawien (Serbien: 23,5%, Bosnien-Herzegowina: 18,4%, Kroatien: 7,5%, Mazedonien: 3,9%) und der Türkei (22,2%) gestellt.

*Übersicht 16: Gestellte Anträge auf Aufenthalts- und, Niederlassungsbewilligung sowie Zweckänderung*

	Juni 2006 <sup>1)</sup>			Juni 2007	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Frauenanteil in %
Erstantrag	18.733	10.442	10.935	21.377	51,2
Verlängerungsantrag	67.347	39.706	42.705	82.411	51,8
Zweckänderungsantrag	762	558	601	1.159	51,9
Summe	86.882	50.706	54.241	104.947	51,7

Q: BMI-BFIS. – <sup>1)</sup> Revision der Juni-Daten laut Fremdenstatistik-Jahresheft 2006 (Juni 2006: 82.236).

Abgesehen von den Erst- und Verlängerungsanträgen wurden um fast die Hälfte mehr Anträge auf Zweckänderung gestellt als im Vorjahr (+400 oder +52,1% auf 1.200). Ähnlich wie bei den beiden anderen Antragsarten überwog auch bei den Zweckänderungsanträgen der Frauenanteil mit 51,9%. Die Zweckänderungen sind anders als die Erst- und Verlängerungsanträge nur an Drittstaatsangehörige gerichtet. Die meisten Anträge stellten serbische (17,6%), türkische (16,3%) und bosnische (11,3%) Staatsangehörige (Übersicht 16).

## **6.2 Erteilte Aufenthaltsbewilligungen, Aufenthaltstitel zur Niederlassung und Dokumentationen**

Ähnlich wie bei den gestellten Anträgen wurden im 1. Halbjahr 2007 rund ein Fünftel mehr Aufenthaltsbewilligungen und Aufenthaltstitel zur Niederlassung bewilligt (+11.500 oder +18,2% auf 74.600). Gegenüber dem Vorjahr nahmen besonders die Zweckänderungen (+400 oder +64,7% auf 1.000) und erstmalig erteilten Aufenthaltstitel zu (+2.500 oder +35,2% auf 9.600). Die erteilten Verlängerungen erhöhten sich auf 64.000 (+8.600 oder +15,6% gegenüber dem Juni 2006) und blieben weiterhin mit Abstand die größte Gruppe (85,8% nach 87,8% im Juni 2006). Auf die erstmalig erteilten Aufenthaltstitel entfielen durch den Anstieg 12,8% (Juni 2006: 11,2%) und auf die Zweckänderungen 1,3% (Juni 2006: 1%).

Trotz des Anstiegs unter den erstmalig erteilten Aufenthaltstitel bleibt der Erstzugang nach Österreich bei weitem geringer als vor der Einführung des Fremdenrechtspakets 2005.

### *6.2.1 Erstmalig erteilte Aufenthaltstitel*

In den 9.600 erstmalig erteilten Aufenthaltstiteln waren mehr als doppelt so viele quotenpflichtige Erstniederlassungsbewilligungen als noch letzten Juni enthalten (+1.300 oder +104,4% auf 2.600) und fast doppelt so viele quotenfreie Erstniederlassungsbewilligungen (+900 oder +90,8% auf 1.900). Die Erstaufenthaltsbewilligungen nahmen um +400 oder +21,3% auf 2.200 zu. Nur die quotenfreien Erstaufenthaltstitel für Familienangehörige gingen um –130 oder –4,4% auf 2.900 zurück. Auf die quotenfreien Erstniederlassungsbewilligungen und Erstaufent-

haltstitel für Familienangehörige entfielen heuer dadurch 49,7% der erstmalig erteilten Aufenthaltstitel, auf die quotenpflichtigen Erstniederlassungsbewilligungen 27% und auf die Erstaufenthaltsbewilligungen 23,2% (Übersicht 17).

Unter den 2.200 Erstaufenthaltsbewilligungen wurden:

- 814 (+220 oder +36,8% gegenüber Juni 2006) Erstaufenthaltsbewilligungen für Studierende erteilt. Sie studieren an einer Universität, Fachhochschule oder akkreditierten Privatuniversität als ordentliche oder außerordentliche Studierende oder besuchen einen Universitätslehrgang, der nicht ausschließlich als Sprachkurs aufgebaut ist. Die im Ausländerbeschäftigungsgesetz vorgesehene Möglichkeit der Erwerbstätigkeit darf keinesfalls den Studienerfolg beeinträchtigen. Der Frauenanteil ging auf 42,3% zurück (Juni 2006: 50,8%).
- 167 (+50 oder +39,2% gegenüber Juni 2006) Erstaufenthaltsbewilligungen für SchülerInnen gewährt. Ähnlich wie bei den Studierenden darf die im Ausländerbeschäftigungsgesetz vorgesehene Erwerbstätigkeit den Schulerfolg nicht beeinträchtigen. Der Frauenanteil erhöhte sich auf 62,9%.
- 648 (+20 oder +2,7% gegenüber Juni 2006) Erstaufenthaltsbewilligungen für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber ausgestellt. Ihre Tätigkeit unterliegt nicht dem sachlichen Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes. Hierunter fallen insbesondere Medienbedienstete und vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommene ForscherInnen an nicht-zertifizierten Forschungseinrichtungen, sofern ihre Tätigkeit in Österreich länger als sechs Monate dauert<sup>5)</sup>. Der Frauenanteil blieb weiterhin mit 68,2% überdurchschnittlich hoch.
- Mit 62 deutlich mehr Erstaufenthaltsbewilligungen für ForscherInnen an zertifizierten Bildungseinrichtungen erteilt (+30 oder +113,8% gegenüber Juni 2006). Ihre Tätigkeit ist ebenfalls vom sachlichen Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen. Der Frauenanteil ging auf 32,3% zurück.
- Mit 66 ähnlich viele Erstaufenthaltsbewilligungen für Rotationsarbeitskräfte (+1 oder +1,5% gegenüber Juni 2006) und mit 57 deutlich weniger Erstaufenthaltsbewilligungen für Betriebsentsandte ausgestellt (–60 oder –52,1% gegenüber Juni 2006), die länger als 6 Monate in Österreich arbeiten. Der Frauenanteil blieb mit 15,2% bzw. 10,5% weiterhin sehr niedrig.
- 253 (+80 oder +45,4% gegenüber Juni 2006) Erstaufenthaltsbewilligungen für Familiengemeinschaften gewährt. Der Frauenanteil war durchwegs sehr hoch.

---

<sup>5)</sup> Sie sind zur Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung inlandsantragsberechtigt (Bichl et al., 2006, Kutscher et al., 2006).

- 109 (+60 oder +122,4% gegenüber Juni 2006) Erstaufenthaltstitel aus humanitären Gründen erteilt. Der Frauenanteil betrug 58,7%.
- 47 Aufenthaltsbewilligungen für Künstler, Selbständige und Sozialdienstleistende erteilt.

Unter den 2.600 quotenpflichtigen Erstniederlassungsbewilligungen wurden:

- Mit 2.038 mehr als doppelt so viele quotenpflichtige, beschränkte Erstniederlassungsbewilligungen für den überwiegend weiblichen Familiennachzug (66,8%) gewährt (+1.100 oder +118,2% gegenüber Juni 2006).
- 143 (+60 oder +64,4% gegenüber Juni 2006) quotenpflichtige, beschränkte Erstniederlassungsbewilligungen für den überwiegend weiblichen Familiennachzug von unselbständigen und selbständigen Schlüsselkräften ausgestellt.
- 336 (+130 oder +61,5% gegenüber Juni 2006) quotenpflichtige Erstniederlassungsbewilligungen für zumeist männliche unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte erteilt.
- 6 (nach 4 im Juni 2006) quotenpflichtige, beschränkte Erstniederlassungsbewilligungen für unselbständige und selbständige Mobilitätsfälle gewährt. Hierbei handelt es sich um Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Staat den Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt-EG" besitzen. Sie erhalten in Österreich eine beschränkte Niederlassungsbewilligung, wenn eine Sicherungsbescheinigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, die höchstens 26 Wochen gültig ist, vorliegt.
- Mit 67 um knapp doppelt so viele quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen für nicht erwerbstätige Personen erteilt (+30 oder +97,1% gegenüber Juni 2006).

Unter den 1.900 quotenfreien Niederlassungsbewilligungen wurden:

- Mit 1.491 mehr als doppelt so viele (+900 oder +151,4% gegenüber Juni 2006) quotenfreie, beschränkte Erstniederlassungsbewilligungen für neugeborene Kinder ausgestellt. Sie unterliegen in den ersten sechs Monaten nicht der Quotenpflicht, sofern die Mutter oder eine andere erziehungsberechtigte Person in Österreich rechtmäßig niedergelassen ist. Hinzu kamen weitere 119 quotenfreie, beschränkte Niederlassungsbewilligungen.
- 12 quotenfreie Erstniederlassungsbewilligungen unter "ausgenommen Erwerbstätigkeit" gewährt.
- Mit 290 um –70 oder –18,3% weniger quotenfreien Erstniederlassungsbewilligungen für Angehörige erteilt. Für sie ist eine unselbständige Beschäftigung ausgeschlossen und die Erfüllung der Integrationsvereinbarung verpflichtend. Einschließlich der 2.852 (–130 oder –4,4% gegenüber Juni 2006) quotenfreien Erstaufenthaltstitel für Familienangehörige, die vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen sind<sup>6)</sup>, wurden insgesamt 3.100 Auf-

---

<sup>6)</sup> Darunter enthalten sind 7 quotenfreie Erstaufenthaltstitel für Familienangehörigen, deren Arbeitsmarktzugang nur mit Dokumentation zulässig ist.

enthaltstitel für Familienangehörige von ÖsterreicherInnen oder EWR-/Schweizer Staatsangehörigen ohne Recht auf Freizügigkeit ausgestellt.

Übersicht 17: Erstmalig erteilte Aufenthaltstitel im 1. Halbjahr 2007

	Männer	Frauen	Insgesamt	Frauenanteil in %
Erstaufenthaltsbewilligungen	1.055	1.168	2.223	52,5
Betriebsentsandter	51	6	57	10,5
Familiengemeinschaft (mit Forscher)	3	15	18	83,3
Familiengemeinschaft (mit Künstler)	1	6	7	85,7
Familiengemeinschaft (mit Rotationsarbeitskraft)	20	45	65	69,2
Familiengemeinschaft (mit Sonderfälle unselbst. Erwerb.)	44	70	114	61,4
Familiengemeinschaft mit Studierenden	22	27	49	55,1
Forscher	42	20	62	32,3
Humanitäre Gründe	45	64	109	58,7
Künstler (Arbeitsmarktzug, nur m. Arbeitsmarktdokument)	12	9	21	42,9
Künstler (nur selbst. Erwerb. zulässig)	17	4	21	19,0
Rotationsarbeitskraft	56	10	66	15,2
Schüler	62	105	167	62,9
Selbständiger	3		3	0,0
Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit	206	442	648	68,2
Sozialdienstleistende	1	1	2	50,0
Studierende	470	344	814	42,3
Erstniederlassungsbewilligungen: quotenpflichtig	1.018	1.572	2.590	60,7
Ausgenommen Erwerbstätigkeit	32	35	67	52,2
Beschränkt (Fam.Gem.)	677	1.361	2.038	66,8
Beschränkt (Fam.Gem. mit Schlüsselkraft selbst.)	2	7	9	77,8
Beschränkt (Fam.Gem. mit Schlüsselkraft unselbst.)	41	93	134	69,4
Beschränkt (selbst. Mobilitätsfall)	1	1	2	50,0
Beschränkt (unselbst. Mobilitätsfall)	3	1	4	25,0
Schlüsselkraft (nur Selbständige)	12	7	19	36,8
Schlüsselkraft (unselbständig Erwerbs.)	250	67	317	21,1
Erstniederlassungsbewilligungen: quotenfrei	1.007	905	1.912	47,3
Angehöriger	134	156	290	53,8
Ausgenommen Erwerbstätigkeit	2	3	5	60,0
Ausgenommen Erwerbstätigkeit (Fam.Gem. Europaabkommen)		1	1	100,0
Ausgenommen Erwerbstätigkeit (humanitär)	4	2	6	33,3
Beschränkt (Europaabkommen)	2		2	0,0
Beschränkt (Fam.Gem.)	801	690	1.491	46,3
Beschränkt (Familienangehöriger humanitär)	40	45	85	52,9
Beschränkt (humanitär)	24	8	32	25,0
Familienangehörige: quotenfreie Erstaufenthaltsitel	1.274	1.578	2.852	55,3
Familienangehöriger (AMZ nur mit Dok)	5	2	7	28,6
Familienangehöriger (freier AMZ)	1.269	1.576	2.845	55,4
Summe der erstmalig erteilten Aufenthaltstitel	4.354	5.223	9.480	55,1

Q: BMI-BFIS.

Zusätzlich zu den Aufenthaltstiteln wurden im heurigen Jahr bislang um fast fünfmal mehr Anmeldebescheinigungen ausgestellt als im letzten Halbjahr. Sie gelten für EWR-BürgerInnen, die das Recht auf Freizügigkeit in Anspruch genommen haben, und für ihre ebenfalls aus dem EWR-Raum stammenden Familienangehörigen. Von den 15.500 Anmeldebescheinigungen

(+12.200 oder +367,7% gegenüber Juni 2006) entfielen mehr als die Hälfte auf Erwerbstätige, davon 7.800 auf unselbständige Arbeitskräfte (+6.100 oder +363,9%) und 660 auf Selbständige (+500 oder +407,8%); weitere 27,3% entfielen auf Familienangehörige (+3.400 oder +426,1% auf 4.200) und 8,8% auf Personen in Ausbildung (+900 oder +204,5% auf 1.400). Der Frauenanteil war in allen Kategorien bis auf die Erwerbstätigen überdurchschnittlich hoch.

Entgegen der Dynamik unter den Anmeldebescheinigungen halbierte sich fast die Zahl der erteilten Daueraufenthaltskarten für drittstaatsangehörige Familienangehörige von EWR-BürgerInnen, die das Recht auf Freizügigkeit in Anspruch genommen haben, auf 340 (–300 oder –48,5% gegenüber Juni 2006). Der Frauenanteil war mit 60,5% ähnlich hoch wie letztes Jahr (60%) (Übersicht 18).

#### Übersicht 18: Ausgestellte Dokumentationen

	Juni 2006		Juni 2007		Frauenanteil in %
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	
Anmeldebescheinigungen	3.311	7.793	7.692	15.485	49,7
Arbeitnehmer	1.680	4.695	3.098	7.793	39,8
Ausbildung	445	524	831	1.355	61,3
Familienangehöriger	804	1.656	2.574	4.230	60,9
Selbständiger	129	392	263	655	40,2
Sonstiger Angehöriger	64	80	182	262	69,5
Sonstiges	189	446	744	1.190	62,5
Daueraufenthaltskarte	655	133	204	337	60,5

Q: BMI-BFIS.

#### 6.2.2 Erteilte Zweckänderungen

In den 1.000 erteilten Zweckänderungen zur Jahresmitte 2007 waren um +200 oder +74,2% mehr quotenfreie Niederlassungsbewilligungen (530) und um +100 oder +63,2% mehr quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen enthalten (320). Hinzu kamen noch um +50 oder +41,3% mehr Aufenthaltsbewilligungen (150). Durch die unterschiedlich starken Zunahmen unter den drei Kategorien verschob sich heuer die Struktur der erteilten Zweckänderungen zugunsten der quotenfreien Niederlassungsbewilligungen (52,9% nach 50% im Juni 2006). Auf die quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen entfielen 31,7%, auf die Aufenthaltsbewilligungen 15,5%. Der Frauenanteil verringerte sich auf 54,4% (nach 57,9% im Juni 2006) (Übersicht 19).

Unter den 150 Aufenthaltsbewilligungen wurden:

- Mit 91 um knapp dreimal mehr Zweckänderungen für Studierende und SchülerInnen bewilligt (+60 oder +184,4% gegenüber Juni 2006).
- Mit 26 um –20 oder –39,5% weniger Zweckänderungen für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber ausgestellt.

- 37 Zweckänderungen für Betriebsentsandte, Familiengemeinschaft, ForscherInnen, humanitäre Gründe, KünstlerInnen und Selbständige bewilligt.

Unter den 320 quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen wurden:

- Mit 216 um +30 oder +16,1% mehr quotenpflichtige, beschränkte Niederlassungen erteilt.
- 87 quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen für unselbständige Schlüsselkräfte umgewandelt. Der Frauenanteil betrug 59,8%. Hinzu kamen 2 quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen für selbständige Schlüsselkräfte.
- 3 quotenpflichtige, unbeschränkte Niederlassungsbewilligungen und 7 Niederlassungsbewilligungen ohne Zugang zum österreichischen gewährt.

Unter den 530 quotenfreien Niederlassungsbewilligungen wurden:

- Erstmals 312 quotenfreie Niederlassungsbewilligungen für Familienangehörige mit freiem Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt bewilligt. Der Frauenanteil betrug 53,2%. Hinzu kamen 13 quotenfreie Niederlassungsbewilligungen für Familienangehörige mit Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt, wenn eine Dokumentation vorliegt.
- 15 quotenfreie Niederlassungsbewilligungen für Angehörige ohne Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erteilt.
- 139 unbeschränkte Niederlassungsbewilligungen umgewandelt (um +60 oder +65,5% gegenüber Juni 2006). Der Frauenanteil ging von 50% auf 42,4% zurück.
- 33 quotenfreie Niederlassungsbewilligungen für unselbständige Schlüsselkräfte und 14 beschränkte Niederlassungsbewilligungen gewährt.

Übersicht 19: Erteilte Zweckänderungen im 1. Halbjahr 2007

	Männer	Frauen	Insgesamt	Frauen- anteil in %
Zweckänderungen: Aufenthaltsbewilligungen	51	103	154	66,9
Betriebsentsandter	1		1	0,0
Familiengemeinschaft (mit Forscher)	1		1	0,0
Familiengemeinschaft (mit Künstler)	1	1	2	50,0
Familiengemeinschaft (mit Sonderfälle unselbst. Erwerb.)		2	2	100,0
Familiengemeinschaft mit Studierenden	2		2	0,0
Forscher	2	2	4	50,0
Humanitäre Gründe		2	2	100,0
Künstler (Arbeitsmarktzug. nur m. Arbeitsmarktdokument)	4	6	10	60,0
Künstler (nur selbst. Erwerb. zulässig)	4	4	8	50,0
Rotationsarbeitskraft	3	1	4	25,0
Schüler	11	23	34	67,6
Selbständiger	1		1	0,0
Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit	11	15	26	57,7
Studierende	10	47	57	82,5
Zweckänderung: Niederlassungsbewilligungen quotenpflichtig	140	175	315	55,6
Ausgenommen Erwerbstätigkeit	4	3	7	42,9
Beschränkt	44	14	58	24,1
Beschränkt (Fam. Gem.)	39	79	118	66,9
Beschränkt (Fam. Gem. mit Schlüsselkraft selbst.)		1	1	100,0
Beschränkt (Fam. Gem. mit Schlüsselkraft unselbst.)	13	26	39	66,7
Schlüsselkraft (selbständig)	2		2	0,0
Schlüsselkraft (unselbstständig)	35	52	87	59,8
Zweckänderungen: Niederlassungsbewilligungen quotenfrei	263	263	526	50,0
Angehöriger	7	8	15	53,3
Beschränkt (Familienangehöriger humanitär)	1	1	2	50,0
Beschränkt (humanitär)	8	4	12	33,3
Familienangehöriger (AMZ nur mit Dok)	8	5	13	38,5
Familienangehöriger (freier AMZ)	146	166	312	53,2
Schlüsselkraft (unselbständig)	13	20	33	60,6
Unbeschränkt	80	59	139	42,4
Summe der erteilten Zweckänderungen	454	541	995	54,4

Q: BMI-BFIS.

### 6.2.3 Erteilte Verlängerungen

In den 64.000 erteilten Verlängerungen befanden sich um +9.100 oder +45% mehr Niederlassungsbewilligungen als letzten Juni. Die Verlängerungen für enge Familienangehörige von österreichischen Staatsangehörigen fielen ähnlich hoch aus (+500 oder +1,8% auf 27.600), während um -900 oder -11,5% weniger Aufenthaltsbewilligungen verlängert wurden (7.100). Dadurch entfielen auf die verlängerten Niederlassungsbewilligungen 45,7%, auf die sonstigen Verlängerungen 43,2% und auf die verlängerten Aufenthaltsbewilligungen 11,2% (Übersicht 20).

Unter den 7.100 verlängerten Aufenthaltsbewilligungen wurden:

- Mit 5.383 um -1.100 oder -17,3% weniger Aufenthaltsbewilligungen für Studierende und SchülerInnen gewährt. Eine Verlängerung des Aufenthaltszwecks ist nämlich nur nach Vorlage eines Studien- bzw. Schulerfolgsnachweises möglich. Hinzu kommt die Abgabe einer Haftungserklärung, wonach die Kosten für Krankenversicherung, Unterhalt und Unterkunft abgedeckt werden müssen.
- 751 (-30 oder -4,1% gegenüber Juni 2006) Aufenthaltsbewilligungen für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber neuerlich erteilt.
- 639 (+200 oder +42% gegenüber Juni 2006) Aufenthaltsbewilligungen für Familienangehörige wieder ausgestellt.
- 341 Aufenthaltsbewilligungen für Betriebsentsandte, ForscherInnen, KünstlerInnen, Rotationsarbeitskräfte und Selbständige sowie 33 aus humanitären Gründen neuerlich erteilt. Außer unter den Betriebsentsandten war der Frauenanteil unter diesen Titel eher gering.

Unter den 29.200 verlängerten Niederlassungsbewilligungen wurden:

- Mit 15.315 knapp doppelt so viele (+6.800 oder +79,6% gegenüber Juni 2006) unbeschränkte Niederlassungsbewilligungen, die einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt ermöglichen, verlängert.
- 11.811 (+2.000 oder +21% gegenüber Juni 2006) beschränkte Niederlassungsbewilligungen, deren Zugang zum Arbeitsmarkt dem Ausländerbeschäftigungsgesetz unterliegt, neuerlich erteilt.
- 1.628 (+200 oder +13,1% gegenüber Juni 2006) Niederlassungsbewilligungen für Angehörige ohne Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt verlängert. Ebenso 437 unter dem Titel "ausgenommen Erwerbstätigkeit".
- Mit 40 knapp halb so viele Niederlassungsbewilligungen für unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte verlängert (-40 oder -49,4% gegenüber Juni 2006).

Unter den 27.600 sonstigen Verlängerungen wurden:

- 14.275 (+2.600 oder +22,7% gegenüber Juni 2006) unbefristete Aufenthaltstitel für langfristig aufenthaltsberechtigte AusländerInnen, die einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben, verlängert.
- mit 11.806 um -2.400 oder -16,7% weniger Aufenthaltstitel für enge Familienangehörige von österreichischen Staatsangehörigen, die ebenfalls über einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt verfügen, verlängert. Hinzu kamen 12 Aufenthaltstitel für Familienangehörige mit Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn eine Dokumentation vorliegt.



- 1.547 (+200 oder +14,8% gegenüber Juni 2006) Aufenthaltstitel für Familienangehörige, die bereits länger als fünf Jahre ununterbrochen zur Niederlassung berechtigt sind, verlängert. Auch sie benötigen beim Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt keine Berechtigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz mehr.

*Übersicht 20: Verlängerte Aufenthaltstitel im 1. Halbjahr 2007*

	Männer	Frauen	Insgesamt	Frauen- anteil in %
Verlängerungen Aufenthaltsbewilligungen	3.557	3.590	7.147	50,2
Betriebsentsandter	19	32	51	62,7
Familiengemeinschaft (mit Forscher)	10	9	19	47,4
Familiengemeinschaft (mit Künstler)	13	20	33	60,6
Familiengemeinschaft (mit Rotationsarbeitskraft)	30	77	107	72,0
Familiengemeinschaft (mit Sonderfälle unselbst. Erwerb.)	123	227	350	64,9
Familiengemeinschaft mit Studierenden	57	73	130	56,2
Forscher	19	10	29	34,5
Humanitäre Gründe	12	21	33	63,6
Künstler (Arbeitsmarktzug. nur m. Arbeitsmarktdokument)	45	26	71	36,6
Künstler (nur selbst. Erwerb. zulässig)	53	29	82	35,4
Rotationsarbeitskraft	77	20	97	20,6
Schüler	242	386	628	61,5
Selbständiger	7	4	11	36,4
Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit	471	280	751	37,3
Sozialdienstleistende	.	.	.	.
Studierende	2.379	2.376	4.755	50,0
Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen	14.017	15.214	29.231	52,0
Angehöriger	496	1.132	1.628	69,5
Ausgenommen Erwerbstätigkeit	182	255	437	58,4
Beschränkt	5.999	5.812	11.811	49,2
Schlüsselkraft (nur Selbständige)	7	3	10	30,0
Schlüsselkraft (unselbständig Erwerbstätigkeit)	20	10	30	33,3
Unbeschränkt	7.313	8.002	15.315	52,2
Sonstige Verlängerungen	13.238	14.402	27.640	52,1
Daueraufenthalt-EG	7.549	6.726	14.275	47,1
Daueraufenthalt-Familienangehöriger	736	811	1.547	52,4
Familienangehöriger (AMZ nur mit Dok)	2	10	12	83,3
Familienangehöriger (freier AMZ)	4.951	6.855	11.806	58,1
Summe der verlängerten Aufenthaltstitel	30.812	33.206	64.018	51,9

Q: BMI-BFIS.

### 6.3 Aufrechte Aufenthaltstitel

Unter Berücksichtigung der erteilten und abgelehnten Aufenthaltstitel und den Abgängen infolge von Statusveränderungen war die Zahl der aufrechten Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen zur Jahresmitte mit 453.400 um –23.400 oder –4,9% geringer als im letzten Jahr. Ein Großteil dieses Rückganges ist auf das Ausscheiden der neuen EU-Staatsangehörigen aus

Rumänien und Bulgarien aus den Aufenthaltstiteln zurückzuführen<sup>7)</sup>). Der Frauenanteil blieb mit 49% ähnlich hoch wie letztes Jahr.

### 6.3.1 Aufrechte Aufenthaltstitel nach Alter und Geschlecht

Am stärksten waren die Rückgänge unter Jugendlichen bis 14 Jahre mit –9.300 oder –10,6% auf 77.900, gefolgt von Personen im Haupterwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren mit –15.100 oder –4,1% auf 351.800. Dafür nahm die Zahl der über 65jährigen Drittstaatsangehörigen um +900 oder +4,1% auf 23.700 zu. Dadurch entfielen nunmehr 17,2% der aufrechten Aufenthaltstitel auf Jugendliche bis 14 Jahre (nach 18,3% im Juni 2006), 77,6% auf 15-64jährige (nach 76,9% im Juni 2006) und mittlerweile 5,2% (nach 4,8% im Juni 2006) auf über 65jährige. Frauen waren im Haupterwerbsalter weiterhin tendenziell jünger als die Männer (Übersicht 21).

#### Übersicht 21: Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel nach Alter und Geschlecht

	30. 06. 2005	30. 06. 2006	30. 06. 2007
Insgesamt			
0 bis 18 Jahre	123.992	111.639	100.998
19 bis 29 Jahre	105.248	97.553	92.857
30 bis 39 Jahre	104.245	95.551	88.726
40 bis 49 Jahre	76.124	72.894	71.049
50 bis 59 Jahre	60.645	61.077	59.469
60 Jahre und älter	35.967	38.149	40.327
SUMME	506.221	476.863	453.426
Männer			
0 bis 18 Jahre	63.925	57.598	51.887
19 bis 29 Jahre	50.226	46.483	44.853
30 bis 39 Jahre	50.952	45.917	42.971
40 bis 49 Jahre	41.439	39.531	38.343
50 bis 59 Jahre	33.521	33.419	32.451
60 Jahre und älter	17.950	19.231	20.831
SUMME	258.013	242.179	231.336
Frauen			
0 bis 18 Jahre	60.067	54.041	49.111
19 bis 29 Jahre	55.022	51.070	48.004
30 bis 39 Jahre	53.293	49.634	45.755
40 bis 49 Jahre	34.685	33.363	32.706
50 bis 59 Jahre	27.124	27.658	27.018
60 Jahre und älter	18.017	18.918	19.496
SUMME	248.208	234.684	222.090

Q: BMI-BFIS.

<sup>7)</sup> Im letzten Juni stellten Personen aus Rumänien und Bulgarien 21.400 aufrechte Aufenthaltstitel.

### 6.3.2 Aufrechte Aufenthaltstitel nach Aufenthaltstitel und Geschlecht

Die Rückgänge erstreckten sich auch über alle Gruppen von Aufenthaltstiteln mit Ausnahme des Bereiches "Daueraufenthalt-Familienangehöriger". Zugleich ist die Entwicklung seit letztem Jahr zusätzlich durch eine Vielzahl von Umschichtungen und Strömen zwischen den Aufenthaltstiteln gekennzeichnet. Während es unter den Aufenthalts- (-200 oder -1,3% auf 18.800) und Niederlassungsbewilligungen (-900 oder -1% auf 84.800) in Summe kaum nennenswerten Veränderungen gab, zeigen sich doch zum Teil beachtliche Bestandsveränderungen unter den Aufenthaltzwecken "Familienangehöriger" (-10.100 oder -14,1% auf 61.300), "Daueraufenthalt-Familienangehöriger" (+3.000 oder +219,2% auf 4.400), "Daueraufenthalt-EG" (-3.000 oder -2,1% auf 136.100) und den ehemaligen Niederlassungsnachweisen (-12.300 oder -7,7% auf 148.100). Letztere finden sich nunmehr unter den beiden Zwecken "Daueraufenthalt-EG" oder "Daueraufenthalt-Familienangehöriger". Die ebenfalls nach alter Rechtsordnung erteilten Aufenthaltstitel "Familiengemeinschaft mit ÖsterreicherIn" oder "Familiengemeinschaft mit begünstigtem Drittstaatsangehörigen nach § 49 FrG" gelten nun unter dem Aufenthaltstitel "Familienangehöriger" weiter (Übersicht 22).

Die 18.800 Aufenthaltsbewilligungen<sup>8)</sup>, die für einen vorübergehenden befristeten Aufenthalt in Österreich zu einem bestimmten Zweck erteilt werden, deckten 4,1% aller aufrechten Aufenthaltstiteln ab. Der Frauenanteil war mit 50,8% niedriger als letztes Jahr (2006: 52%). Konkret entfielen:

- Mehr als zwei Drittel (67,5%) der aufrechten Aufenthaltsbewilligungen weiterhin auf SchülerInnen, Studierende und ihre Familienangehörigen (12.700). Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt unterliegt den Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, ebenso wie die der 1.000 Rotationsarbeitskräfte, Betriebsentsandten und KünstlerInnen.
- 20,1% der aufrechten Aufenthaltsbewilligungen auf Drittstaatsangehörige und deren Familienangehörige zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber. Ihre Tätigkeit unterliegt nicht dem sachlichen Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes. Hierunter fallen insbesondere Medienbedienstete und vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommene ForscherInnen an nicht-zertifizierten Forschungseinrichtungen, sofern ihre Tätigkeit in Österreich länger als sechs Monate dauert (3.800).

Auf den Bereich der Niederlassungsbewilligungen<sup>9)</sup>, die nicht bloß für einen vorübergehenden Aufenthalt in Österreich zu einem bestimmten Zweck erteilt werden, entfielen heuer zwar ähnlich wie letztes Jahr 18,7% der aufrechten Aufenthaltstitel (Frauenanteil: 50,9%), allerdings in anderer Zusammensetzung. Unter den 84.800 Niederlassungsbewilligungen gab es:

---

<sup>8)</sup> Aufenthaltstitel auf Basis einer Aufenthaltsbewilligung gelten rechtlich gesehen nicht als Niederlassung und können daher auch keinen dauerhaften Aufenthalt in Österreich begründen. Sie unterliegen daher nicht der Quotenpflicht.

<sup>9)</sup> Niederlassungsbewilligungen können eine Perspektive auf Daueraufenthalt und in weiterer Folge auf Staatsbürgerschaft begründen.

- Mit 42.100 (-14.400 oder -25,4% gegenüber Juni 2006) heuer deutlich weniger beschränkte Niederlassungsbewilligungen als noch letztes Jahr. Der Anteil an den aufrechten Niederlassungsbewilligungen ging auf 49,7% nach 66% im Juni 2006 zurück.
- Mit 36.500 (+11.200 oder +44,1% gegenüber Juni 2006) dafür deutlich mehr unbeschränkte Niederlassungsbewilligungen. Der Anteil an den aufrechten Niederlassungsbewilligungen nahm auf 43,1% zu (nach 29,6% im Juni 2006). Gleichzeitig erhöhte sich dadurch die Zahl der Drittstaatsangehörigen mit freiem Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt, da InhaberInnen einer unbeschränkten Niederlassungsbewilligung über einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt verfügen, während bei Personen mit beschränkter Niederlassungsbewilligung das Ausländerbeschäftigungsgesetz über den Arbeitsmarktzugang entscheidet.
- Mit 4.000 mehr als doppelt so viele Niederlassungsbewilligungen für Angehörige (+2.100 oder +114,9% gegenüber Juni 2006).
- Mit 1.100 deutlich mehr unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte als in den beiden letzten Jahren (+300 oder +42,7% gegenüber Juni 2006).
- Mit 1.100 heuer weniger Drittstaatsangehörige, die explizit keinen Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben (-100 oder -8% gegenüber Juni 2006). Voraussetzung für die Niederlassung sind nachweislich ausreichende Unterhaltsmittel.

Neben den Untergruppen bei den Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen verfügten alle übrigen 349.900 Drittstaatsangehörigen mit aufrechtem Aufenthaltstitel (-22.300 oder -6% gegenüber Juni 2006) über einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt (77,2%):

- Die 61.300 "Familienangehörigen" umfassen alle EhegattInnen und minderjährigen unverheirateten Kinder von österreichischen Staatsangehörigen (und von EWR-/Schweizer BürgerInnen ohne Recht auf Freizügigkeit) mit befristeter Niederlassung. Seit letztem Juni sank ihre Zahl um -10.100 oder -14,1%. Der Frauenanteil lag unverändert bei 55%.
- Die 4.400 "Daueraufenthalt-Familienangehörigen" sind ehemalige "Familienangehörige" nach fünfjähriger ununterbrochener Niederlassung in Österreich und nach Erfüllung der Integrationsvereinbarung. Seit letztem Jahr wurde ihre Zahl mehr als verdreifacht (+3.000 oder +219,2% gegenüber Juni 2006). Da Männer viel stärker als Frauen von der Ausweitung profitieren konnten, sank der Frauenanteil auf 54,3%.
- Die 136.100 "Daueraufenthalt-EG" leben seit mindestens fünf Jahren in Österreich und erfüllen die Integrationsvereinbarung. Ihre Zahl nahm seit Juni 2006 um -3.000 oder -2,1% ab. Der Frauenanteil blieb mit 46,7% so hoch wie letztes Jahr.
- Die 148.100 ehemaligen Niederlassungsnachweise werden weiter sukzessive auf die beiden Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt-EG" und "Daueraufenthalt-Familienangehöriger" umgeschichtet (-12.300 oder -7,7% gegenüber Juni 2006). Der Frauenanteil sank auf 47,1%.

Übersicht 22: Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel nach Aufenthaltswort und Geschlecht (30. Juni 2007)

	Männer	Frauen	Insgesamt
Aufenthaltsbewilligungen	9.229	9.536	18.765
Schüler	649	1.020	1.669
Studierender	5.475	5.133	10.608
Ehemals Ausbildung	6	6	12
Familiengemeinschaft (mit Studierenden)	155	218	373
Rotationskraft	244	69	313
Familiengemeinschaft (mit Rotationskraft)	89	211	300
Betriebsentsandter	116	49	165
Ehemals Betriebsentsandter		1	1
Humanitäre Gründe	128	169	297
Selbständiger	21	9	30
Familiengemeinschaft (mit Forscher)	18	31	49
Familiengemeinschaft (mit Künstler)	39	60	99
Familiengemeinschaft (mit Sonderfälle unselbständige EWT)	267	521	788
Ehemals Privat quotenfrei	150	249	399
Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit	1.468	1.523	2.991
Künstler (Arbeitsmarktzugang nur mit Arbeitsmarktdokument)	175	133	308
Künstler (nur selbständige EWT zulässig)	138	81	219
Forscher	90	52	142
Sozialdienstleistende	1	1	2
Niederlassungsbewilligungen	41.644	43.120	84.764
Beschränkt	18.084	17.622	35.706
Ausgenommen Erwerbstätigkeit	449	658	1.107
Angehöriger	1.286	2.683	3.969
Schlüsselkraft (selbständig)	49	21	70
Schlüsselkraft (unselbständig)	702	297	999
Beschränkt (FamGem mit selbständiger Schlüsselkraft)	9	13	22
Beschränkt (FamGem mit unselbständiger Schlüsselkraft)	118	267	385
Unbeschränkt	18.421	18.073	36.494
Ausgenommen Erwerbstätigkeit (FamGem Europaabkommen)		1	1
Ausgenommen Erwerbstätigkeit (humanitär)	5	4	9
Beschränkt (Europaabkommen)	2	1	3
Beschränkt (Familienangehöriger humanitär)	50	68	118
Beschränkt (Familienangehöriger Mobilitätsfall)	2	2	4
Beschränkt (selbständige Mobilitätsfälle)	2	2	4
Beschränkt (Familiengemeinschaft)	2.394	3.363	5.757
Beschränkt (humanitär)	66	41	107
Beschränkt (unselbständige Mobilitätsfälle)	5	4	9
Familienangehöriger	27.580	33.724	61.304
Familienangehöriger	16.381	21.786	38.167
Ehemals-begünstigter Drittsta. – Ö, § 49 Abs. 1 FrG	2.628	3.933	6.561
Ehemals-Familiengemeinschaft mit Österreicher	8.571	8.005	16.576
Daueraufenthalt-Familienangehöriger	1.994	2.369	4.363
Daueraufenthalt EG	72.510	63.633	136.143
Ehemals Niederlassungsnachweis	78.379	69.708	148.087
Summe der aufrechten Aufenthaltstitel	231.336	222.090	453.426

Q: BMI-BFIS.

### 6.3.3 Aufrechte Aufenthaltstitel nach Aufenthaltswitzweck, Alter und Geschlecht

Das Durchschnittsalter der Drittstaatsangehörigen mit aufrechtem Aufenthaltstitel nahm seit letztem Juni um ein halbes Jahr auf 33,6 Jahre zu. Trotzdem waren sie weiterhin rund 7 Jahre jünger als die österreichische Bevölkerung. Am jüngsten waren wie im Vorjahr Drittstaatsangehörige mit aufrechter Niederlassungsbewilligung mit durchschnittlich 26,5 Jahren, da besonders Kinder und EhegattInnen mit beschränkter, quotenpflichtiger Niederlassungsbewilligung die Altersstruktur bestimmten. Am oberen Ende der Altersskala standen Angehörige mit durchschnittlich 53,8 Jahren.

Übersicht 23: Aufrechte Aufenthaltstitel nach Aufenthaltswitzweck, Geschlecht und Alter (30. Juni 2007)

	0 bis 18 Jahre	19 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 59 Jahre	Über 60 Jahre	Alle Alters- gruppen
<b>Männer</b>							
Aufenthaltswilligung	825	5.542	1.858	560	256	188	9.229
Niederlassungsbewilligung	18.349	9.686	10.322	6.455	4.303	3.728	52.843
Familienangehöriger	3.450	6.233	4.685	1.506	403	104	16.381
Daueraufenthalt-FamAng	313	210	588	483	290	110	1.994
Daueraufenthalt EG	17.048	8.421	9.352	12.756	13.620	11.313	72.510
Ehem. Niederlassungsnachweis	11.902	14.761	16.166	16.583	13.579	5.388	78.379
SUMME	51.887	44.853	42.971	38.343	32.451	20.831	231.336
<b>Frauen</b>							
Aufenthaltswilligung	892	6.476	1.400	385	165	218	9.536
Niederlassungsbewilligung	17.287	11.674	10.983	5.978	4.414	4.722	55.058
Familienangehöriger	3.376	8.445	6.008	2.751	1.000	206	21.786
Daueraufenthalt-FamAng	297	454	780	476	279	83	2.369
Daueraufenthalt EG	16.122	8.024	9.624	8.959	11.200	9.704	63.633
Ehem. Niederlassungsnachweis	11.137	12.931	16.960	14.157	9.960	4.563	69.708
SUMME	49.111	48.004	45.755	32.706	27.018	19.496	222.090
<b>Insgesamt</b>							
Aufenthaltswilligung	1.717	12.018	3.258	945	421	406	18.765
Niederlassungsbewilligung	35.636	21.360	21.305	12.433	8.717	8.450	107.901
Familienangehöriger	6.826	14.678	10.693	4.257	1.403	310	38.167
Daueraufenthalt-FamAng	610	664	1.368	959	569	193	4.363
Daueraufenthalt EG	33.170	16.445	18.976	21.715	24.820	21.017	136.143
Ehem. Niederlassungsnachweis	23.039	27.692	33.126	30.740	23.539	9.951	148.087
SUMME	100.998	92.857	88.726	71.049	59.469	40.327	453.426

Q: BMI-BFIS.

Personen mit aufrechten Aufenthaltswilligungen waren im Schnitt um rund ein halbes Jahr älter (27,1 Jahre) als Personen mit Niederlassungsbewilligungen. Die Altersstruktur weist einen Schwerpunkt bei den Jugendlichen auf, über die große Zahl von SchülerInnen und Studierenden, und einen bei tendenziell älteren Arbeitskräften und Selbständigen (Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit, Rotationsarbeitskräfte, Betriebsentsandte).

Das Durchschnittsalter unter den Familienangehörigen liegt bei rund 32 Jahren.

Am ältesten sind weiterhin Drittstaatsangehörige mit unbefristetem Aufenthalt in Österreich; ihr Durchschnittsalter stieg seit Juni 2006 um über ein Jahr auf 36,5 Jahre. Unter ihnen findet sich auch eine steigende Zahl an Personen im Alter über 65 Jahren (von 5,3% auf 6,2% im Juni 2007) (Übersicht 23).

#### 6.3.4 Aufrechte Aufenthaltstitel nach Herkunftsregionen

Mit dem Ausscheiden der neuen EU-BürgerInnen Rumäniens und Bulgariens aus der Fremdenstatistik verringerte sich der Bestand an aufrechten Aufenthaltstiteln seit letztem Juni um - 21.400. Bei einem gesamten Rückgang im Ausmaß von -23.400 dürften so mehr als 90% des Rückgangs an aufrechten Aufenthaltstiteln durch das Ausscheiden der beiden Länder aus der Statistik erklärt werden können. Darüber hinaus gab es unter den stärksten Nationalitäten aus Serbien, Montenegro (-1.500 oder -1,2% auf 125.000), Türkei (-2.100 oder -2,1% auf 94.400) und Bosnien-Herzegowina (-1.200 oder -1,3% auf 93.300) kaum nennenswerte Veränderungen, weshalb sich die Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel geringfügig zugunsten der stärksten Nationalitäten verschob. Personen aus Serbien-Montenegro stellten seither 27,6% der aufrechten Aufenthaltstitel (nach 26,5% im Juni 2006), gefolgt von Personen aus der Türkei mit 20,8% (nach 20,2% im Juni 2006) und aus Bosnien-Herzegowina mit 20,6% (nach 19,8% im Juni 2006). Unter den unbefristeten Aufenthaltstiteln führten ebenfalls Personen aus Serbien-Montenegro vor Bosnien-Herzegowina. Türkische Staatsangehörige lagen hier an dritter Stelle. Dafür stellten sie die größte Einzelnationalität unter den Niederlassungsbewilligungen, Aufenthaltsbewilligungen und Familienangehörigen (Abbildungen 15, 16).

Abbildung 15: Aufrechte Aufenthaltstitel nach Herkunftsregionen

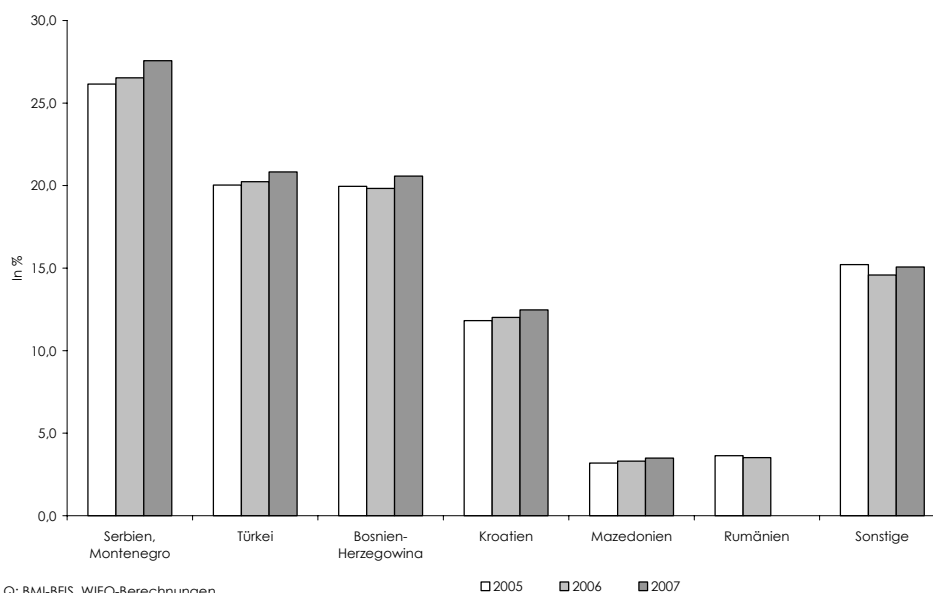
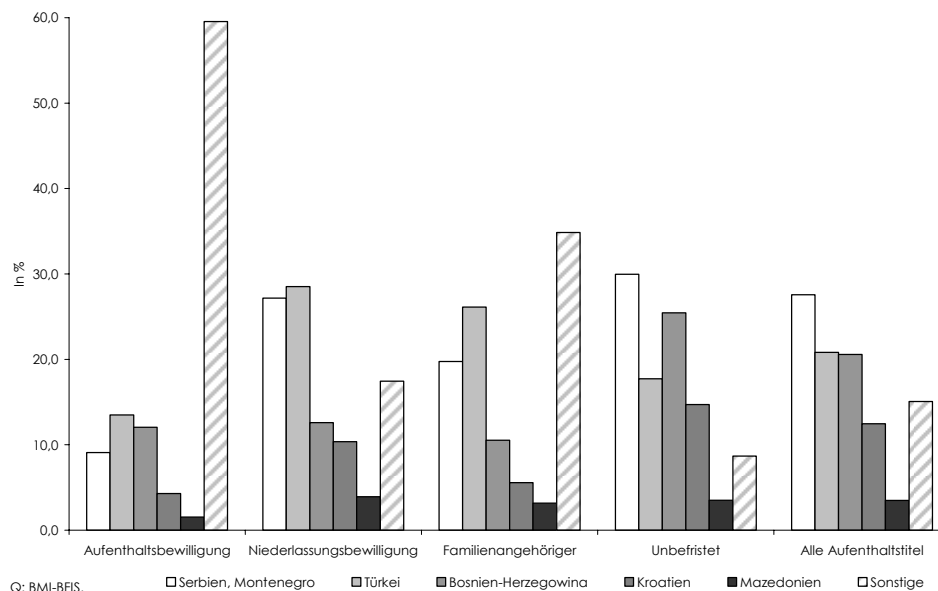


Abbildung 16: Aufrechte Aufenthaltstitel nach Herkunftsregionen und Aufenthaltszweck (30. Juni 2007)



### 6.3.5 Aufrechte Aufenthaltstitel nach Bundesländern

Da sich die 16.800 rumänischen Staatsangehörigen des letzten Jahres besonders auf die Steiermark, das Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich konzentrierten, kann ein Großteil des vergleichsweise starken Rückgangs an aufrechten Aufenthaltstiteln in diesen Bundesländern, allen voran im Burgenland mit  $-800$  oder  $-14,7\%$  auf 4.600 aufrechten Aufenthaltstiteln auf ihr Ausscheiden zurückgeführt werden. Hinzu kommt das Wegfallen von 4.600 bulgarischen Staatsangehörigen, die bislang vorwiegend in Wien anzutreffen waren (Abbildung 17).

Trotz des Ausscheidens von Rumänien und Bulgarien aus der Fremdenstatistik änderte sich ähnlich wie bei den Herkunftsregionen die Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel nach Bundesländern kaum. Die meisten Aufenthaltstitel konzentrierten sich weiterhin auf die Ostregion (55,5% nach 55,3% im Juni 2006). In den westlichen Bundesländern hielten sich 33,9% (33,7% im Juni 2006) und in den südlichen Bundesländern 10,6% (11% im Juni 2006) der Drittstaatsangehörigen auf.

Personen aus Serbien, Montenegro stellten ähnlich wie in den letzten Jahren die größte Einzelnationalität in Wien und KroatInnen in der Steiermark. Türkische Staatsangehörige konnten ihre starke Konzentration in Vorarlberg und Niederösterreich weiter ausbauen, während sie in Tirol ähnlich hoch blieb wie letztes Jahr. Bosnische Staatsangehörige waren ebenfalls weiterhin besonders im Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg anzutreffen (Abbildung 18).



Abbildung 17: Aufrechte Aufenthaltstitel nach Bundesländern (30. Juni)

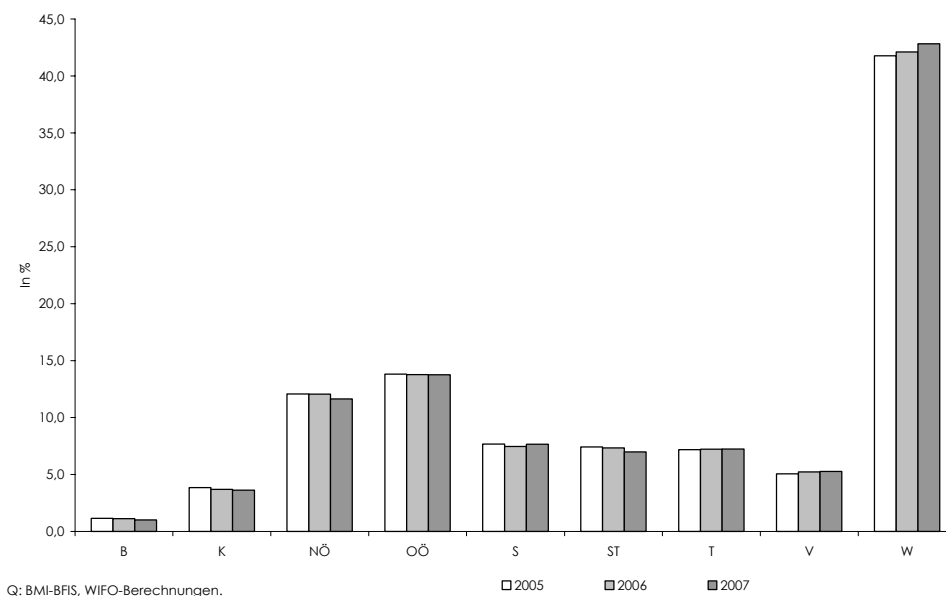
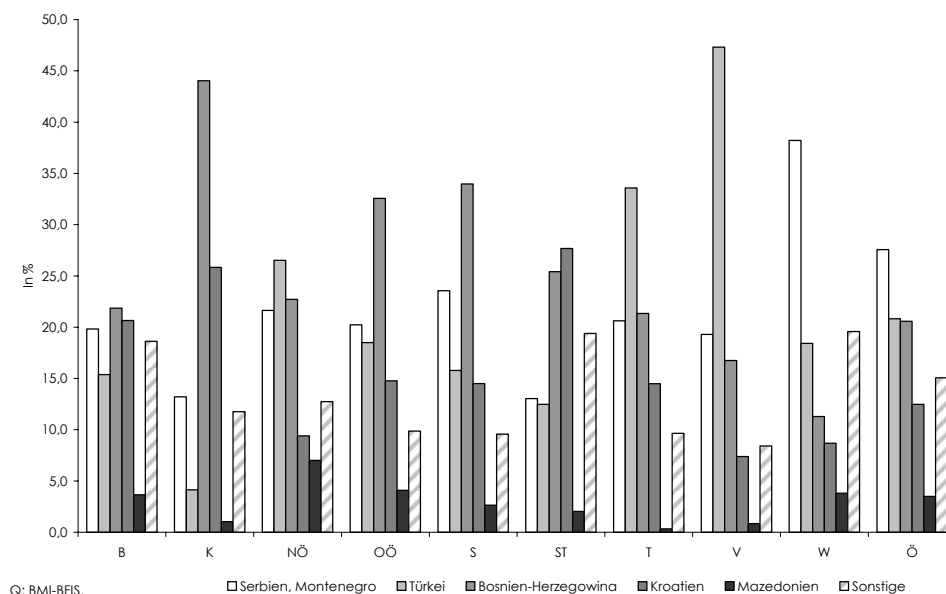


Abbildung 18: Aufrechte Aufenthaltstitel nach Herkunftsregionen und Bundesländern (30. Juni 2007)



Auch in den Bundesländern blieb die Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel fast unverändert. Wie im letzten Jahr wurde weiterhin ein Großteil der aufrechten Aufenthaltstitel durch unbefristete Aufenthaltstitel abgedeckt (Summe aus vormaligem Niederlassungsnachweis, Daueraufenthalt Familienangehörige sowie Daueraufenthalt-EG). In dieser Gruppe führten Kärnten, Salzburg und Niederösterreich. Unter der zweit stärksten Gruppe der befristeten Niederlas-

sungsbewilligungen, also den erst kürzer in Österreich aufhaltigen Personen mit einem Niederlassungsrecht (NB und Familienangeh.) waren dafür alle anderen Bundesländer sehr stark vertreten.

Einschließlich der Familienangehörigen, die besonders in Vorarlberg, der Steiermark und Wien eine Rolle spielten, wurden über eine Niederlassung mehr als 95% der aufrechten Aufenthaltstitel abgedeckt.

Aufenthaltsbewilligungen, die für einen befristeten, vorübergehenden Aufenthalt in Österreich gewährt werden, sind weiterhin nur in der Steiermark und Wien trotz rückläufiger Zahlen bedeutend. Der Großteil der aufrechten Aufenthaltsbewilligungen in diesen beiden Bundesländern entfiel weiterhin auf SchülerInnen und Studierende. Knapp 80% der aufrechten Aufenthaltsbewilligungen für SchülerInnen und Studierende wurden durch diese beiden Bundesländer abgedeckt (Übersicht 24).

Übersicht 24: Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel nach Bundesländern und Aufenthaltsweg (30. Juni 2007)

	Aufenthaltsbewilligung	Niederlassungsbewilligung	Familienangehöriger	Daueraufenthalt-FamAng	Daueraufenthalt-EG	Ehem. Niederlassungsnachweis	Summe
Burgenland	129	1.237	593	32	1.405	1.169	4.565
Kärnten	333	1.993	1.405	60	6.214	6.432	16.437
Niederösterreich	1.152	8.966	5.340	452	16.275	20.578	52.763
Oberösterreich	1.284	14.093	8.281	583	19.614	18.555	62.410
Salzburg	874	5.631	3.308	231	11.632	13.072	34.748
Steiermark	2.624	6.242	5.173	207	7.781	9.622	31.649
Tirol	736	7.248	4.075	459	8.369	11.907	32.794
Vorarlberg	339	7.957	3.949	436	6.553	4.637	23.871
Wien	11.294	31.397	29.180	1.903	58.300	62.115	194.189
Österreich	18.765	84.764	61.304	4.363	136.143	148.087	453.426

Q: BMI-BFIS.

### 6.3.6 Aufrechte Aufenthaltstitel von Schlüsselarbeitskräften

Mit der Neuregelung des Zugangs ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt beschränkt sich die dauerhafte Niederlassung von Drittstaatsangehörigen auf quotenpflichtige Erstiniederlassungsbewilligungen von unselbständig oder selbständig erwerbstätigen Schlüsselkräften<sup>10)</sup>.

Als Schlüsselkräfte gelten laut § 2 Abs. 5 AuslBG AusländerInnen, die über eine besondere, am inländischen Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildung verfügen, sowie über spezielle berufliche Kenntnisse. Darüber hinaus wird vorausgesetzt, dass ihre monatliche Bruttoentlohnung mindestens 60% der Höchstbemessungsgrundlage gemäß § 108 Abs. 3 ASVG zuzüglich Sonder-

<sup>10)</sup> Ausnahme: Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt-EG" eines anderen Mitgliedstaates.

zahlungen beträgt. Darüber hinaus muss die Schlüsselkraft mindestens eine der folgenden fünf Kriterien erfüllen:

1. Die Schlüsselkraft ist nicht nur wichtig für den Betrieb, sondern auch für die betroffene Region bzw. den Arbeitsmarkt.
2. Die Schlüsselkraft schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.
3. Die Schlüsselkraft ist eine Führungskraft.
4. Die Schlüsselkraft bringt Investitionskapital nach Österreich.
5. Die Schlüsselkraft verfügt über eine (Fach-) Hochschulausbildung oder eine sonstige fachlich besonders anerkannte Ausbildung.

Somit verfügen Schlüsselkräfte über eine besondere, am inländischen Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildung oder über spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten mit entsprechender beruflicher Erfahrung (§ 2 Abs. 5 AuslBG).

Neben den Schlüsselkräften können qualifizierte ausländische Arbeitskräfte, die sich dagegen nicht dauerhaft in Österreich niederlassen, außerhalb der Quotenpflicht über erstmalig ausgestellte Aufenthaltsbewilligungen als Betriebsentsandte, ForscherInnen, KünstlerInnen, Rotationsarbeitskräfte oder Sonderfälle unselbständiger Erwerbstätigkeit (Medienbedienstete, ForscherInnen an nicht zertifizierten Forschungseinrichtungen) in Österreich arbeiten.

Wie bereits unter den aufrechten Aufenthaltstiteln nach Aufenthaltszweck angeführt, nahm die Zahl der aufrechten Niederlassungsbewilligungen für unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte seit letztem Juni um fast die Hälfte auf 1.100 zu (+300 oder +42,7% gegenüber Juni 2006). Das ist angesichts der großen Bedeutung dieser Arbeitskräfte für den österreichischen Arbeitsmarkt weiterhin eine sehr geringe Zahl, insbesondere wenn man bedenkt, dass unter diesen Personen auch nicht erwerbstätige Kinder und Ehepartner enthalten sind.

Besonders 'dynamisch' war die Entwicklung der Zahl der niedergelassenen Schlüsselkräfte in der gesamten Ostregion und weiters in Kärnten und Tirol. Das Durchschnittsalter lag ähnlich wie unter den ausländischen Arbeitskräften mit einem vorübergehenden, befristeten Aufenthalt in Österreich bei knapp 42 Jahren für selbständige Schlüsselkräfte und gut neun Jahre darunter für unselbständige Schlüsselkräfte. Das höhere Alter dürfte nicht zuletzt eine Folge der hohen Anforderungen an die Qualifikation und Leistung der Schlüsselkräfte sein, die sie in die Lage versetzt, vergleichsweise gut zu verdienen – eine gesetzliche Vorgabe für die Gewährung dieses Aufenthaltstitels.

Der Frauenanteil unter den Schlüsselkräften ist mit unter 30% weiterhin sehr gering. Knapp weniger als die Hälfte aller aufrechten Aufenthaltstitel für selbständige und unselbständige Schlüsselkräfte konzentriert sich auf Wien. Das ist eine Folge der Konzentration von Firmenzentralen auf Wien. Es dokumentiert auch, dass Schlüsselkräfte in hohem Maße im Top- und

Middle-Management von Betrieben zu finden sind. Ihr Aufenthalt ist daher vergleichsweise selten mit einer langfristigen Niederlassung in Österreich verbunden, sondern vielmehr als ein Schritt in ihrer international ausgerichteten Karriere zu sehen. Diese Personengruppe dokumentiert die 'neue' Form der Migrationen, die unter dem Titel 'circular migration' in die Literatur Eingang gefunden hat. Sie ist eine Folge der zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Vernetzung und damit symbolhaft für die Rolle Österreichs in einer zunehmend globalisierten Welt (Biffi, 2006).

Angesichts der im Vergleich zu Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern geringen Wahrscheinlichkeit der dauerhaften Niederlassung in Österreich und der großen Bedeutung für die österreichische Wirtschaft ist dieser Personengruppe besonders Augenmerk zu schenken, und zwar nicht nur was die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Migrationen (Aufenthaltsrecht und Sozialversicherungsabkommen) anbelangt, sondern auch was die Wohnungspolitik betrifft (Biffi, 2007).

Die größte Einzelnationalität unter den Schlüsselkräften stellten kroatische Staatsangehörige vor amerikanischen, russischen, serbischen und bosnischen. Auch auf Bundesländerebene führten kroatische Staatsangehörige im Burgenland, Kärnten und Salzburg, amerikanische in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol sowie bosnische in der Steiermark, indische in Vorarlberg und russische in Wien.

Damit sind derzeit 46% aller Schlüsselkräfte in Österreich aus mittelosteuropäischen Ländern inklusive Russland. Allein daraus ist die zunehmende wirtschaftliche Vernetzung Österreichs mit den MOEL ersichtlich. In Hinblick auf die verstärkte wirtschaftliche Vernetzung Österreichs mit den MOEL wie der Ukraine, Weißrussland und Moldawien wäre eine gezielte Ausweitung der Zahl der Schlüsselkräfte aus den MOEL wirtschaftlich sinnvoll. Auch könnte man angesichts des Wegfalls der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern spätestens im Jahre 2011 und dem komparativen Vorteil der Menschen aus diesen Herkunftsregionen im Umgang mit Menschen aus ihren östlichen Nachbarländern, aus Sicht der Arbeitsmarktverträglichkeit eine schrittweise Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Personen aus den Neuen EU-Mitgliedstaaten in einzelnen Berufen und für bestimmte Qualifikationen (etwa ab Maturaniveau) oder für bestimmte Fachkräfte, die derzeit in Österreich zusehends knapp werden, schon vor dem Jahr 2011 ins Auge fassen.

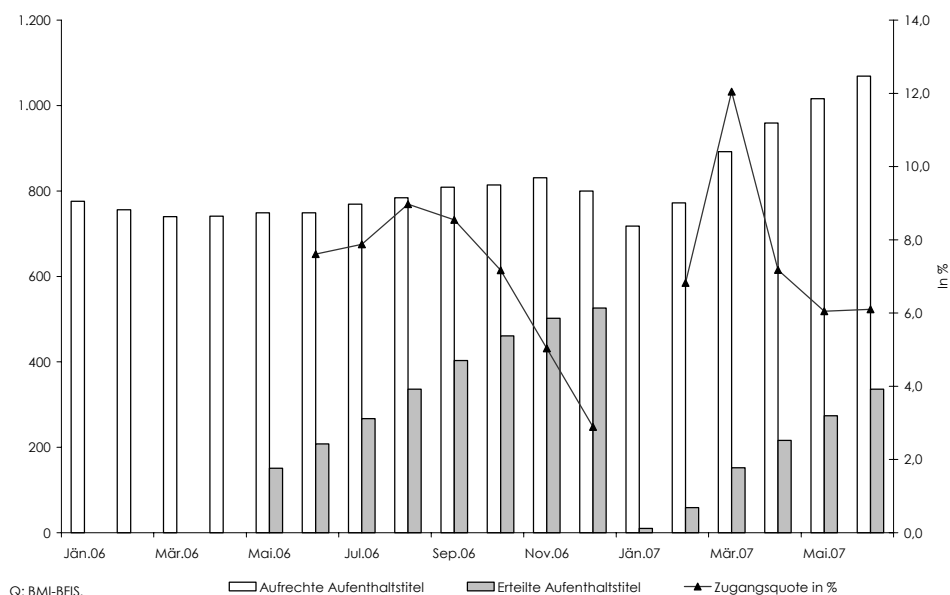
Unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Regelung ist auch bei Ausweitung der Quote für Schlüsselkräfte aus Drittstaaten mit keiner signifikanten Steigerung der Zahl der Schlüsselkräfte in den nächsten Jahren zu rechnen. Aus Abbildung 19 ist ersichtlich, dass die Zahl der Schlüsselkräfte trotz einer steigenden Zugangsquote (monatlicher Zugang zu Schlüsselkräften in % des Monatsbestands an Schlüsselkräften) zwischen Mai 2006 und Dezember 2006 kaum anstieg. Im Jahr 2007 gibt es Anzeichen eines längeren Verbleibs von Schlüsselkräften, da der Bestand an Schlüsselkräften kontinuierlich steigt, obschon die Zugangsquote relativ gering wenn auch expansiv ist. Das ist die Konsequenz von strategischen wirtschaftlichen Weichenstellungen, die eher mittelfristig angelegt sind. In der Folge ist die Nachfrage nach hoch qua-

lizierten Arbeitskräften nicht stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig, sondern von langfristigen Trends und Strategien.

Wenn Österreich verstärkte Anstrengungen der wirtschaftlichen Expansion in und über die MOEL unternimmt, sollte sowohl der Zuwanderung von Arbeitskräften als auch von Studierenden aus diesen Regionen zunehmend Augenmerk geschenkt werden. Dadurch würde der Arbeitsmarkt auch bei einer leichten konjunkturellen Abschwächung im Jahr 2008 und 2009 nicht beeinträchtigt.

Bei Ausweitung der Quote für Schlüsselarbeitskräfte ist bei der derzeitigen Rechtslage kaum mit mehr als rund 1.500 Schlüsselkräften für 2008 und 2.200 für 2009 zu rechnen.

Abbildung 19: Aufrechte Aufenthaltstitel für Schlüsselkräfte



### 6.3.7 Dokumentation des Aufenthaltsstatus von EWR-BürgerInnen und deren Familienangehörigen

Die ungebrochen starke Nachfrage nach Anmeldebescheinigungen, die für EWR-BürgerInnen und für ihre ebenfalls aus dem EWR-Raum stammenden Familienangehörigen gelten, die das Recht auf Freizügigkeit in Anspruch genommen haben, fand ihren Niederschlag in der stark steigenden Zahl an aufrechten Anmeldebescheinigungen seit letztem Juni (+26.800 oder +789,3% auf 30.200). Von den 30.200 Anmeldebescheinigungen entfiel, parallel zu den Erteilungen, mehr als die Hälfte auf unselbständige Arbeitnehmer (+13.400 oder +800,6% auf 15.000) und Selbständige (+1.100 oder +864,1% auf 1.200), weitere 25,5% auf Familienangehörige (+6.900 oder +861,3% auf 7.700), 10,4% auf Personen in Ausbildung (+2.700 oder +607,9% auf 3.100) und 1,6% auf Lichtbildausweise (+400 oder +390,1% auf 500). Der Frauenanteil war

in allen Kategorien bis auf die Erwerbstätigen und Lichtbildausweise überdurchschnittlich hoch.

Entgegen der Dynamik unter den Anmeldebescheinigungen blieb die Zahl der aufrechten Daueraufenthaltskarten für drittstaatsangehörige Familienangehörige von EWR-BürgerInnen, die das Recht auf Freizügigkeit in Anspruch genommen haben, mit 2.600 ähnlich hoch wie letztes Jahr (+100 oder +4,5% gegenüber Juni 2006). Allerdings war der Frauenanteil mit 58,2% etwas höher als unter den Anmeldebescheinigungen (Übersicht 25).

Übersicht 25: Aufrechte Dokumentationen (30. Juni 2007)

	Juni 2006			Juni 2007	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Frauenanteil in %
Anmeldebescheinigungen	3.392	15.524	14.640	30.164	48,5
Arbeitnehmer	1.669	9.304	5.727	15.031	38,1
Ausbildung	444	1.139	2.004	3.143	63,8
Familienangehöriger	801	3.047	4.653	7.700	60,4
Selbständiger	128	785	449	1.234	36,4
Sonstiger Angehöriger	61	149	328	477	68,8
Sonstiges	188	827	1.257	2.084	60,3
Lichtbildausweis	101	273	222	495	44,8
Daueraufenthaltskarte	2.487			2.598	

Q: BMI-BFIS.

#### 6.4 Bestand-Strom-Analyse der erteilten und aufrechten Aufenthaltstitel nach Aufenthaltswitzweck

Das Ausmaß und die Struktur der aufrechten Aufenthaltstitel zu einem bestimmten Zeitpunkt ist das Ergebnis von Bestands- und Stromveränderungen in der Vergangenheit. Der Bestand an aufrechten Aufenthaltstiteln je Aufenthaltswitzweck am Monatsende ( $B_{i,t+1}$ ) ergibt sich aus dem Monatsanfangsbestand ( $B_{i,t}$ ), einschließlich der Zugänge im Laufe des Monats aus Erstgenehmigungen ( $Z_{Ei,t+1}$ ), Verlängerungen ( $Z_{Vi,t+1}$ ) und Zweckänderungen ( $Z_{Zi,t+1}$ ) abzüglich der Abgänge infolge von Verlängerungen ( $A_{Vi,t+1}$ ) oder Zweckänderungen ( $A_{Zi,t+1}$ ) bzw. Abwanderung, Todesfall oder Einbürgerung ( $A_{Di,t+1}$ ). Nicht zuordenbare Ströme werden unter  $\epsilon_{i,t+1}$  subsumiert.

$$B_{i,t+1} = B_{i,t} + Z_{Ei,t+1} + Z_{Vi,t+1} + Z_{Zi,t+1} - A_{Vi,t+1} - A_{Zi,t+1} - A_{Di,t+1} + \epsilon_{i,t+1}$$

$$B_{t+1} = \sum_{i=1}^n B_{i,t+1} \text{ wobei } i = 1, \dots, n \text{ Aufenthaltswitzwecke}$$

Die Zu- und Abgänge aus Verlängerungen und Zweckänderungen führen zwar zu Strömen innerhalb bzw. zwischen Aufenthaltswitzwecken, insgesamt haben sie jedoch keinen Einfluss auf die Bestandsgröße. Die Summe der Ströme innerhalb und zwischen den Aufenthaltswitzwecken

überschätzt so die Dynamik der Bestandsgröße und unterschätzt gleichzeitig die tatsächliche durchschnittliche Verweildauer der Drittstaatsangehörigen in Österreich. Die Zu- und Abgänge zu den aufrechten Aufenthaltstiteln waren in den letzten Monaten nicht nur gekennzeichnet von dem Strömen und Umbuchungen zwischen den Aufenthaltstiteln, sondern auch vom Ausscheiden von Personen aus Rumänien und Bulgarien aus der Fremdenstatistik.

Die Zugangsquote zu den aufrechten Aufenthaltstiteln ( $ZQu_{i,t}$ ) misst das Ausmaß der Zugänge im laufenden Monaten am Vormonatsendbestand:

$$ZQu_{i,t} = \frac{Z_{i,t}}{B_{i,t-1}} * 100$$

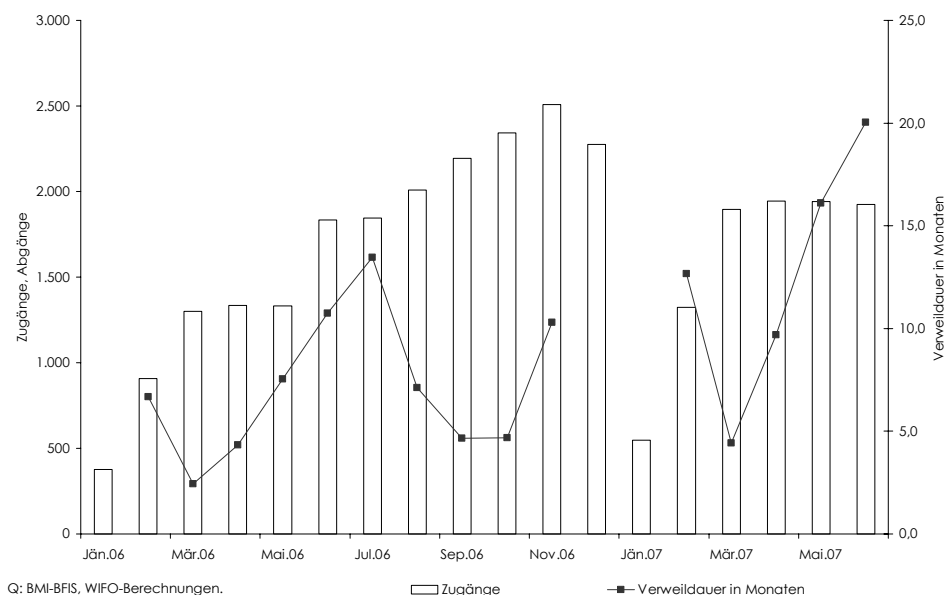
Die Abgangsquote aus den aufrechten Aufenthaltstiteln ( $AQu_{i,t}$ ) misst das Ausmaß der Abgänge im laufenden Monaten am Vormonatsendbestand:

$$AQu_{i,t} = \frac{A_{i,t}}{B_{i,t-1}} * 100$$

Aus dem reziproken Wert der Abgangsquote errechnet sich die Verweildauer ( $D_{i,t}$ ):

$$D_{i,t} = \frac{1}{AQu_{i,t}}$$

Abbildung 20: Summe der monatlich erteilten Erstaufenthaltstitel



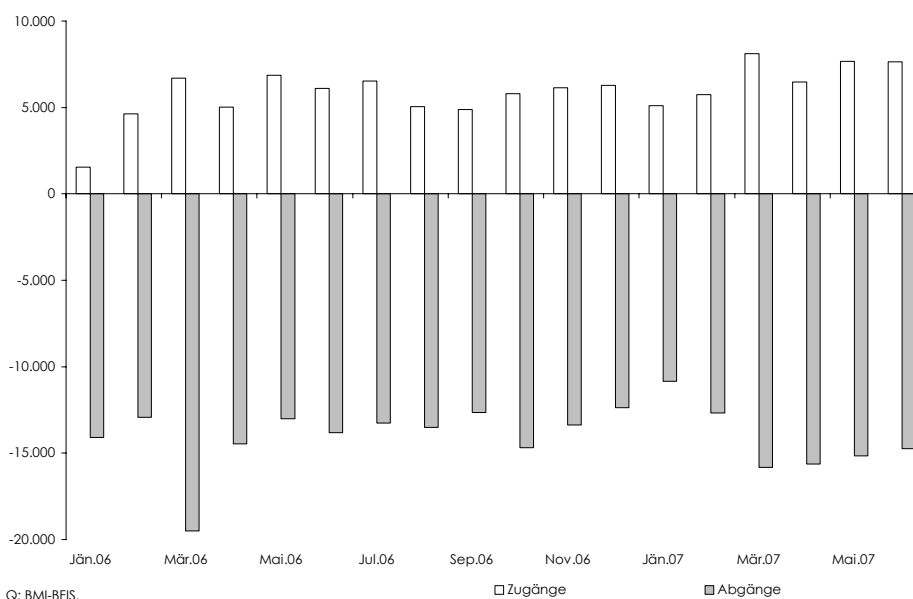
Die monatlich erteilten Erstaufenthaltstitel werden als Anhaltspunkt für die Dynamik der Bestandsgröße herangezogen. Im heurigen Jahr wurden zwar wieder mehr quotenfreie und quotenpflichtige Erstniederlassungsbewilligungen sowie Erstaufenthaltsbewilligungen erteilt als

im letzten Jahr, allerdings waren es bei weitem weniger als vor der Einführung des Fremdenrechtspakets 2005. Die größten Veränderungen seit Inkrafttreten des Fremdenrechts 2005 beziehen sich einerseits auf die befristeten Aufenthalte, d. h. die Erstaufenthaltsbewilligungen. Bei einer Aufenthaltsdauer von weniger als 6 Monaten ist nicht mehr das Bundesministerium für Inneres für die Aufenthaltsgenehmigung zuständig, sondern das Außenministerium. Hinzu kommen die quotenfreien Erstniederlassungsbewilligungen, also die Niederlassung von Familienangehörigen mit geringem Einkommens-Potential.

Ein Vergleich der Aufenthaltsdaten von 2006/07 mit den Jahren davor zeigt, dass sich Betriebsentsandte, KünstlerInnen, Selbständige, Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem bestimmten Arbeitgeber sowie SchülerInnen und Studierende eher weniger lang als sechs Monate in Österreich aufhalten dürften, während Rotationsarbeitskräfte tendenziell länger in Österreich arbeiten dürften.

Die durchschnittliche Verweildauer der im BMI-BFIS erfassten Erstaufenthalte nahm seit letztem Juni weiter auf durchschnittlich 20 Monate zu (Abbildung 20).

Abbildung 21: Summe der monatlichen Zu- und Abgänge zu den aufrechten Aufenthaltstiteln in Österreich seit Jänner 2006

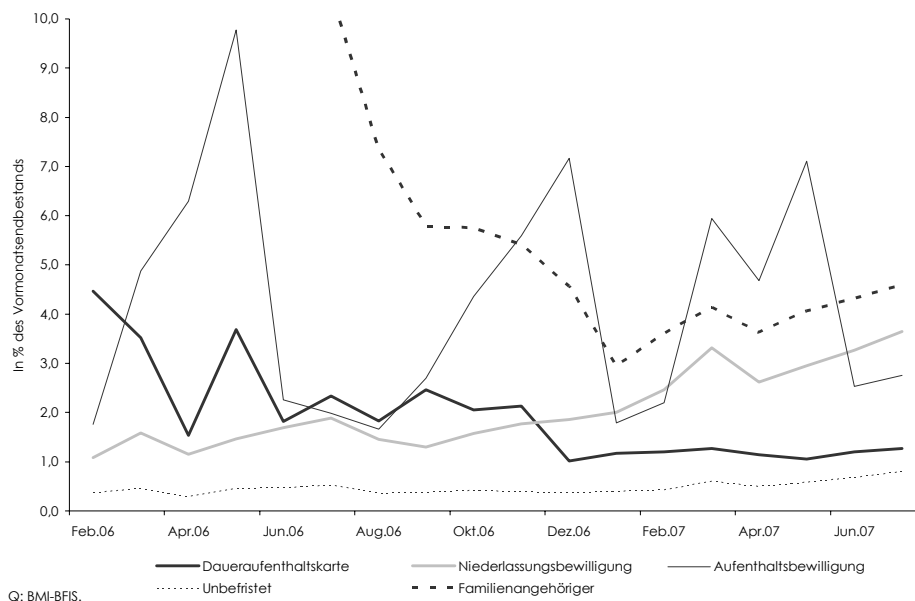


Zur Analyse der Dynamik innerhalb und zwischen den Aufenthaltszwecken werden alle Stromgrößen herangezogen (Abbildung 21). Die vorliegenden Daten zeigen sehr deutlich die saisonalen Zugangsmuster bei den kurzfristigen Aufenthaltserlaubnissen. Die Spannweite reichte von einer Mindestzugangsquote von 1,7% im August 2006 bis zu einer Höchstzugangsquote von 9,8% im Mai des Vorjahres. Im heurigen Mai erreichte die Zugangsquote zu den Aufenthaltserlaubnissen 7,1%. Die Zugangsquoten zu den übrigen Aufenthaltstiteln sind indessen sehr stark von Umbuchungen zwischen den Aufenthaltstiteln geprägt. Die Zugangs-



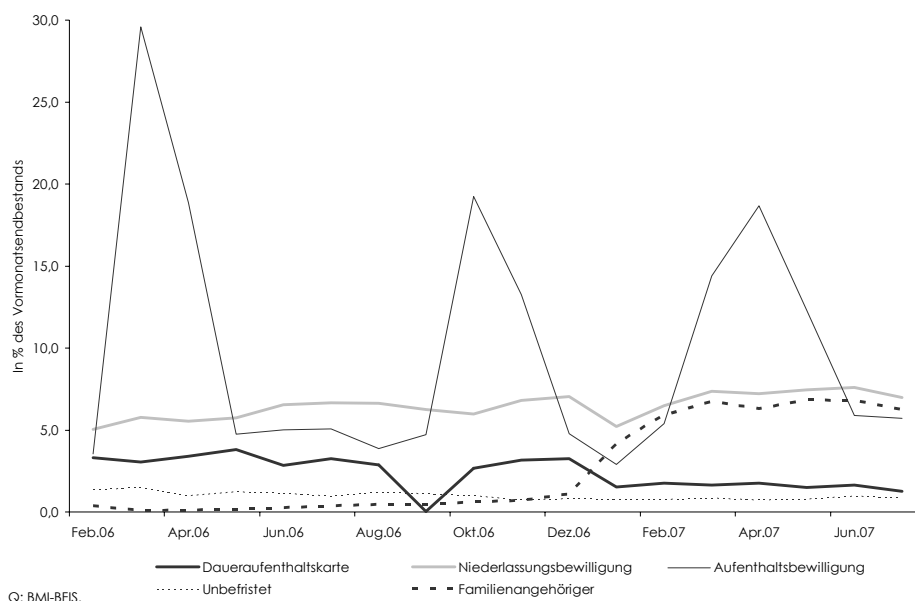
quoten von Familienangehörigen pendelten sich nach einer markanten Dynamik im letzten Jahr aufgrund der Umbuchungen bei knapp unter 4% ein. Auch unter den Daueraufenthaltskarten nahm die Dynamik auf durchschnittlich 1,2% ab. Dafür verdoppelte sich die Zugangsneigung unter den Niederlassungsbewilligungen seit letztem Juni beinahe auf 3,6% (1,9% im Juni 2006) (Abbildung 22).

Abbildung 22: Zugangsquoten zu den aufrechten Aufenthaltstiteln seit Jänner 2006



Ähnliche Strukturmerkmale zeigen sich auch in den Abgangsquoten. Neben den zeitlich verschobenen saisonalen Abgangsmustern unter den Aufenthaltsbewilligungen war im heurigen Jahr die Abgangsneigung unter Niederlassungsbewilligungen mit knapp unter 7% am höchsten, gefolgt von Familienangehörigen mit durchschnittlich 6,1%. Die geringste Dynamik gab es weiterhin unter den unbefristeten Aufenthaltstiteln (Abbildung 23).

Abbildung 23: Abgangsquoten zu den aufrechten Aufenthaltstiteln seit Jänner 2006



## 7. Entwicklung fremdenpolizeilicher Maßnahmen

Mit dem Fremdenrechtspaket 2005 sind die fremdenpolizeilichen Behörden für die fremdenpolizeilichen Maßnahmen und die Erteilung von Einreisetiteln für höchstens sechs Monate Aufenthalt in Österreich zuständig. Die fremdenpolizeilichen Maßnahmen umfassen Zurück- und Ausweisungen, Aufenthalts- und Rückkehrverbote, Schubhaft, gelindere Mittel, Zurück- und Abschiebungen sowie die freiwillige Ausreise. Im ersten Jahr der neuen Rechtsordnung wurden der Statistik fremdenpolizeilicher Maßnahmen des BMI zufolge mit 62.200 (+4.500 oder +7,9% gegenüber 2005) erstmals seit 5 Jahren wieder mehr Delikte aktenkundig.

Dafür wurden in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres mit 13.400 nur noch knapp halb so viele Delikte angezeigt wie letztes Jahr (-11.700 oder -46,7% gegenüber 2006). Die Zahl der Delikte war in allen Bereichen außer unter Zurückschiebungen, Ausweisungen nach § 54 und Aufenthaltsverbote rückläufig. Unter den Zurückschiebungen nahmen die Rückübernahmen zu, unter den Ausweisungen von Fremden mit Aufenthaltstitel (§ 54 FPG) jene, wo nachträglich ein Versagungsgrund eintrat oder bekannt wurde, der der Erteilung des zuletzt erteilten Aufenthaltstitels oder eines weiteren Aufenthaltstitel entgegengestanden wäre. Im Bereich der Aufenthaltsverbote gab es mehr Delikte besonders hinsichtlich Scheinehen und rechtskräftige Verurteilungen. Dafür gingen die fremdenpolizeilichen Maßnahmen wegen Schwarzarbeit deutlich zurück (-300 oder -73% auf 123). Die Struktur der fremdenpolizeilichen Maßnahmen verschob sich dadurch von den Zurückweisungen (von 50,9% auf

25,5% 2007) hin zur Schubhaft (von 15,7% auf 22,1% 2007), zu den Aufenthaltsverboten (von 6,8% auf 15,1%) und Abschiebungen (von 7,1% auf 10%) (Übersicht 26).

Seit der neuen Rechtslage wurden weiterhin noch keine Ausweisungen (§ 54 FPG) wegen nicht begonnener oder erfüllter Integrationsvereinbarung aktenkundig.

*Übersicht 26: Statistik fremdenpolizeilicher Maßnahmen*

	Jahressumme		Summe Jänner bis Mai		
	2005	2006	2005	2006	2007
Zurückweisungen	27.043	31.189	11.056	12.780	3.413
Zurückschiebungen	1.895	1.685	817	587	702
Ausweisungen § 53	4.306	3.574	1.995	1.283	701
Ausweisungen § 54	439	163	203	14	268
Aufenthaltsverbot	7.194	5.294	3.188	1.700	2.020
Rückkehrverbot		975		409	301
Schubhaft	7.463	8.694	3.170	3.945	2.957
Gelindere Mittel	285	927	88	399	368
Zwangsmaßnahmen	20	.	0	0	0
Freiwillige Ausreise	4.791	5.655	2.409	2.227	1.329
Abschiebung	4.277	4.090	1.761	1.779	1.342
Summe	57.713	62.246	24.687	25.123	13.401

Q: BMI – BFIS.

## 8. Familienzusammenführung

Mit dem Fremdenrechtspaket 2005, das seit 1. Jänner 2006 in Kraft ist, wird das Recht der Arbeitsmigration durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG), das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) und das Fremdenpolizeigesetz geregelt. Darüber hinaus wurde das Asylrecht (Asylgesetz 2005) neu ausgerichtet. Die Gesetzesänderungen können im Wesentlichen im Kontext mit der Umsetzung von EU-Recht und EU-Richtlinien gesehen werden<sup>11)</sup>.

In der vorliegenden Expertise wird nur auf die Ansuchen von Drittstaatsangehörigen, deren Niederlassung einer Quotierung unterliegt, Bezug genommen. Hierzu zählen einerseits Ansuchen um Familienzusammenführung, andererseits Ansuchen um Niederlassung als Schlüsselarbeitskraft, Privatperson, sowie Fälle von Zweckänderungen und grenzüberschreitender Mobilität.

Bestimmungen zur Familienzusammenführung finden sich in verschiedenen Kapiteln des NAG. Der § 42 NAG regelt die Zuwanderung von Privatpersonen (ohne Erwerbsabsicht) und ihrer Angehörigen. Im § 46 NAG geht es um Familienangehörige von "Ankerfremden", d. h. um zu-

---

<sup>11)</sup> Die Neuregelung im Bereich der Familienzusammenführung folgt den EU-Richtlinien 2003/86/EG (ABl. Nr. L251 vom 3. 10. 2003 S. 12, CELEX Nr.32003L0086) zur Harmonisierung der Aufenthaltstitel, der Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, sowie der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der UnionsbürgerInnen und ihrer Familienangehörigen.

sammenführende Drittstaatsangehörige. Der § 47 NAG bezieht sich in seinen Bestimmungen über den Aufenthalt von Familienangehörigen nicht, wie im FrG 1997, auf die Staatsangehörigkeit des Zusammenführenden (ÖsterreicherIn, EWR- oder Schweizer BürgerIn), sondern darauf, ob die zusammenführende Person in Österreich wohnhaft ist und das Recht auf Freizügigkeit besitzt<sup>12</sup>).

Der Familiennachzug von in Österreich wohnhaften Drittstaatsangehörigen unterliegt der Quotenpflicht<sup>13</sup>). Drittstaatsangehörige, die den Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt – EG" (§ 8 Abs. 1 Z 3 NAG) in einem anderen EWR-Land als Österreich besitzen (nach 5 Jahren Aufenthalt), d. h. dauerhaft aufenthaltsberechtigt sind, haben gemeinsam mit ihren Familienangehörigen das Recht auf quotenpflichtige Erstiniederlassung in Österreich (Mobilitätsfälle).

Mit der erlangen die Familienangehörigen jedoch nicht automatisch das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt, außer ihre Beschäftigung unterliegt nicht dem Ausländerbeschäftigungsgesetz. EhepartnerInnen von Schlüsselarbeitkräften haben nach der obligaten Arbeitsmarktprüfung Zugang zum Arbeitsmarkt. Als begünstigte Personengruppe bezüglich des Arbeitsmarktzuganges erhalten sie üblicherweise nach einem Jahr Aufenthalt in Österreich auch ohne Arbeitsmarktprüfung eine Beschäftigungsbewilligung, und zwar innerhalb der Beschäftigungsquote für AusländerInnen (Jahreshöchstzahl). In der jüngsten Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz (im Juli 2007 im Begutachtungsprozess) werden Familienangehörige von ForscherInnen aus den neuen EU-Staaten oder Drittstaaten vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen. Damit werden ForscherInnen und ihre Familien in Österreich ohne Einschränkung arbeiten dürfen.

Familienangehörige mit einer haben 5 Jahre lang ein aus dem Zusammenleben mit dem Zusammenführenden abgeleitetes Niederlassungsrecht. Bei Tod oder Scheidung des Zusammenführenden vor dieser Periode (Schuldhaftigkeit des Ankerfremden), kann die aus dem Familienzusammenhang abgeleitete in eine eigenständige übergeführt werden (Zweckänderungsverfahren § 27 NAG).

Drittstaatsangehörige, deren Beschäftigung nicht dem Geltungsbereich des AuslBG unterliegt (§ 1 Abs. 2 AuslBG)<sup>14</sup>), haben das Recht auf quotenfreie Niederlassung. Der Zugang der

---

<sup>12</sup>) Dauerhaft in Österreich wohnhafte österreichische Staatsangehörige, EWR- und Schweizer BürgerInnen haben kein Recht auf Freizügigkeit, während EWR-BürgerInnen, die in einem anderen EWR-Land als Österreich dauerhaft wohnhaft sind, das Recht auf Freizügigkeit haben.

<sup>13</sup>) EhegattInnen und minderjährige unverheiratete Kinder (Kernfamilie) haben einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug, d. h. auf Antrag ist eine Erstiniederlassungsbewilligung zu erteilen.

<sup>14</sup>) Anerkannte Asylberechtigte, Medienbedienstete, ForscherInnen, AusländerInnen hinsichtlich ihrer Tätigkeit im Rahmen von Aus- und Weiterbildungs- oder Forschungsprogrammen der Europäischen Union, besondere Führungskräfte, ihre drittstaatsangehörigen EhegattInnen und Kinder sowie ihre ausländischen Bediensteten, Diplomatinnen, VertreterInnen anerkannter Kirchen und Religionsgemeinschaften, Schiffsbesatzungen und (freizügigkeitsberechtigte) BürgerInnen aus dem EWR-Raum und der Schweiz und deren Familienangehörige.

EhegattInnen der besonderen Führungskräfte zum Arbeitsmarkt ist nach einer Arbeitsmarktprüfung gestattet.

In der Niederlassungsverordnung (NLV) wird jährlich festgelegt, wie viele quotenpflichtige Personen sich in Österreich niederlassen dürfen. Die Jahreshöchstzahl wird auf die Bundesländer und nach Quotenkategorien aufgeteilt (§ 13 NAG). Gemäß Niederlassungsverordnung (NLV) 2007 dürfen im Jahr 2007 höchstens 6.500 quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen nach den sechs verschiedenen Quotenkategorien erteilt werden (Übersicht 27):

1. 1.420 Niederlassungsbewilligungen für unselbständig erwerbstätige Schlüsselkräfte sowie für Familienangehörige von unselbständig oder selbständig erwerbstätigen Schlüsselkräften (§ 13 Abs. 2 Z 1 NAG).
2. 145 Niederlassungsbewilligungen für selbständig erwerbstätige Schlüsselkräfte (§ 13 Abs. 4 NAG).
3. 4.540 Niederlassungsbewilligungen für Familienangehörige von Drittstaatsangehörigen zum Zweck der Familienzusammenführung in den Fällen des § 46 Abs. 4 NAG (§ 13 Abs. 2 Z 3 NAG).
4. 140 Niederlassungsbewilligungen für Drittstaatsangehörige und deren Familienangehörige, die sich ohne Erwerbsabsicht auf Dauer in Österreich niederlassen dürfen (§ 13 Abs. 2 Z 5 NAG).
5. 165 Niederlassungsbewilligungen für Drittstaatsangehörige, die im Besitz eines Aufenthaltstitels "Daueraufenthalt-EG" eines anderen Mitgliedsstaates der EU sind und nach Österreich kommen wollen (§ 13 Abs. 2 Z 2 NAG; Mobilitätsquote), davon
  - a. 65 Niederlassungsbewilligungen zur Ausübung einer unselbständigen Tätigkeit (§ 49 Abs. 2 NAG),
  - b. 50 Niederlassungsbewilligungen zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit (§ 49 Abs. 4 NAG) und
  - c. 50 Niederlassungsbewilligungen ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 49 Abs. 1 NAG).
6. 90 Niederlassungsbewilligungen für Drittstaatsangehörige, die im Besitz einer "– Angehöriger" sind und eine Zweckänderung auf eine "– beschränkt" anstreben (§ 13 Abs. 2 Z 4 NAG; Zweckänderungsquote).

Im Vergleich zum Vorjahr ging die Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen Österreichweit um 500 oder –7,1% zurück. Alle Bundesländer mit Ausnahme von Vorarlberg reduzierten die Jahreshöchstzahl, am stärksten fielen die Rückgänge im Burgenland (–55 oder –35,5% auf 100) und in Niederösterreich aus (–240 oder –25,4% auf 705). Nach Quotenkategorien untergliedert wurden die Jahreshöchstzahlen für Privatpersonen und Mobilitäts- und Zweckänderungsfälle reduziert, während sie für unselbständige und selbständige

Schlüsselkräfte sowie für die Familienzusammenführung ausgeweitet wurden (Abbildungen 24, 25).

Übersicht 27: Jahreshöchstzahlen an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen in den Bundesländern für 2007

	Unselbständige Schlüsselkräfte	Selbständige Schlüsselkräfte	Familienzusammenführung	Privatiers	Daueraufenthalt – EG			Zweckänderung	Summe
					Unselbständige	Selbständige	Privatiers		
Burgenland	30	5	40	5	5	5	5	100	
Kärnten	100	10	70	5	5	5	5	205	
Niederösterreich	200	15	445	20	5	5	5	705	
Oberösterreich	150	10	470	10	5	5	10	665	
Salzburg	60	10	220	10	5	5	10	325	
Steiermark	130	10	400	20	5	5	10	585	
Tirol	75	10	350	15	5	5	10	475	
Vorarlberg	75	5	195	5	5	5	5	300	
Wien	600	70	2.350	50	25	10	10	3.140	
Österreich	1.420	145	4.540	140	65	50	90	6.500	

Q: Niederlassungsverordnung 2007.

Abbildung 24: Jahreshöchstzahlen an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien (2006, 2007)

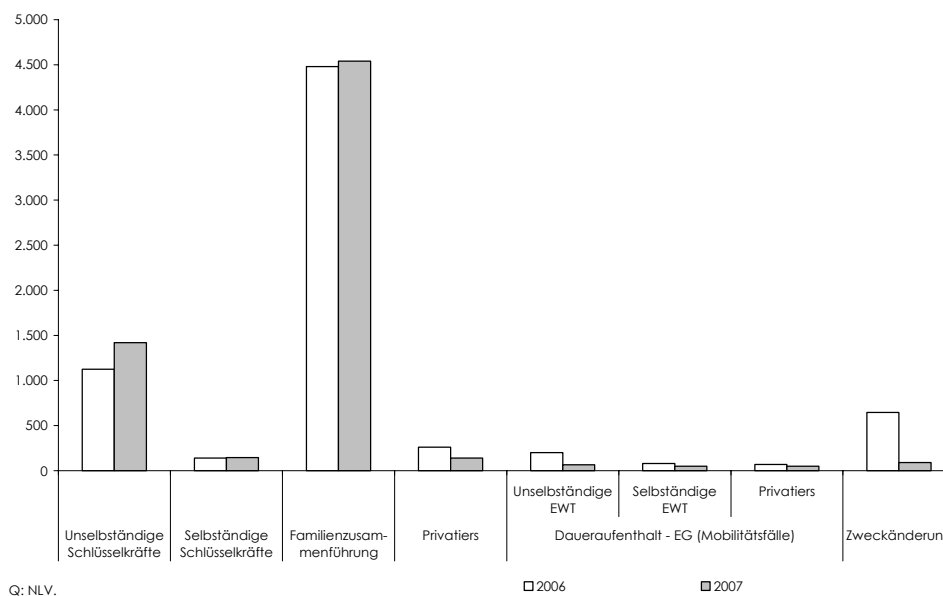
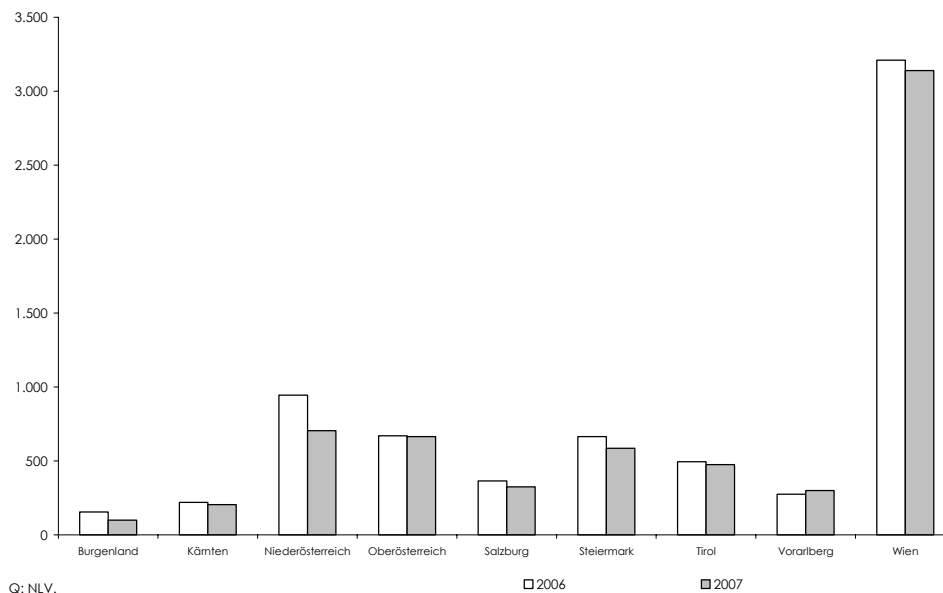


Abbildung 25: Jahreshöchstzahlen an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen in den Bundesländern (2006, 2007)



### 8.1 Anträge auf Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können (Rucksack)

Die Abt. III/4 des Bundesministeriums für Inneres (BMI) erhob wie in den letzten Jahren zum Stichtag 30. 6. 2007 die Zahl der gestellten Anträge auf Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können. Die bei den Bundesländern eingeholten Stellungnahmen dienen der Erfassung des Rückstaus von Anträgen auf Familienzusammenführung. Diese Information fließt in die Entscheidung über die Höhe der festzulegenden Quoten in der NLV 2008 ein. Dabei folgen die Fragen des BMI an die Landesregierungen der Struktur des NAG.

Innerhalb der Familienzusammenführung von EhegattInnen und minderjährigen Kindern unter 18 Jahren wird unterschieden zwischen:

- Familienzusammenführungsfällen (FZ) im engeren Sinne, d. h. zwischen Fällen, wo die Familienbeziehung des Zusammenführenden bereits zum Zeitpunkt des Zuzuges bestanden hat, und
- Familiengründungsfällen (FG), d. h. Fällen, wo die Familienbeziehung des Zusammenführenden zum Zeitpunkt des Zuzuges noch nicht bestanden hat

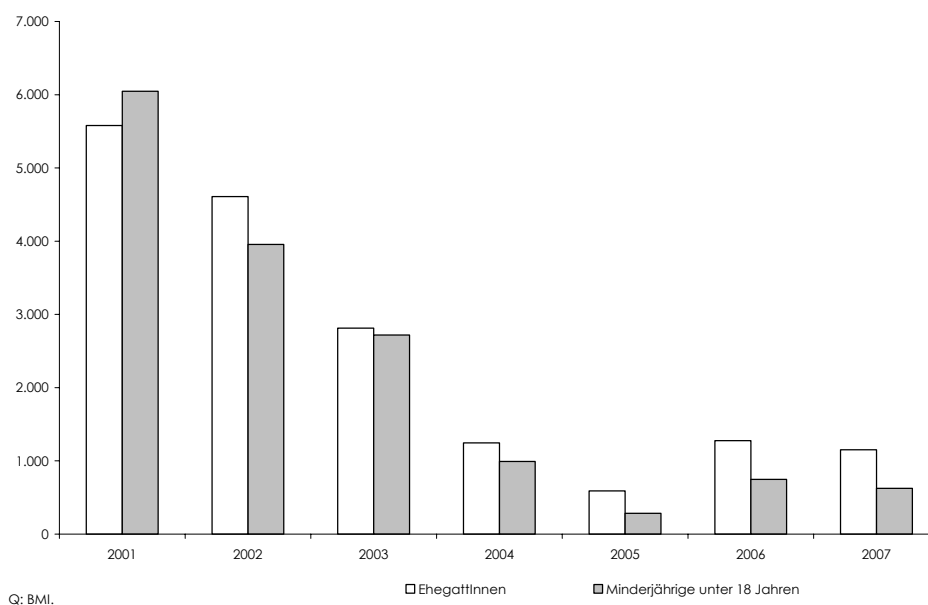
und nach dem Aufenthaltstitel des Zusammenführenden:

- "Daueraufenthalt – EG" (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. a NAG),
  - o "unbeschränkt" (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. b NAG),

- o "ausgenommen Erwerbstätigkeit" (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. c NAG) einschließlich erfüllter Integrationsvereinbarung,
- Asylberechtigte, für die der § 34 Abs. 2 AsylG 2005 nicht gilt (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. d NAG).

Den vorliegenden Daten zufolge wurden in der ersten Jahreshälfte 2007 insgesamt 1.776 Anträge auf Familienzusammenführung gestellt, die in der NLV 2007 wahrscheinlich nicht mehr berücksichtigt werden können. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2006 reduzierte sich der gesamte "Rucksack" an offenen Familienzusammenführungen um -248 oder -12,3%. Da sowohl die Familienzusammenführungsfälle<sup>15)</sup> (-205 oder -29,6% auf 488) als auch die Familiengründungen (-323 oder -29% auf 792) ähnlich stark abnahmen, blieb der Anteil an Familiengründungen (FG) mit 61,9% (2006: 61,7%) annähernd so hoch wie letztes Jahr. Minderjährige Kinder unter 18 Jahren (-16,5% oder -123 auf 624) konnten etwas mehr als die EhegattInnen (-9,8% oder -125 auf 1.152 offene Fälle) von den Rückgängen profitieren, mit der Folge, dass der Anteil offener Fälle unter den Kindern auf 35,1% (nach 36,9% zur Jahresmitte 2006) zurückging. Unter den offenen Familiengründungen dominiert weiterhin der Anteil der EhegattInnen, während bei den Familienzusammenführungsfällen heuer – anders als letztes Jahr – mehr Anträge auf Niederlassung minderjähriger Kinder offen sind (Abbildung 26).

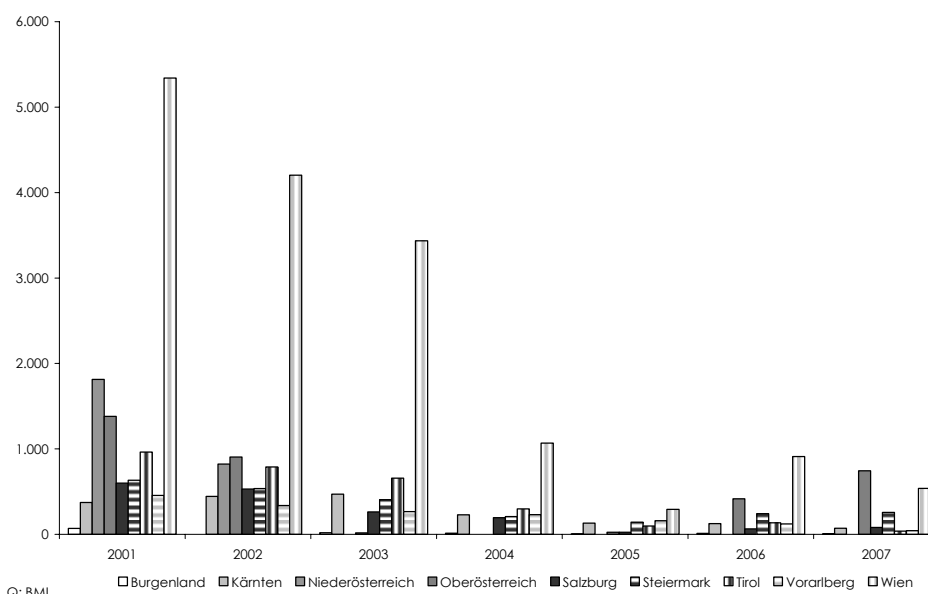
Abbildung 26: Offene Anträge auf Familienzusammenführung



<sup>15)</sup> Rund zwei Drittel der gestellten Anträge in Oberösterreich konnten aufgrund von Erhebungsproblemen nicht auf die Kategorien Familienzusammenführungsfällen und Familiengründung aufgeteilt werden.



Abbildung 27: Offene Anträge auf Familienzusammenführung nach Bundesländern



Nach Aufenthaltstitel, Verwandtschaftsverhältnis und Familienstruktur untergliedert ergibt sich folgende Struktur der gestellten Anträge auf Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden können<sup>16)</sup>:

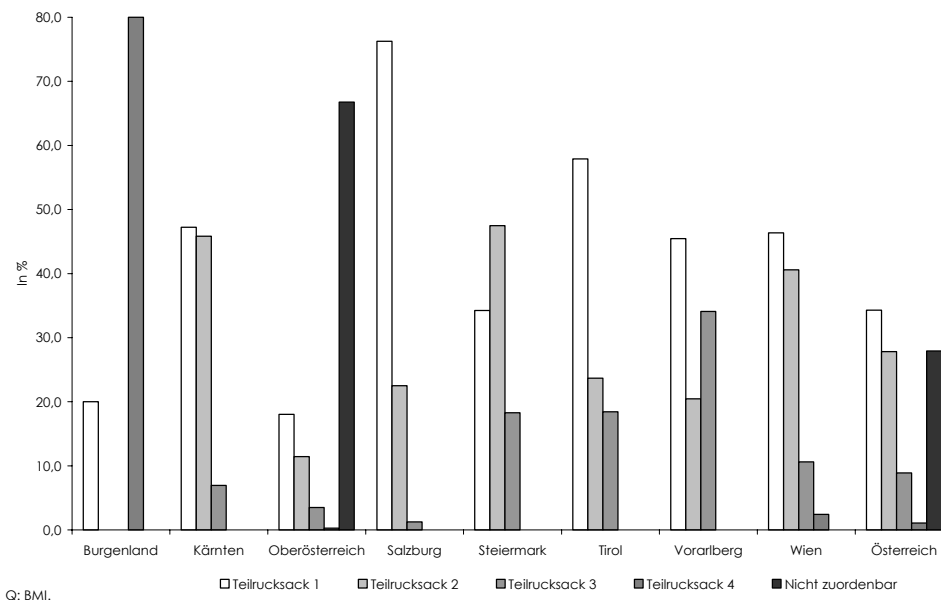
- **Teilrucksack 1:** Zusammenführende mit dem Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt – EG"; sie stellten insgesamt 609 Anträge auf Familienzusammenführung, d. s. 34,3% aller Anträge. Der Rückgang zum Vorjahr betrug –419 oder –40,8%. Auf den Teilrucksack 1a (Familienzusammenführungsfälle) entfielen 243 Anträge (–121 oder –33,2%), auf den Teilrucksack 1b (Familiengründung) 366 Anträge (–298 oder –44,9%). In beiden Teilrucksäcken 1a und 1b überwog der Anteil der EhegattInnen (FZ: 56%, FG: 78,1%).
- **Teilrucksack 2:** Zusammenführende mit dem Aufenthaltstitel "– unbeschränkt"; sie stellten insgesamt 494 Anträge auf Familienzusammenführung (+62 oder +14,4% mehr als im Juni 2006); dies entspricht 27,8% aller Anträge. Auf den Teilrucksack 2a (Familienzusammenführungsfälle) kamen 170 offene Anträge (–67 oder –28,3%), auf den Teilrucksack 2b (Familiengründung) 324 offene Anträge (+129 oder +66,2%). Innerhalb des Teilrucksackes 2b gab es sowohl unter EhegattInnen als auch unter minderjährigen Kindern bis 18 Jahren Zuwächse, während im Teilrucksack 2a die Anträge für beide Gruppen rückläufig waren. Insgesamt überwog im Teilrucksack 2a der Anteil der minderjährigen Kinder, im Teilrucksack 2b der Anteil der EhegattInnen.

<sup>16)</sup> Rund zwei Drittel der gestellten Anträge in Oberösterreich konnten aufgrund von Erhebungsproblemen nicht auf die Kategorien Familienzusammenführungsfällen und Familiengründung aufgeteilt werden; eine Aufteilung nach EhegattInnen und minderjährige Kinder unter 18 Jahren ist dagegen möglich. Infolgedessen werden die ausgewiesenen Werte in den Teilrucksäcken potentiell unterschätzt, eine Aufteilung der nicht-zuordenbaren Fälle auf die einzelnen Kategorien würde eine Korrektur der Werte nach oben mit sich ziehen.

- **Teilrucksack 3:** Unter Zusammenführenden mit dem Aufenthaltstitel "– ausgenommen Erwerbstätigkeit", die die Integrationsvereinbarung erfüllen, halbierte sich die Zahl der gestellten Anträge auf 158 (–165 oder –51,1%) und damit auch der Anteil an allen Anträgen auf 8,9%. Im Teilrucksack 3a (Familienzusammenführungsfälle) befanden sich mit 66 offenen Anträgen um –14 oder –17,5% weniger als letzten Juni, im Teilrucksack 3b (Familiengründung) mit 92 indessen nur noch ein Drittel des Vorjahres (–151 oder –62,1%). Von den Rückgängen in beiden Teilrucksäcken profitierten EhegattInnen ebenso wie minderjährige Kinder, allen voran die minderjährigen Kinder unter der Familiengründung (–63 oder –75% auf 21). Ähnlich wie im Teilrucksack 2 dominierte im Teilrucksack 3a der Anteil der minderjährigen Kinder, im Teilrucksack 3b der Anteil der EhegattInnen.
- **Teilrucksack 4:** Asylberechtigte Zusammenführende, für die der § 34 Abs. 2 AsylG 2005 nicht gilt, stellten um –6 oder –24% weniger Anträge als im letzten Juni, insgesamt 19 (1,1% aller Anträge). Innerhalb der Teilrucksäcke 4a und 4b waren die Anträge auf Familienzusammenführungsfälle (9 Anträge) und Familiengründung (10 Anträge) fast ausgewogen. Unter den Familienzusammenführungsfällen ging die Zahl der Anträge für EhegattInnen zurück (–3 auf 5), während die Zahl der Anträge für minderjährige Kinder unter 18 Jahren gleich blieb (4). Im Bereich der Familiengründung wurden nur noch Anträge für EhegattInnen gestellt.

Unter außer Achtlassung der 496 gestellten Anträge in Oberösterreich, die keinem Rucksack zugeordnet werden können, d. s. 27,9% aller gestellten Anträge, entfielen die meisten Anträge ähnlich wie letztes Jahr auf die beiden Teilrucksäcke 1 und 2. Im Burgenland wurden die meisten Anträge, die 2007 nicht mehr behandelt werden können, auf asylberechtigte Zusammenführende gestellt (Abbildung 27).

Abbildung 28: Offene Anträge auf Familienzusammenführung nach Quotenkategorien (30. Juni 2007)



Auf Bundesländerebene gibt es weiterhin ausschließlich in Niederösterreich keine offenen Anträge auf Familienzusammenführung. Das Burgenland weist nur noch einige wenige offene Anträge auf Familienzusammenführung auf. In allen übrigen Bundesländern gibt es zum Teil nicht unbedeutende Zahlen an Anträgen, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können, allen voran, so wie letztes Jahr, in Oberösterreich, Wien und der Steiermark. Im Vergleich zum letzten Jahr stieg in Oberösterreich und der Steiermark die Zahl noch weiter an. Auch in Salzburg gab es heuer mehr offene Anträge als letztes Jahr. Während in der Steiermark sowohl die Anträge auf Familienzusammenführung als auch Familiengründung zunahmen, ebenso in Oberösterreich sofern sie zuordenbar waren, gab es in Salzburg einen Anstieg bei den offenen Anträgen auf Familiengründung, die durch die sinkenden Zahlen bei den Familienzusammenführungsfällen nicht kompensiert werden konnten. Alle übrigen Bundesländer verzeichneten Rückgänge. Auf Bundesländerebene überwiegt in allen Bundesländern außer im Burgenland und in Tirol der Anteil der offenen Anträge auf Familiengründung. Innerhalb der Familiengründungen wurden in allen Bundesländern die meisten Anträge für EhegattInnen gestellt, unter den Familienzusammenführungsfällen auch im Burgenland, in Kärnten, Oberösterreich und Tirol. In allen übrigen Bundesländern überwog unter den Familienzusammenführungsfällen der Anteil für minderjährige Kinder bis 18 Jahre. Demnach hält der Trend an, wonach in Österreich niedergelassene Drittstaatsangehörige häufiger als in der Quotenregelung vorgesehen, ihre EhepartnerInnen in Drittstaaten suchen (Abbildung 28, Übersichten 28, 29).

Übersicht 28: Offene Anträge auf Familienzusammenführung bzw. -gründung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können (30. Juni 2007)

	EhegattInnen	Minderjährige unter 18 Jahren	Summe Teilrucksack a	EhegattInnen	Minderjährige unter 18 Jahren	Summe Teilrucksack b	
Familienzusammenführung – Teilrucksack 1a			Familiengründung – Teilrucksack 1b			Summe Teilrucksack 1	
Anträge, bei denen der Zusammenführende eine Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt – EG" innehat (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. a NAG)							
Burgenland	1	0	1	0	0	0	1
Kärnten	6	5	11	15	8	23	34
Niederösterreich	0	0	0	0	0	0	0
Oberösterreich	41	31	72	52	10	62	134
Salzburg	5	2	7	41	13	54	61
Steiermark	20	17	37	35	16	51	88
Tirol	17	3	20	2	0	2	22
Vorarlberg	4	5	9	9	2	11	20
Wien	42	44	86	132	31	163	249
Österreich	136	107	243	286	80	366	609
Familienzusammenführung – Teilrucksack 2a			Familiengründung – Teilrucksack 2b			Summe Teilrucksack 2	
Anträge, bei denen der Zusammenführende einen Aufenthaltstitel "unbeschränkt" innehat (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. b NAG)							
Burgenland	0	0	0	0	0	0	0
Kärnten	3	1	4	18	11	29	33
Niederösterreich	0	0	0	0	0	0	0
Oberösterreich	21	20	41	32	12	44	85
Salzburg	1	5	6	9	3	12	18
Steiermark	10	14	24	68	30	98	122
Tirol	1	2	3	4	2	6	9
Vorarlberg	2	4	6	3	0	3	9
Wien	34	52	86	91	41	132	218
Österreich	72	98	170	225	99	324	494
Familienzusammenführung – Teilrucksack 3a			Familiengründung – Teilrucksack 3b			Summe Teilrucksack 3	
Anträge, bei denen der Zusammenführende eine außer eine "– ausgenommen Erwerbstätigkeit" nach § 42 innehat und Integrationsvereinbarungen (§ 14) erfüllt (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. c NAG)							
Burgenland	0	0	0	0	0	0	0
Kärnten	0	0	0	4	1	5	5
Niederösterreich	0	0	0	0	0	0	0
Oberösterreich	3	2	5	19	2	21	26
Salzburg	0	1	1	0	0	0	1
Steiermark	10	14	24	15	8	23	47
Tirol	0	1	1	6	0	6	7
Vorarlberg	0	3	3	8	4	12	15
Wien	12	20	32	19	6	25	57
Österreich	25	41	66	71	21	92	158
Familienzusammenführung – Teilrucksack 4a			Familiengründung – Teilrucksack 4b			Summe Teilrucksack 4	
Anträge, bei denen der Zusammenführende Asylberechtigter ist und § 34 Abs. 2 AsylG 2005 nicht gilt (§ 46 Abs. 4 Z 3 lit. d NAG)							
Burgenland	2	2	4	0	0	0	4
Kärnten	0	0	0	0	0	0	0
Niederösterreich	0	0	0	0	0	0	0
Oberösterreich	0	0	0	2	0	2	2
Salzburg	0	0	0	0	0	0	0
Steiermark	0	0	0	0	0	0	0
Tirol	0	0	0	0	0	0	0
Vorarlberg	0	0	0	0	0	0	0
Wien	3	2	5	8	0	8	13
Österreich	5	4	9	10	0	10	19

Q: BMI. – In Oberösterreich gab es für einige Bezirke keine Differenzierung nach Teilrucksäcken. Einschließlich der 496 nicht-zuordenbaren Anträge für EhegattInnen und Kinder ergibt sich eine Gesamtsumme von 743 gestellten Anträgen in Oberösterreich.

Übersicht 29: Summe der gestellten Anträge auf Familienzusammenführungen und -gründungen in den Bundesländern, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden (30. Juni 2007)

	Ehegatten	Minderjährige unter 18 Jahren	Summe	Veränderung gegen das Vorjahr	
				Absolut	In %
Familienzusammenführungsfälle					
Burgenland	3	2	5	-6	-54,5
Kärnten	9	6	15	-8	-34,8
Niederösterreich	0	0	0	0	
Oberösterreich	65	53	118	30	34,1
Salzburg	6	8	14	-18	-56,3
Steiermark	40	45	85	3	3,7
Tirol	18	6	24	-67	-73,6
Vorarlberg	6	12	18	-25	-58,1
Wien	91	118	209	-114	-35,3
Österreich	238	250	488	-205	-29,6
Familiengründung					
Burgenland	0	0	0	0	
Kärnten	37	20	57	-45	-44,1
Niederösterreich	0	0	0	0	
Oberösterreich	105	24	129	17	15,2
Salzburg	50	16	66	35	112,9
Steiermark	118	54	172	12	7,5
Tirol	12	2	14	-30	-68,2
Vorarlberg	20	6	26	-53	-67,1
Wien	250	78	328	-259	-44,1
Österreich	592	200	792	-323	-29,0
Nicht zuordenbar					
Burgenland				0	
Kärnten				0	
Niederösterreich				0	
Oberösterreich	322	174	496	280	129,6
Salzburg				0	
Steiermark				0	
Tirol				0	
Vorarlberg				0	
Wien				0	
Österreich	322	174	496	280	129,6
Summe der gestellten Anträge					
Burgenland	3	2	5	-6	-54,5
Kärnten	46	26	72	-53	-42,4
Niederösterreich	0	0	0	0	
Oberösterreich	492	251	743	327	78,6
Salzburg	56	24	80	17	27,0
Steiermark	158	99	257	15	6,2
Tirol	30	8	38	-97	-71,9
Vorarlberg	26	18	44	-78	-63,9
Wien	341	196	537	-373	-41,0
Österreich	1.152	624	1.776	-248	-12,3

Q: BMI.

### 8.1.1 Offene Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen zum Zweck der Familienzusammenführung nach Herkunftsregion

Bereits das dritte Jahr in Folge weisen Staatsangehörige aus Serbien und Montenegro die meisten offenen Anträge auf Familienzusammenführung aus, die in der NLV 2007 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden können. Insgesamt 31,4% aller offenen Anträge<sup>17)</sup> entfielen auf sie (2006: 27,6%). Unter EhegattInnen führten sie ebenfalls das dritte Jahr in Folge mit 29,3% (2006: 26,7%), unter minderjährigen Kindern das zweite Jahr in Folge mit 35,2% (2006: 29,2%). Gegenüber dem Juni des Vorjahres nahm ihre Zahl um -74 oder -13,2% auf 485 ab. An zweiter Stelle liegen offene Anträge von türkischen Staatsangehörigen mit 28,8% (2006: 23,2%); insgesamt 444 (-26 oder -5,5% gegenüber Juni 2006). Danach folgen Anträge von Staatsangehörigen aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Mazedonien. Rumänische und bulgarische Staatsangehörige scheinen aufgrund des EU-Beitritts ihrer beider Länder zu Jahresanfang 2007 und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Aufenthaltstitel heuer nicht mehr in der Statistik auf (Übersicht 30).

Übersicht 30: Offene Anträge auf Familienzusammenführung nach Staatsangehörigkeit (30. 6. 2007)

	30. 06. 2004	30. 06. 2005	30. 06. 2006	30. 06. 2007
EhegattInnen				
Serbien, Montenegro	231	446	341	293
Türkei	576	313	290	284
Bosnien-Herzegowina	165	109	172	164
Kroatien	144	81	114	76
Rumänien	37	46	74	
Sonstige	338	226	286	182
Summe	1.491	1.221	1.277	999
Minderjährige Kinder				
Serbien, Montenegro	151	120	218	192
Türkei	316	203	180	160
Bosnien-Herzegowina	116	47	91	53
Kroatien	84	39	57	39
Rumänien	35	15	51	
Sonstige	283	113	150	101
Summe	985	537	747	545
EhegattInnen und minderjährige Kinder				
Serbien, Montenegro	382	566	559	485
Türkei	892	516	470	444
Bosnien-Herzegowina	281	156	263	217
Kroatien	228	120	171	115
Rumänien	72	61	125	0
Sonstige	621	339	436	283
Summe	2.476	1.758	2.024	1.776 <sup>1)</sup>

Q: BMI. - <sup>1)</sup> Einschließlich 232 nicht-zuordenbarer Fälle.

<sup>17)</sup> 232 offene Anträge konnten nicht zugeordnet werden.

Die unterschiedliche regionale Konzentration der Zuwanderung nach Österreich nach Herkunftsregionen schlägt sich auch in den offenen Anträgen auf Familienzusammenführung nieder. Die bundesweite Struktur der offenen Anträge auf Familienzusammenführung nach Herkunftsregion entspricht in Wien, Oberösterreich und Salzburg sowie im Burgenland dem Bundesdurchschnitt. In der Steiermark, Tirol und Vorarlberg überwiegen die offenen Anträge türkischer Staatsangehöriger, in Kärnten von Personen aus Bosnien-Herzegowina. In allen Bundesländern blieben, auch nach Nationalität untergliedert, mehr Anträge auf Familienzusammenführung von EhegattInnen als minderjährige Kinder unter 18 Jahren offen (Übersicht 31).

Übersicht 31: Offene Anträge auf Familienzusammenführung nach Staatsangehörigkeit und Bundesländern (30. 6. 2007)

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
EhegattInnen										
Serbien, Montenegro	2	9		101	17	23	2	3	136	293
Türkei		9		97	12	56	15	16	79	284
Bosnien-Herzegowina		15		57	16	40	10	3	23	164
Kroatien	1	7		23	4	18	3	2	18	76
Mazedonien		2		35	2	6		2	21	68
Sonstige	0	4	0	21	5	15	1	0	68	114
Summe	3	46		334	56	158	31	26	345	999
Minderjährige Kinder										
Serbien, Montenegro	2	7		68	10	15		4	86	192
Türkei		7		55	9	33	6	8	42	160
Bosnien-Herzegowina		4		18	2	19	1	2	7	53
Kroatien		7		7	1	14		2	8	39
Mazedonien				13	1	5		2	16	37
Sonstige	0	1	0	16	1	13	0	0	33	64
Summe	2	26		177	24	99	7	18	192	545
EhegattInnen und minderjährige Kinder										
Serbien, Montenegro	4	16	0	169	27	38	2	7	222	485
Türkei	0	16	0	152	21	89	21	24	121	444
Bosnien-Herzegowina	0	19	0	75	18	59	11	5	30	217
Kroatien	1	14	0	30	5	32	3	4	26	115
Mazedonien	0	2	0	48	3	11	0	4	37	105
Sonstige	0	5	0	37	6	28	1	0	101	178
Nicht zuordenbar	0	0	0	232	0	0	0	0	0	232
Summe	5	72	0	743	80	257	38	44	537	1.776

Q: BMI.

## **8.2 Anträge auf andere Aufenthaltszwecke als den der Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können**

Neben der Familienzusammenführung, die 69,8% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen abbildet, unterliegen folgende Personengruppen der Quotenpflicht:

- unselbständige Schlüsselkräfte (21,8% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen),
- selbständige Schlüsselkräfte (2,2% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen),
- Drittstaatsangehörige, die sich ohne Erwerbsabsicht in Österreich niederlassen wollen (2,2% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen),
- Mobilitäts- (2,5% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen) und
- Zweckänderungsfälle (1,4% der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen).

Den Informationen der Bundesländer zufolge war die Zahl der offenen Anträge auf andere Aufenthaltszwecke als den der Familienzusammenführung, die in der NLV 2007 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden können, zur Jahresmitte zwar mit 119 offenen Anträgen ähnlich hoch wie letztes Jahr (um 7 oder 6,3% mehr als 2006), allerdings mit anderer Zusammensetzung. Während im letzten Jahr die offenen Anträge unter unselbständigen und selbständigen Schlüsselkräften den Großteil der offenen Anträge stellten, liegt heuer der "Schwerpunkt" wieder unter Privatpersonen, die sich ohne Erwerbsabsicht in Österreich niederlassen wollen (79% aller offenen Anträge). Die Anerkennungsquote ist infolge der Verpflichtung zum Erbringen des Nachweises über feste und regelmäßige monatliche Einkünfte rückläufig.

Die Zahl der offenen Anträge unselbständiger und selbständiger Schlüsselkräfte umfasste 7 offene Fälle (nach 95 im letzten Juni), die sich fast ausschließlich auf das Burgenland konzentrierten (6), einen offenen Fall gab es in Salzburg. Darüber hinaus wurde heuer erstmals ein offener Antrag eines Drittstaatsangehörigen, der im Besitz eines Aufenthaltstitels "Daueraufenthalt-EG" eines anderen Mitgliedstaates der EU ist und zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nach Österreich kommen möchte (Mobilitätsquote unselbständig) in Oberösterreich gemeldet, sowie 17 offene Anträge auf Zweckänderung (Oberösterreich: 16; Steiermark: 1).

Unter den 94 offenen Anträgen von Privatpersonen, die sich ohne Erwerbsabsicht in Österreich niederlassen möchten, konzentrierte sich der Großteil mit 72 oder 76,6% auf Wien. Weitere 7 wurden aus Oberösterreich gemeldet, im Burgenland, Tirol und Vorarlberg dagegen keine. In allen Bundesländern mit offenen Anträgen überwog der Anteil für Erwachsene mit 72,3%, in Wien betrug der Erwachsenenanteil 68,1% (Übersicht 32).



Insgesamt entfielen von den 119 offenen Anträgen auf andere Aufenthaltzwecke als den der Familienzusammenführung 60,5% auf Wien, weitere 20,2% auf Oberösterreich. Anders als letztes Jahr, als es im Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg keine offenen Anträge unter den anderen Aufenthaltzwecken gab, weisen heuer neuerlich Vorarlberg und darüber hinaus auch Tirol keine offenen Anträge aus (Übersicht 33).

Übersicht 32: Offene Anträge auf andere Aufenthaltzwecke, als den der Familienzusammenführung – Privatpersonen

	30.6.2001	30.6.2002	30.6.2003	30.6.2004	30.6.2005	30.06.2006	30.06.2007
Privatpersonen							
Burgenland	3	16	7	1	0	0	0
Kärnten	5	6	8	0	0	0	3
Niederösterreich	31	100	87	44	0	0	2
Oberösterreich	38	61	38	0	0	6	7
Salzburg	0	0	1	7	8	10	4
Steiermark	26	24	0	0	0	0	6
Tirol	4	20	9	0	1	1	0
Vorarlberg	15	9	12	33	0	0	0
Wien	859	1.555	1.544	1.011	607	0	72
Österreich	981	1.791	1.706	1.096	616	17	94

Q: BMI.

Übersicht 33: Offene Anträge auf andere Aufenthaltzwecke, als den der Familienzusammenführung (30. 6. 2007)

	Unselbständige Schlüsselkräfte	Selbständige Schlüsselkräfte	Privatiers	Daueraufenthalt – EG			Zweckänderung	Summe
				Unselbständige	Selbständige	Privatiers		
Burgenland	2	4	0	0	0	0	0	6
Kärnten	0	0	3	0	0	0	0	3
Niederösterreich	0	0	2	0	0	0	0	2
Oberösterreich	0	0	7	1	0	0	16	24
Salzburg	1	0	4	0	0	0	0	5
Steiermark	0	0	6	0	0	0	1	7
Tirol	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorarlberg	0	0	0	0	0	0	0	0
Wien	0	0	72	0	0	0	0	72
Österreich	3	4	94	1	0	0	17	119

Q: BMI.

### **8.3 Gestellte Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien in der ersten Jahreshälfte 2007 und Gegenüberstellung mit der Quote**

Neben den offenen Anträgen auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen, die in der NLV 2007 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden können, erhob das BMI alle gestellten Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien bis zur Jahresmitte 2007, unabhängig davon, ob sie bereits genehmigt oder abgelehnt sind. Diese Zahlen werden mit der Jahreshöchstzahl an quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen verglichen. Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 2007 3.667 Anträge auf Erteilung einer gestellt, d. h. um +546 oder +17,5% mehr als 2006. Der Großteil des Anstiegs entfiel auf den Bereich der unselbständigen Schlüsselkräfte (+459 oder +86% auf 993), sodass der Anteil unter den gestellten Anträge von 17,1% auf 27,1% anstieg. Des Weiteren wurden in der ersten Jahreshälfte ähnlich viele Anträge für selbständige Schlüsselkräfte gestellt, insgesamt 90 nach 97 im letzten Jahr (–7 oder –7,2%), ebenso im Rahmen der Familienzusammenführung (+8 oder +0,4% auf 2.240). Durch die Expansion unter den unselbständigen Schlüsselkräften deckt die Familienzusammenführung 61,1% (nach 71,5% zur Jahresmitte 2006) der gestellten Anträge ab. Privatpersonen stellten um 33 oder 17% (auf 227) mehr Anträge. Die Zahl der Anträge im Rahmen der Mobilitätsquote bleibt weiterhin sehr gering; insgesamt wurden 9 Anträge für unselbständige Mobilitätsfälle gestellt, nach 5 im letzten Jahr, 2 für selbständige Mobilitätsfälle (nach 5 im Juni 2006). Unter dem Titel der Zweckänderung verdoppelte sich die Zahl der gestellten Anträge auf 106 (+56 oder +112%) (Übersicht 34).

Während im Jahr 2005 bereits zur Jahresmitte rund zwei Drittel aller Anträge gestellt wurden, waren es im letzten Jahr nur 46,3%. Unter der Annahme, dass sich die Zahl der Anträge mit der neuen Rechtslage ähnlich wie im letzten Jahr auf die beiden Jahreshälften verteilen wird, wäre für das Jahr 2007 mit insgesamt 7.918 Anträgen auf Erteilung einer zu rechnen (+1.179 oder +17,5%).

Von den 3.667 gestellten Anträgen auf Familienzusammenführung bis zur Jahresmitte 2007 wurden insgesamt 2.590 oder 70,6% bewilligt (einschließlich der Zweckänderungsquote insgesamt 2.648 oder 72,2%). Am geringsten waren die Anerkennungsquoten unter Privatpersonen, die sich ohne Erwerbsabsicht in Österreich niederlassen möchten mit 29,5%, gefolgt von selbständigen Schlüsselkräften mit 31,1%. Unter den unselbständigen Schlüsselkräften und unselbständigen Mobilitätsfällen wurden 45,4% bzw. 44,4% der gestellten Anträge bewilligt. Im Rahmen der Familienzusammenführung wurden rund neun von zehn Anträgen positiv beurteilt, unter den selbständigen Mobilitätsfällen alle. Innerhalb der Zweckänderungsquote wurden 58 "Niederlassungsbewilligungen – beschränkt" erteilt; bei 106 gestellten Anträgen entspricht dies einer Anerkennungsquote von 54,7%.

Übersicht 34: Summe aller gestellten Anträge auf Niederlassungsbewilligungen pro Jahr

	Bis 30. 6. 2002	Jahr 2002	Bis 30. 6. 2003	Jahr 2003	Bis 30. 6. 2004	Jahr 2004	Bis 30. 6. 2005	Jahr 2005	Bis 30. 6. 2006	Jahr 2006	Bis 30. 6. 2007
Burgenland	128	160	63	81	51	114	56	87	20	88	74
Kärnten	99	195	52	97	57	115	75	158	43	154	75
Niederösterreich	636	1.109	397	816	358	755	358	905	352	757	357
Oberösterreich	557	678	242	673	321	739	398	909	544	977	428
Salzburg	192	307	185	441	122	335	172	190	143	178	241
								387-			
Steiermark	140	398	275	580	300	658	316		340	632	378
Tirol	258	320	195	322	179	453	255	363	180	405	206
Vorarlberg	143	196	105	176	125	265	93	269	92	243	94
Wien	2.086	3.302	1.240	2.672	1.316	3.695	2.482	2.967	1.407	3.305	1.814
Österreich	4.239	6.665	2.754	5.858	2.829	7.129	4.205	6.235	3.121	6.739	3.667
	Anträge bis Jahresmitte in % der Jahressumme										
Österreich		63,6		47,0		39,7		67,4		46,3	

Q: BMI.

Gemessen an der Jahreshöchstzahl wurde die Quote bis zur Jahreshälfte zu 39,8% ausgeschöpft. Im Vergleich zum Vorjahr war der Anteil der positiv abgeschlossenen Anträge mehr als doppelt so hoch (2006: 18,1%) bzw. ähnlich hoch wie vor zwei Jahren (40%). Die stärkste Quotenauslastung zeigt sich unter der Zweckänderungsquote mit 64,4%, gefolgt von den Privatpersonen mit 47,9% und der Familienzusammenführung mit 44,9%. Unter unselbständigen Schlüsselkräften lag die Quotenauslastung bei 31,8%, unter selbständigen Schlüsselkräften bei 19,3% (Übersicht 35, Abbildung 29).

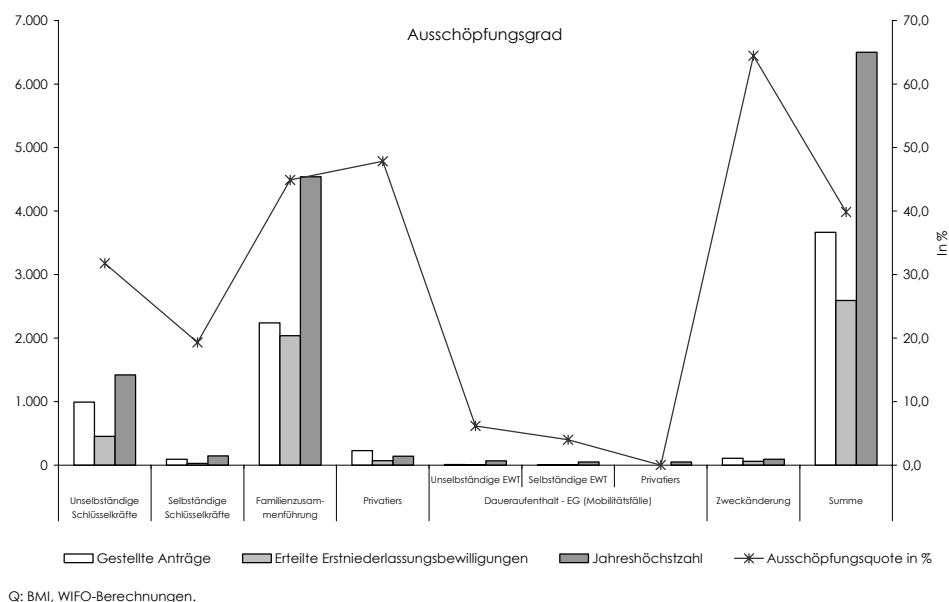
An dieser Stelle wäre anzumerken, dass Anträge, bei denen sich die Antragsstellung bzw. die Erledigung über zwei Kalenderjahre erstreckt, das Datum der Antragsstellung für die Zuteilung eines Quotenplatzes entscheidend ist, sofern die betreffende Quote in diesem Jahr noch nicht ausgeschöpft worden ist. Gleichzeitig wird bei Ausschöpfung der Quote kein Rucksack mehr ins nächste Jahr mitgenommen, infolgedessen betroffene Personen, deren Antrag zurückgewiesen wurde, neuerlich einen Antrag zu stellen haben.

Wenn man die gestellten Anträge nach Quotenkategorie in den einzelnen Bundesländern mit der jeweiligen Jahreshöchstzahl konfrontiert, haben Burgenland, Salzburg und Wien schon zur Jahresmitte in **der Kategorie** der unselbständigen **Schlüsselkräfte** und Steiermark bei den selbständigen Schlüsselkräften die Jahreshöchstzahl deutlich überschritten. Da aber im Schnitt (Auswertungen nach Bundesländern sind mangels Daten nicht möglich) weniger als die Hälfte (bei den unselbständigen SK ca. 45% und bei den selbständigen SK ca. 31% – diese Anerkennungsquoten sind mittelfristig relativ stabil) der Anträge positiv abgeschlossen werden, d. h. mit einer Erteilung, **dürfte die Quote nur im Burgenland und Wien zu knapp bemessen** sein. In dem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass angenommen wird, dass die Antragstellung über das Jahr in allen Bundesländern etwa dem Muster des Vorjahres entspricht.

Unter diesen Annahmen, sowie der Beibehaltung der Anerkennungsquote der Vorjahre von etwas mehr als 90% im Schnitt, kann man weiters davon ausgehen, dass trotz Ausweitung der Jahreshöchstzahlen im Bereich der **Familienzusammenführung die Quote** zu gering bemessen sein dürfte. Im Rahmen der Familienzusammenführung können **Engpässe** im Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark nicht ausgeschlossen werden.

Infolge der Reduktion der Jahreshöchstzahlen dürfte die **Zweckänderungsquote** in Oberösterreich, der Steiermark und Tirol kaum ausreichen, ebenso können **Engpässe** unter **Privatpersonen** in Wien auftreten (unter Anwendung der sehr geringen Anerkennungsquote von knapp 30% im Schnitt Österreichs).

Abbildung 29: Ausschöpfungsgrad der Jahreshöchstzahlen nach Quotenkategorien (Jahresmitte 2007)



Übersicht 35: Gegenüberstellung Jahreshöchstzahlen – Zahl der gestellten Anträge bis 30. 6. 2007

	Unselbständige Schlüsselkräfte	Selbständige Schlüsselkräfte	Familiensammenführung	Privatiers	Daueraufenthalt – EG			Zweckänderung	Summe
					Unselbständige	Selbständige	Privatiers		
Gestellte Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien (bis 30. 6. 2007)									
Burgenland	39	1	30	2	0	0	0	2	74
Kärnten	30	1	42	0	1	1	0	0	75
Niederösterreich	83	9	230	29	0	0	0	6	357
Oberösterreich	52	7	322	3	1	1	0	42	428
Salzburg	71	2	141	21	0	0	0	6	241
Steiermark	52	14	255	31	2	0	0	24	378
Tirol	31	4	154	6	1	0	0	10	206
Vorarlberg	34	1	57	0	2	0	0	0	94
Wien	601	51	1.009	135	2	0	0	16	1.814
Österreich	993	90	2.240	227	9	2	0	106	3.667

Quotenpflichtige Niederlassungsbewilligungen für 2007 (Jahreshöchstzahlen für 2007)

Burgenland	30	5	40	5	5	5	5	5	100
Kärnten	100	10	70	5	5	5	5	5	205
Niederösterreich	200	15	445	20	5	5	5	10	705
Oberösterreich	150	10	470	10	5	5	5	10	665
Salzburg	60	10	220	10	5	5	5	10	325
Steiermark	130	10	400	20	5	5	5	10	585
Tirol	75	10	350	15	5	5	5	10	475
Vorarlberg	75	5	195	5	5	5	5	5	300
Wien	600	70	2.350	50	25	10	10	25	3.140
Österreich	1.420	145	4.540	140	65	50	50	90	6.500

Differenz zwischen Anträgen und Höchstzahlen für 2007

Burgenland	-9	4	10	3	5	5	5	3	26
Kärnten	70	9	28	5	4	4	5	5	130
Niederösterreich	117	6	215	-9	5	5	5	4	348
Oberösterreich	98	3	148	7	4	4	5	-32	237
Salzburg	-11	8	79	-11	5	5	5	4	84
Steiermark	78	-4	145	-11	3	5	5	-14	207
Tirol	44	6	196	9	4	5	5	0	269
Vorarlberg	41	4	138	5	3	5	5	5	206
Wien	-1	19	1.341	-85	23	10	10	9	1.326
Österreich	427	55	2.300	-87	56	48	50	-16	2.833

Q: BMI.

#### **8.4 Anträge von Erwerbstätigen, die die Schlüsselkrafkriterien nicht erfüllen**

Drittstaatsangehörige ArbeitsmigrantInnen können sich infolge der Neuregelung nur mehr als quotenpflichtige Schlüsselkräfte dauerhaft in Österreich niederlassen – oder sofern sie den Aufenthaltstitel "Daueraufenthalt-EG" eines anderen EU-Staates besitzen. Als Schlüsselkräfte verfügen sie über eine besondere, am inländischen Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildung oder über spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten mit entsprechender beruflicher Erfahrung. Sie müssen für ihre beabsichtigte Beschäftigung eine monatliche Bruttoentlohnung von mindestens 60% der Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs. 3 ASVG erhalten. Zusätzlich müssen sie mindestens eine der fünf folgenden Voraussetzungen erfüllen (§ 2 Abs. 5 AuslBG):

- die beabsichtigte Beschäftigung ist nicht nur wichtig für den Betrieb, sondern auch für die betroffene Region oder für den betroffenen Teilarbeitsmarkt,
- die beabsichtigte Beschäftigung schafft neue Arbeitsplätze oder sichert bestehende Arbeitsplätze,
- die beabsichtigte Beschäftigung hat maßgeblich Einfluss auf die Betriebsführung (Führungskraft),
- die beabsichtigte Beschäftigung bringt Investitionskapital nach Österreich,
- die ausländische Arbeitskraft verfügt über einen (Fach-)Hochschulabschluss oder eine fachlich besonders anerkannte Ausbildung.

Die vorliegenden Daten des BMI zu den Erwerbstätigen, die nicht die Schlüsselkrafkriterien erfüllen, umfassen sowohl die abgelehnten als auch in Bearbeitung befindlichen Anträge. Zur Jahresmitte 2007 belief sich die Zahl der Personen, die die Schlüsselkriterien nicht erfüllen, auf 204 (um +23 oder +12,7% mehr als im Juni 2006). Auf unselbständige Schlüsselkräfte entfielen heuer deutlich mehr Fälle als noch letztes Jahr (+26 oder +25,2%), womit der Anteil auf 63,2% anstieg (nach 56,9% im Juni 2006). Unter den selbständigen Schlüsselkräften blieb dagegen die Zahl annähernd gleich hoch wie letztes Jahr (-3 oder -3,8% auf 75). In Kärnten gab es heuer bislang noch keinen Fall, bei dem die Erwerbstätigen die Schlüsselkrafkriterien nicht erfüllt hätten, während in Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und Wien die Zahl der abgelehnten Anträge zunahm. Unter den unselbständigen Schlüsselkräften wurden heuer mehr Anträge in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg abgewiesen, unter den selbständigen Schlüsselkräften im Burgenland, in Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg und Wien. Insgesamt wurden die meisten Fälle entsprechend der Konzentration der Beschäftigung in Wien mit 40,2% abgelehnt, gefolgt von Oberösterreich (16,7%) und Niederösterreich (12,3%). Unter den unselbständigen Schlüsselkräften holten Oberösterreich und Tirol auf Wien auf, wodurch der Anteil der abgelehnten Fälle in Wien von 40,8% auf 29,5% zurückging. Auf Oberösterreich entfielen 20,9% der abgelehnten Fälle, auf Tirol 14,7%. Entgegengesetzt der Entwicklung bei den unselbständigen Schlüsselkräften nahm die Konzentration der abgelehnten Fälle unter selbstän-

digen Schlüsselkräften auf Wien weiter zu (von 50% auf 58,7% im Juni 2007), während sie insbesondere in Salzburg rückläufig war (Abbildungen 30, 31, 32).

Abbildung 30: Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien: unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte, die die Schlüsselkraftkriterien nicht erfüllen

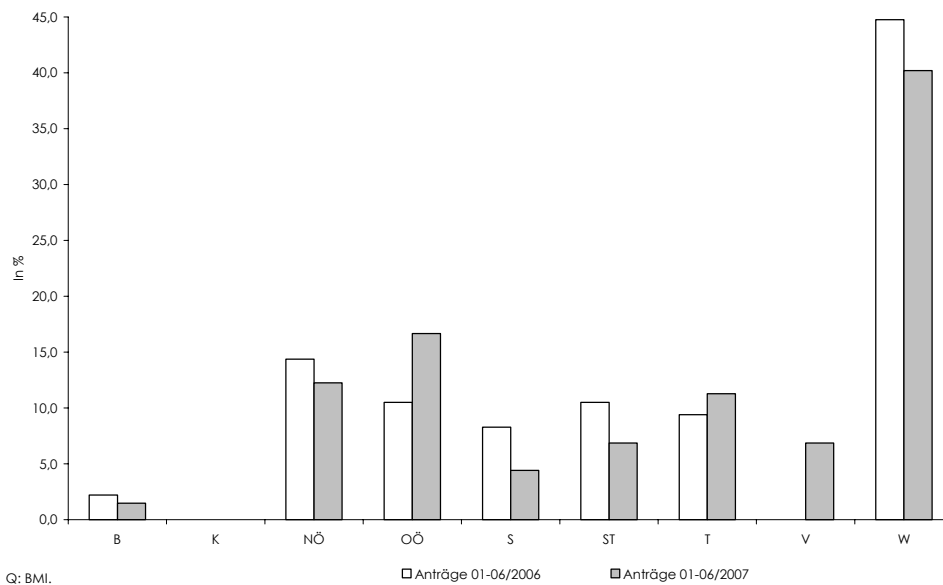


Abbildung 31: Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien: unselbständige Schlüsselkräfte, die die Schlüsselkraftkriterien nicht erfüllen

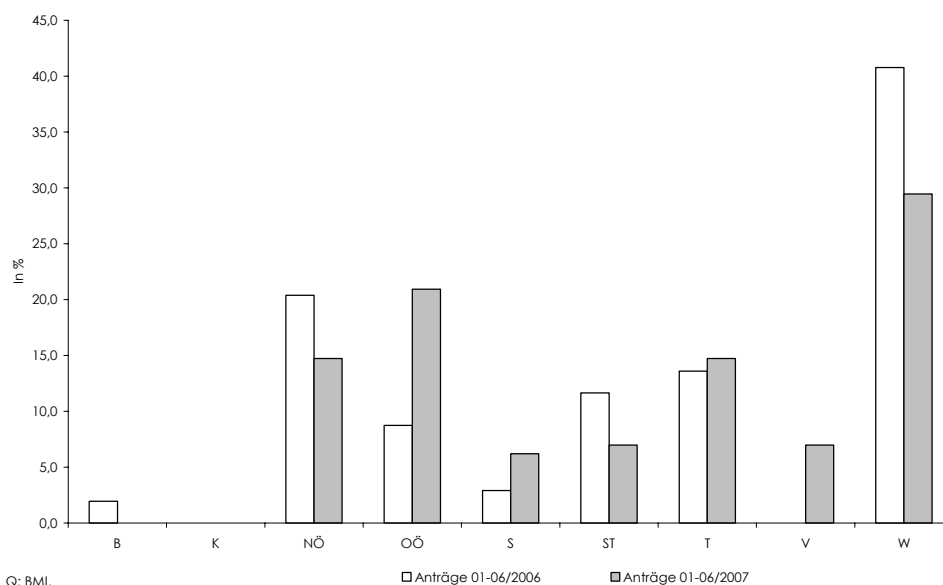
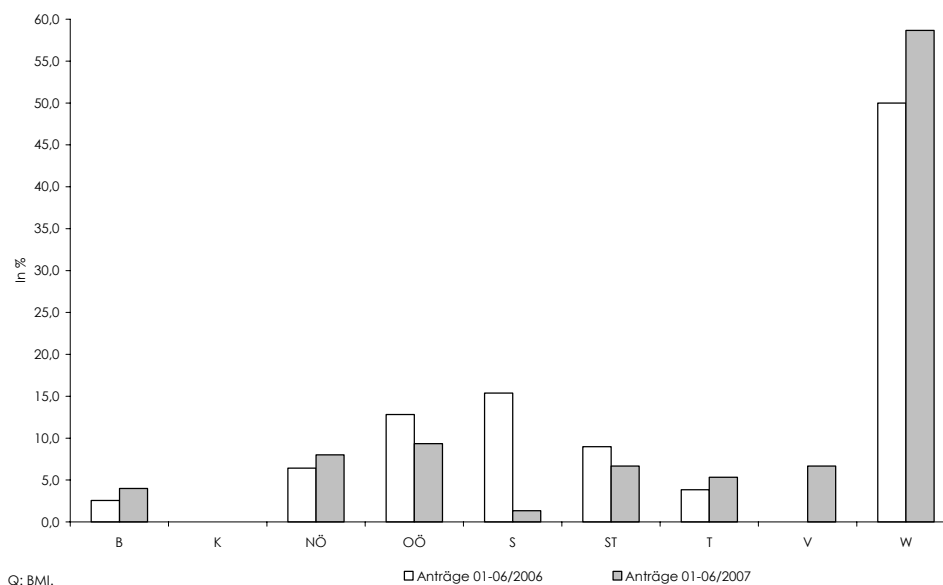


Abbildung 32: Anträge auf Erteilung von Niederlassungsbewilligungen nach Quotenkategorien: selbständige Schlüsselkräfte, die die Schlüsselkraftkriterien nicht erfüllen



## 9. Literaturhinweise

Bichl, N., Schmid, C., Szymanski, W., Das neue Recht der Arbeitsmigration. Kommentar zum Ausländerbeschäftigungsgesetz und Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz samt einer Einführung aus der Sicht der Praxis, Wien, Graz, 2006.

Biffi, G., Conditions of Entry and Residence of Third Country Highly-Skilled Workers in Austria, European Migration Network: Small Scale Study III (MIGRAPOL Doc 95), 2006.

Biffi, G., Forschungsstandort Wien: Zur Rolle der Humanressourcen, Gutachten des WIFO im Auftrag der Stadt Wien, MA 27, 2007.

Kutscher, N., Poschalko, N., Schmalzl, Ch., Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht. Leitfaden zum neuen NAG samt Durchführungsverordnungen, Manz Verlag, Wien, 2006.